Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Impressum: Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Erscheint im Verlag: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H., Halbgasse 12, 1070 Wien Kommunistischer Bund Österreichs, Halbgasse 12, 1070 Wien Tel.: 0222/93 83 37

P.b.b.
Nr.2/Jahrgang 1

Preis 4.-
16. September 1976

Genosse Mao Tsetung, der geliebte Führer des chinesischen Volkes und große Lehrer des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker, ist gestorben

Brief des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs



An das Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Chinas
Peking

Wien, 9.9.1976

Liebe Genossen!

Tief erschüttert von der Nachricht vom Tode Genossen Mao Tsetung möchten wir Euch in dieser Stunde unsere brüderlichsten revolutionären Grüße senden.

Genossen! Wir trauern mit Euch und teilen Euren Schmerz über den äußerst schweren Verlust, den der Tod des Genossen Mao Tsetung bedeutet. Mit Genossen Mao Tsetung hat nicht nur das chinesische Volk, sondern das internationale Proletariat und haben die Völker der ganzen Welt einen schweren Verlust erlitten. Mit Genossen Mao Tsetung haben sie den größten Marxisten- Leninisten unserer Zeit und einen hervorragenden Führer und Lehrer verloren.

Auch in Österreich ist die Entwicklung und das Erstarken der marxistisch-leninistischen Bewegung untrennbar verbunden mit dem leuchtenden Beispiel des Aufbaus des Sozialismus und der Fortführung des revolutionären Klassenkampfes in China und mit dem großen historischen Kampf gegen den Modernen Revisionismus, den Genosse Mao Tsetung eingeleitet und vorangetrieben hat. Damit haben die revolutionären Volksmassen Chinas und ihr großer Führer, Genosse Mao Tsetung, der Sache des Kommunismus auf der ganzen Welt und auch in Österreich einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Deshalb denken die klassenbewußten Arbeiter und die Marxisten-Leninisten unseres Landes mit größter Hochachtung an Genossen Mao Tsetung und schulden ihm und der Partei, an deren Spitze er stand, größte Dankbarkeit.

Umso schwerer trifft uns der Tod von Genossen Mao Tsetung, umso größer ist unsere Trauer, umso tiefer unsere Anteilnahme. Umso mehr möchten wir aber auch unserer revolutinären Verbundenheit mit Eurer Partei und Eurem Volk Ausdruck verleihen. Wir versichern Euch, Genossen, daß wir ebenso wie das chinesische Volk die Trauer in Kraft verwandeln werden, um noch entschiedener für die Befreiung der Arbeiterklasse und des Volkes in Österreich und für die Freundschaft und Verbundenheit zwischen dem chinesischen und dem österreichischen Volk sowie den Völkern auf der ganzen Welt zu kämpfen.

Zentralkomitee des
Kommunistischen Bundes Österreichs
Walter Lindner
Sekretär des Zentralkomitees

Entschlossene Verteidigung der palästinensischen Revolution!

Schluß mit der Einmischung der Supermächte im Libanon! Abzug der israelischen und syrischen Truppen!

Die Kämpfe im Libanon zwischen dem palästinensischen und libanesischen Volk auf der einen Seite, der verbrecherischen Allianz von Zionisten, "christlichen" Faschisten und nationalverräterischen syrischen Truppen auf der anderen Seite gehen mit unverminderter Heftigkeit weiter. Um den palästinensischen Revolutionären ihr Stützpunktsgebiet im Libanon für die Fortsetzung des Kampfes gegen Israel zu erhalten und um im Libanon dem Fortschritt, der Demokratie und dem nationalen Selbstbestimmungsrecht zum Durchbruch zu verhelfen, muß diese reaktionäre Allianz geschlagen und vor allem die Einmischung der Drahtzieher, der beiden Supermächte, beendet werden. Die palästinensische Revolution ist in einer schwierigen Lage, aber sie vertritt eine gerechte Sache, stützt sich fest auf die Volksmassen und hat die Unterstützung der ganzen fortschrittlichen Menschheit. Deshalb ist sie unbesiegbar.

Siehe Artikel Seite 23

Der 14. November muß zu einem Kampftag für die Rechte der Minderheiten gemacht werden!

Am 14.November soll bekanntlich entsprechend der vor dem Sommer beschlossenen Novelle zum"Volkszählungsgesetz"in den gemischtsprachigen Gebieten Kärntens und des Burgenlandes eine Minderheitenfeststellung durchgeführt werden.

Die Pläne der herrschenden Klasse

In einem Klima des Chauvinismus und der Hetze gegen die Minderheiten, schon bisher durch reaktionäre Veranstaltungen des Kärntner Heimatdienstes und des Abwehrkämpferbundes wie "Fahnenweihen" und Denkmalenthüllungen - jedesmal unter der Patronanz der Prominenz aller drei Parlamentsparteien - weiter angeheizt, soll die Zahl der Angehörigen der Minderheiten "festgestellt" werden. An dieses mit allen Mitteln auf eine nur geringe Anzahl heruntergedrückte Ergebnis soll laut "Volksgruppengesetz" die Gewährung bestimmter Rechte wie das Aufstellen zweisprachiger Ortstafeln gebunden werden. Andere elementarste demokratische Rechte der Minderheiten sollen ihnen laut

Fortsetzung auf Seite 4

Ewiger Ruhm unserem großen Führer

Botschaft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, des Ständigen Ausschusses des Nationalen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas an die ganze Part



Mao während des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression bei einem Vortrag vor Armeekadern



Mao Tsetung in der Zeit des Widerstandskrieges gegen die japanische Agression bei der Verfassung einer seiner Werke, die unter schöpferischer Anwendung des Marxismus-Leninismus die theoretische Grundlage der chinesischen Revolution bildeten.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, der Staatsrat der Volksrepublik China und die Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas geben mit tiefster Trauer der ganzen Partei, der ganzen Armee und dem Volk aller Nationalitäten im ganzen Land bekannt:
Genosse Mao Tsetung, der verehrte und geliebte große Führer unserer Partei, unserer Armee und des Volkes aller Nationalitäten unseres Landes, der große Lehrer des internationalen Proletariats, der unterdrückten Nationen und unterdrückten Völker, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Ehrenvorsitzender des Nationalausschusses der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, ist um 0 Uhr 10 am 9.September 1976 in Peking trotz aller Behandlung verschieden, weil sich seine Krankheit verschlimmert hatte, obwohl ihm, seit er erkrankte, in jeglicher Weise die gewissenhafteste ärztliche Fürsorge zuteil geworden war.

Vorsitzender Mao war der Begründer und weise Führer der Kommunistischen Partei Chinas, der Chinesischen Volksbefreiungsarmee und der Volksrepublik China. Vorsitzender Mao führte unsere Partei in einem langandauernden, scharfen und komplizierten Kampf gegen die rechts- und linksopportunistischen Linien in der Partei, im Sieg über die opportunistischen Linien, die Tschen Tu-hsiu, Tschu Tschiu-pai, Li Li-san, Lo Tschang-lung, Wang Ming, Tschang Kuo-tao, Kao Kang-jao, Schu-Schi und Peng De-huai verfolgten; führte unsere Partei aufs neue während der Großen Proletarischen Kulturrevolution, als sie über die konterrevolutionäre revisionistische Linie Liu Schao-tschis, Lin Biaos und Deng Hsiao-pings triumphierte ; damit befähigte er unsere Partei sich zu entwickeln und im Klassenkampf und Kampf zwischen den zwei Linien beständig zu wachsen. Geführt vom Vorsitzenden Mao, ist die Kommunistische Partei Chinas durch einen windungsreichen Weg zu einer großen, ruhmreichen und korrekten marxistisch-leninistischen Partei geworden, die heute die Führung in der Volksrepublik China innehat.

Während der Periode der Neudemokratischen Revolution hat Vorsitzender Mao, in Übereinstimmung mit der allumfassenden Wahrheit des Marxismus-Leninismus und indem er sie mit der konkreten Praxis der Chinesischen Revolution verband, schöpferisch die Generallinie und die Generalpolitik der Neudemokratischen Revolution festgelegt, die Chinesische Volksbefreiungsarmee gegründet und aufgezeigt, daß die Ergreifung der politischen Macht durch Waffengewalt nur möglich ist, wenn der Weg des Aufbaus ländlicher Stützpunktgebiete beschritten wird, indem die ländlichen Gebiete zur Umzingelung der Städte genützt werden und die Städte schließlich eingenommen werden, und auf keinem anderen Weg. Er wies unserer Partei, unserer Armee und dem Volk des ganzen Landes den Weg des Volkskrieges, um die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und Bürokratischen Kapitalismus zu stürzen und den großen Sieg der Neudemokratischen Revolution sowie der Gründung der Volksrepublik China zu erringen. Der Sieg der von Vorsitzendem Mao geführten Revolution des chinesischen Volkes veränderte die Lage im Osten und in der Welt und bahnte der Sache der Befreiung der unterdrückten Nationen und unterdrückten Völker einen neuen Weg.

In der Periode der Sozialistischen Revolution faßte Vorsitzender Mao die positiven wie die negativen Erfahrungen der internationalen Kommunistischen Bewegung umfassend zusammen, analysierte scharfsinnig die Beziehungen der Klassen in der Sozialistischen Gesellschaft und zeigte, zum ersten Mal in der Geschichte der Entwicklung des Marxismus, eindeutig auf, daß auch nachdem die sozialistische Umgestaltung des Eigentums an Produktionsmitteln im Wesentlichen vollendet ist, Klassen und Klassenkampf existieren;
er zog die wissenschaftliche Schlußfolgerung, daß die Bourgeoisie mitten in der Kommunistischen Partei ist, entwickelte die große Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und legte die grundlegende Linie der Partei für die gesamte historische Periode des Sozialismus fest. Geleitet von der proletarischen revolutionären Linie des Vor-

und Lehrer, Vorsitzendem Mao Tsetung!

Volkskongresses der Volksrepublik China, des Staatsrates der Volksrepublik China, und der Militärkommission
ei, die ganze Armee und das Volk aller Nationalitäten im ganzen Land

sitzenden Mao haben unsere Partei, unsere Armee und das Volk unseres Landes ihren triumphalen Vormarsch fortgesetzt und große Siege in der sozialistischen Revolution und im sozialistischen Aufbau, insbesondere in der Großen Proletarischen Kulturrevolution, in der Kritik an Lin Biao und Konfuzius und in der Kritik an Deng Hsiao-ping und beim Zurückschlagen des rechtsabweichlerischen Versuchs, die gefällten richtigen Urteile zu revidieren, errungen. Am Sozialismus festzuhalten und die Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China, einem Land von weiter Ausdehnung mit einer großen Bevölkerung, zu festigen, ist ein großer Beitrag von welthistorischer Bedeutung, den Vorsitzender Mao Tsetung für das gegenwärtige Zeitalter geleistet hat. Gleichzeitig hat dieser Beitrag der internationalen kommunistischen Bewegung zu neuen Erfahrungen für die Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus, für die Festigung der Diktatur des Proletariats, die Verhinderung der kapitalistischen Restauration und den Aufbau des Sozialismus verholfen.

All die Siege des chinesischen Volkes wurden unter der Führung des Vorsitzenden Mao errungen. Sie alle sind große Siege der Maotsetungideen. Der Glanz der Maotsetungideen wird für immer den Weg des Vorwärtsschreitens des chinesischen Volkes erleuchten.

Vorsitzender Mao hat die revolutionäre Praxis in der internationalen kommunistischen Bewegung zusammengefaßt, eine Reihe von wissenschaftlichen Thesen entwickelt, die Schatzkammer der marxistischen Theorie bereichert und die Orientierung des Kampfes für das chinesische Volk und die revolutionären Völker der ganzen Welt angegeben. Mit der großen Kühnheit und dem Weitblick eines proletarischen Revolutionärs begann er in der internationalen kommunistischen Bewegung den großen Kampf zur Kritik am Modernen Revisionismus, deren Kern die sowjetrevisionistische Renegatenclique ist; er hat die kraftvolle Entwicklung der Sache der Proletarischen Weltrevolution und die Sache der Völker aller Länder gegen Imperialismus und Hegemonismus gefördert und die Geschichte der Menschheit vorwärtsgetrieben.

Vorsitzender Mao Tsetung war der größte Marxist unseres Zeitalters. Im letzten halben Jahrhundert und darüber hinaus hat er, sich fest auf das Prinzip, die allumfassende Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution zu verbinden, stellend, den Marxismus-Leninismusin den langandauernden Kampf gegen die Klassenfeinde im In- und Ausland, innerhalb und außerhalb der Partei übernommen, verteidigt und weiterentwickelt und ein großartiges Kapitel in der Geschichte der proletarischen revolutionären Bewegung geschrieben. Während seines gesamten Lebens widmete er all seine Energien der Befreiung des chinesischen Volkes der Befreiung der unterdrückten Nationen und der Völker der ganzen Welt sowie der Sache des Kommunismus. Mit der großen Entschlossenheit des proletarischen Revolutionärs führte er einen zähen Kampf gegen seine Krankheit, leitete während dieser Krankheit die Arbeit für die ganze Partei, die ganze Armee und das ganze Land und kämpfte bis zum letzten Atemzug. Die großartigen Beiträge, die er für das chinesische Volk, das internationale Proletariat, die revolutionären Völker der ganzen Welt geleistet hat, sind unvergänglich. Das chinesische Volk und die revolutionären Völker der ganzen Welt lieben ihn aus der Tiefe ihres Herzens und hegen grenzenlose Bewunderung und Achtung für ihn.

Das Hinscheiden des Vorsitzenden Mao Tsetung ist ein unschätzbarer Verlust für unsere Partei, unsere Armee und das Volk aller Nationalitäten unseres Landes, für das internationale Proletariat, die revolutionären Völker aller Länder und für die internationale kommunistische Bewegung. Sein Hinscheiden wird in den Herzen des Volkes unseres Landes und der revolutionären Völker aller Länder grenzenlose Trauer auslösen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas ruft die ganze Partei, die ganze Armee und das Volk aller Nationalitäten im ganzen Land auf, ihre Trauer entschlossen in Stärke zu verwandeln.

Fortsetzung nächste Seite



Mao Tsetung ruft die Gründung der Volksrepublik China aus; Pekinger Tien An Men Platz am 1. Oktober 1949



Vorsitzender Mao im Gespräch mit Bauern in Yenan

Mao Tsetung...

Fortsetzung von Seite 1

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, weiterführen und am Klassenkampf als Hauptkettenglied, an der grundlegenden Linie der Partei und an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhalten. Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, weiterführen und die zentralisierte Führung der Partei stärken, entschieden die Einheit und Geschlossenheit der Partei aufrechterhalten und uns eng um das Zentralkomitee der Partei scharen. Wir müssen den ideologischen und organisatorischen Aufbau der Partei im Verlauf des Kampfes zwischen den zwei Linien stärken und entschlossen das Prinzip der Dreierverbindung von Alten, Mittelaltrigen und Jungen, in Übereinstimmung mit den fünf Bedingungen für die Ausbildung von Fortsetzern der Sache der proletarischen Revolution, durchführen.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, weiterführen und die große Einheit des Volkes aller Nationalitäten unter der Führung der Arbeiterklasse und auf der Basis des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern festigen, die Kritik an Deng Hsiao-ping vertiefen, den Kampf um die Zurückschlagung des rechtsabweichlerischen Versuches zur Revision der gefällten richtigen Urteile weiterführen, die Siege der Großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und weiterentwickeln, mit Begeisterung die Neuen Sozialistischen Dinge unterstützen, das bürgerliche Recht einschränken und die Diktatur des Proletariats in unserem Land weiter festigen. Wir sollen die drei großen revolutionären Bewegungen, den Klassenkampf, den Produktionskampf und das wissenschaftliche Experimentieren weiter entfalten, unser Land selbständig, mit der Initiative fest in unseren Händen, durch Selbstvertrauen, harten Kampf, Fleiß und Sparsamkeit aufbauen, unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, weiterführen und entschlossen seine Linie für den Armeeaufbau durchführen, den Aufbau der Armee, den Aufbau der Miliz und die Bereitschaft für den Kriegsfall stärken, unsere Wachsamkeit erhöhen und immer bereit sein, jeglichen Feind, der es wagt, einzudringen, zu vernichten. Wir sind fest entschlossen, Taiwan zu befreien.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, weiterführen um die revolutionäre Linie und Politik des Vorsitzenden Mao für die Außenpolitik entschlossen weiterzuführen. Wir müssen am proletarischen Internationalismus festhalten, die Einheit zwischen unserer Partei und den wahren marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen auf der ganzen Welt stärken, die Einheit zwischen dem Volk unseres Landes und den Völkern aller anderen Länder stärken besonders mit jenen der Länder der Dritten Welt, uns mit allen Kräften in der Welt zusammenschließen, die zusammengeschlossen werden können und den Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und den Modernen Revisionismus bis zu Ende führen. Wir wollen niemals nach Hegemonie streben und niemals eine Supermacht sein.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, weiterführen und ausdauernd den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen studieren, uns dem Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Werke des Vorsitzenden Mao widmen, für den vollständigen Sturz der Bourgeoisie und aller anderen Ausbeuterklassen kämpfen, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie und für den Triumph des Sozialismus über den Kapitalismus, wir müssen darum ringen, unser Land zu einem starken sozialistischen Land aufzubauen, wir müssen noch größere Beiträge für die Menschheit leisten und das Endziel des Kommunismus verwirklichen.

LANG LEBE DER UNBESIEGBARE MARXISMUS-LENINISMUS, DIE UNBESIEGBAREN MAOTSETUNG-IDEEN!

LANG LEBE DIE GROSSE, RUHMREICHE UND KORREKTE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHINAS!

EWIGER RUHM UNSEREM GROSSEN FÜHRER UND LEHRER, VORSITZENDEM MAOTSETUNG

Der 14. November muß zu ei

Fortsetzung von Seite 1

diesem Gesetz von vorherein nur in äußerst verstümmelter Form oder gar nicht gewährt werden.
Es ist eine Tatsache, daß die Minderheitenfeststellung unweigerlich zu dem Versuch führen mußte und muß, die Angehörigen der Minderheiten mit allen Mitteln des Drucks, der Diskriminierung und Einschüchterung davon abzuhalten, sich als solche zu bekennen.
Solche Versuche gibt es tausendfach im täglichen Leben, und wenn man an den Polizeiterror gegen die für die Rechte der Slowenen auftretenden slowenischen und deutschsprachigen Demokraten in St.Kanzian/Škocijan denkt, sieht man, daß es sie auch im Grossen von oben und "Amts wegen". gibt. Es ist daher eine ganz gemeine Lüge, wenn Kreisky die Minderheitenfeststellung als "ganz normale Volkszählung" und "ganz normalen Vorgang in jeder Demokratie" hinstellt. Im Gegenteil ist es mit wirklicher Demokratie bereits grundsätzlich unvereinbar, politische Rechte von der Zahl derer, die betroffen sind oder sie in Anspruch nehmen wollen abhängig zu machen. Wenn in einem Ort nicht mindestens 25 % Slowenen sind, sondern nur 20 % oder 10 % - zählen diese 20 % oder 10 % denn nicht? Haben sie denn nicht, oder besser müssen sie denn nicht genauso Anspruch auf die demokratischen Rechte haben, die sie brauchen, um gleichberechtigt am öffentlichen Leben und am Klassenkampf teilnehmen zu können? Es ist unbedingt im Interesse der Arbeiterklasse, daß sie diesen Anspruch und diese Rechte haben, weil die Gleichberechtigung der Volksgruppen und die Einheit des ganzen Volkes auf dem Boden des Klassenkampfes unbedingt im Interesse der Arbeiterklasse ist. Die Haltung der Regierung und der anderen Parlamentsparteien, daß man die Minderheiten zuerst zählen müsse, bevor man ihnen Rechte geben könnte, ist dagegen die vollständige Verneinung der Demokratie. Darüberhinaus ist eine solche "Lösung" der Minderheitenfrage untrennbar mit dem Bestreben der gesamten Reaktion verbunden, die "registrierte" Zahl der Minderheiten unter 20 % herunterzudrücken. Die beiden Gesetze, von Kreisky als Musterbeispiele der Demokratie und als vorbildlich für ganz Europa ausgegeben, führen geradewegs zum verstärkten Versuch der chauvinistischen Verhetzung des Volkes auf der einen Seite und zur Verstärkung der Diskriminierung der Minderheiten auf der anderen Seite.

Werke von Mao Tsetung

Fünf philosophische Monographien
- Über die Praxis (1937)
- Über den Widerspruch (1937)
- Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk (1957)
- Rede auf der Landeskonferenz der Kommunistischen Partei Chinas über Propagandaarbeit (1958)
- Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen? (1963)

Preis 10.- auch als Einzelbroschüren erhältlich

Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft (1926) Preis 2.-

Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei (1929) Preis 3.-

Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen (1929) Preis 2.-

Die chinesische Revolution und die kommunistische Partei Chinas (1939), Preis 6.-

Über die Neue Demokratie (1940) Preis 6.-

Gegen den Parteischematismus (1942) Preis 3.-

Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst (1942), Preis 4.-

Sechs militärische Schriften (1936-1948) , Preis 15.-

Diese und andere Werke sind in den Ausgewählten Werken, Band I - IV enthalten, Preis 140.-

<u>Zu beziehen über:</u> Kommunistischer Bund Österreichs
<u>Zentraler Vertrieb</u>
1o7o Wien, Halbgasse 12

Konto des Zeitungs-und Büchervertriebs:
Kommunistischer Bund Österreichs
PSK 2 419.204

nem Kampftag für die Rechte der Minderheiten werden!

Die mühseligen Argumente Kreiskys zur Verteidigung und Rechtfertigung der Minderheitenfeststellung

Der Versuch, diese Tatsachen aus der Welt zu schaffen, ist selbst bei einem Kreisky nur sehr mühselig ausgefallen. Erstens sei die Minderheitenfeststellung geheim und biete daher keinen Ansatzpunkt für chauvinistische Hetze. Es stimmt, daß die Zählung geheim ist, aber "man kennt ja die Tschuschen". Abgesehen davon sehen Regierung und Parlament in der Novelle zum "Volkszählungsgesetz" für alle Fälle vor, daß eine Minderheitenfeststellung geheim sein "kann", aber nicht sein muß. Das zweite Argument lautet, daß die Minderheitenfeststellung eigentlich gar keine Minderheitenfeststellung sei, sondern eine "geheime Sprachenermittlung" oder eine "Volkszählung besonderer Art" sei, weil sie ja in ganz Österreich stattfinde. Aber daß auch der Wiener oder Innsbrucker Arbeiter sich am 14.November in die Wahlzelle begeben und in "geheimer Wahl" auf einem Zettel ankreuzen soll, ob er deutsch oder slowenisch redet, ändert nichts am Zweck und der tatsächlichen Bedeutung der Minderheitenfeststellung. Es ist nur eine Farce, allderdings eine Farce mit einem reaktionären Zweck und dementsprechend wenig Menschen werden sich auch am 14. November für diese üble Rolle hergeben.
Um trotz der Armseligkeit dieser Argumente ihrer Vorgangsweise wenigstens einen Schein von Plausibilität zu geben, redet die Regierung auch viel von "Förderung der Minderheiten" und versucht damit den Anschein zu erwecken, erstens daß es den Minderheiten weniger um politische Rechte und hauptsächlich um finanzielle Zuwendungen gehe und zweitens, daß sie ihnen solche Zuwendungen machen wollte, die eine Förderung der Minderheiten und nicht eine Förderung der Abhängigkeit und Gängelung der Minderheiten durch den Staat bedeuten. Beides ist falsch und beides nur ein Versuch des Volkbetrugs.

Die Regierung schlägt eine verschärfte Gangart ein

Anscheinend hat die Regierung selbst keine sehr hohe Meinung von der Überzeugungskraft ihrer Argumente. Während sie auf der einen Seite wie seit eh und je Phrasen von "Demokratie" und "Minderheitenförderung" drischt, hat sie auf der anderen Seite den Druck und die Vorgangsweise gegen die Minderheiten und gegen die ganze demokratische Bewegung für die Rechte der Minderheiten verschärft. Während sie sich als starker und seiner Sache sicherer Sachwalter der Demokratie ausgibt, zeigt ihre Handlungsweise ihre wirkliche Schwäche. Es ist nämlich ein Zeichen der Schwäche, wenn sie den Minderheiten drohen muß, sie sollten gefälligst ihre "demokratischen Pflichten" erfüllen (indem sie sich der reaktionären antidemokratischen Politik der Regierung unterwerfen!). Es ist ein Zeichen der Schwäche, wenn die Polizei sich so aufführt, wie sie sich in St.Kanzian/Škocijan aufgeführt hat. Es ist ein Zeichen der Schwäche, wenn Kreisky angesichts befürchteter Slowenen- und auch Bauerndemonstrationen die Möglichkeit eines allgemeinen Demonstrationsverbotes in Kärnten "zur Diskussion stellt". Daß der Feind zu solchen Mitteln greifen muß, zeigt seine Angst, mit seinen reaktionären Plänen zu scheitern und außerdem die demokratische Maske vom Gesicht gerissen zu bekommen. Für uns gibt es keinen Grund, uns einschüchtern zu lassen, sehen wir doch im Gegenteil, daß wir bereits eine gewisse Stärke erreicht haben und die Pläne der Reaktion bereits ernsthaft beeinträchtigen können.

Der 14. November muß zu einem Kampftag für die Rechte der Minderheiten werden!

Die Minderheiten und mit ihnen alle demokratischen Kräfte in ganz Österreich treten gegen die geplante Minderheitenfeststellung auf und überhaupt gegen jede reaktionäre Lösung der Minderheitenfrage, die auf die Diskriminierung und Knebelung der Minderheiten und auf die Spaltung des Volkes durch das Gift des Chauvinismus hinausläuft. Sie treten für eine demokratische Lösung der Minderheitenfrage ein, die objektiv im Interesse der Arbeiterklasse ist. Das Anwachsen und die Stärke der Bewegung für eine solche demokratische Lösung in den letzten Jahren hat die Regierung zum Handeln gezwungen, d.h. zu dem Versuch, die Minderheitenfrage auf ihre Art zu lösen. Das "Ortstafelgesetz" 1972 war der erste Anlauf, das "Volkszählungs-" und "Volksgruppengesetz" ist der zweite. Im Kampf dagegen ist die Bewegung noch stärker geworden. Die Regierung hat versucht, die Minderheitenorganisationen mit allerhand Versprechungen zu ködern und zu täuschen. Das ist gescheitert. Sie hat versucht, sie unter Druck zu setzen und ihnen gedroht. Es hat nichts genützt. Sie hat versucht,



das übrige Volk gegen die Minderheiten aufzuhetzen. Ohne den erwünschten Erfolg. Sie hat auch versucht, die Minderheiten durch Polizeiterror einzuschüchtern. Das hat aber nur Proteste und noch größere Kampfentschlossenheit hervorgerufen. Insbesondere im Jahr 1976 hat die Bewegung an Kraft gewonnen. Dennoch war sie trotz großer Widersprüche im Lager des Feindes, nämlich zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ, nicht stark genug, um die Beschlußfassung von "Volkszählungsgesetz"-Novelle und "Volksgruppengesetz" zu verhindern.

So ist sie jetzt mit gewissen neuen Aufgaben und Bedingungen konfrontiert. Nach wie vor geht es aber darum, durch alle komplizierten Situationen und Auf- und Abschwünge hindurch und angesichts aller Gegenschläge und sonstigen Manöver der Regierung und aller Reaktionäre unbeirrbar an unseren Zielen und Forderungen festzuhalten. Es geht weiterhin darum, Kräfte zu sammeln, die Bewegung aufzubauen und Voraussetzungen zu schaffen,

Fortsetzung nächste Seite

Aus dem Programm des KB

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hat die verschiedenen Nationalitäten auf österreichischem Boden zu einer, der österreichischen Nation verschmolzen, die von Klassengegensätzen zerrissen ist. Die Kommunisten treten jedem Versuch entgegen, unter dem Deckmantel der Verfolgung "nationaler Interessen" die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes zu spalten oder dieser Spaltung Vorschub zu leisten. Zur Förderung des Zusammenschlusses der Arbeiter - und Volksmassen gleich welcher Muttersprache im Klassenkampf treten die Kommunisten für die volle Verwirklichung der besonderen Sprachenrechte der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheiten ein.

- Recht der Angehörigen der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit auf Verkehr in der Muttersprache mit allen Ämtern, Behörden und Gerichten sowie im Bundesheer, im gemischtsprachigen Gebiet direkt, im übrigen Österreich durch Dolmetscher.
- Recht für die Angehörigen der Minderheiten im gemischtsprachigen Gebiet auf zweisprachige Ausbildung in allen Bereichen des Volksbildungswesens; Recht für alle Angehörigen der Minderheiten in ganz Österreich auf Unterweisung in der Muttersprache.
- Obligatorische Unterweisung aller Kinder und Jugendlichen im gemischtsprachigen Gebiet in der Sprache der Minderheiten.
- Zweisprachigkeit aller topographischen Aufschriften sowie aller öffentlichen Kundmachungen, Bezeichnungen und Aufschriften im gemischtsprachigen Gebiet.
- Gesetzliches Verbot der Diskriminierung der Minderheiten .

Österreichische Bourgeoisie nützt die Politik Jugoslawiens in der Minderheitenfrage für ihre chauvinistische Hetze

Seit der Beschlußfassung des Parlaments über die Minderheitengesetze im Juli ist es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Jugoslawien und Österreich gekommen. Auf der Grundlage des berechtigten Protestes des Volkes von Slowenien gegen die Diskriminierung der Minderheiten in Österreich hat die jugoslawische Regierung Stellungnahmen abgegeben, in denen sie sich als Sachwalter der Interessen der Minderheiten in Österreich aufspielt. Gedroht wurde mit der Verschlechterung der Beziehungen zu Jugoslawien. Gesagt wurde, daß das Vorgehen der österreichischen Regierung den Beschlüssen von Helsinki und einigen Beschlüssen der UNO widerspreche und somit einen Grund für deren Eingreifen bilde.



Auf Kundgebungen und Demonstrationen in ganz Österreich protestierten zahlreiche Menschen in den vergangenen Monaten gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik.

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß die demokratische Lösung der Minderheitenfrage nur vom österreichischen Volk, einschließlich seiner slowenischen, kroatischen und ungarischen Teile, erkämpft werden kann und nur das österreichische Volk etwas angeht. Wir sind ferner der Meinung, daß sich das Volk dabei nur auf die eigenen Kräfte stützen kann und auf nichts anderes. Wäre Jugoslawien ein sozialistisches Land, würde sich seine Regierung und Presse ebenfalls von diesem Gesichtspunkt leiten lassen, es würde den tatsächlich in Österreich geführten Kampf um die Rechte der Minderheiten unterstützen, ohne sich in ihn einzumischen. Es würde vermeiden, als "Retter" und "Bannerträger" dieses Kampfes zu erscheinen und dadurch die Hoffnungen vieler, an ihrer eigenen Kraft zweifelnder Menschen auf sich zu lenken und so die Bewegung zu desorientieren und zu schwächen. Es würde den Kampf auch konsequent unterstützen, nicht nur immer dann und insoweit, als es ihn für seine eigenen Zwecke ausnutzen kann. Zwar bringt die Haltung Jugoslawiens die österreichische Regierung international in eine schwierige Lage und schwächt somit unseren Gegner, andrerseits aber wiegt der Schaden, der der Bewegung durch Illusionen über eine "Internationalisierung" usw. entsteht, wesentlich schwerer. Gegenüber der Politik Jugoslawiens treten wir Kommunisten daher umso entschiedener dafür ein, daß sich die Bewegung auf die eigene Kraft stützt und auf nichts anderes. Allem, was dieses Vertrauen untergräbt oder davon ablenkt, treten wir entgegen.

Vor allem aber treten wir der chauvinistischen Hetze entgegen, die die österreichische Regierung jetzt gegen Jugoslawien entfaltet. Dieselben Leute, deren reaktionäre Minderheitenpolitik Jugoslawien überhaupt erst Anlaß und Material der Polemik liefert, stürzen sich jetzt wie die Geier auf diese Chance, das "Minderheitenproblem" als Konflikt zwischen den zwei Staaten, statt als Teil des Klassenkampfs in Österreich hinzustellen, die Bewegung für die Rechte der Minderheiten als Werk ausländischer Kräfte, statt als berechtigte Antwort von Teilen des österreichischen Volkes auf die Diskriminierung der Minderheiten in Österreich.
VP-Koren meinte, daß es überhaupt keinen Grund gäbe für Proteste, und so mancher jugoslawische Staatsbürger wäre froh, die Freiheiten zu haben, die es bei uns gäbe. Der SP-Politiker Unkart meinte sinngemäß, daß die Proteste Jugoslawiens erst die Grundlage für die scharfen Proteste der Kärntner Slowenenvertreter seien. Andere legten sogar nahe, daß die Spannungen in Kärnten auf Jugoslawien zurückzuführen seien, da ja immer die Forderungen Jugoslawiens die Ursache für die "Kärntner Urangst" wären.
Damit soll das übrige Volk gegen die Minderheiten und gegen Jugoslawien aufgehetzt, der reaktionäre Charakter der österreichischen Regierungspolitik vertuscht, und das österreichische Volk auf die Regierung eingeschworen werden. Die österreichische Bourgeoisie selbst verspritzt chauvinistisches Gift und leert Kübel voller chauvinistischem Schmutz über Österreich aus. Das hat weit über die Minderheitenfrage hinaus seine schädlichen Auswirkungen, spaltet die Arbeiterklasse und das Volk und hält sie vom Klassenkampf ab. Wenn daher die jugoslawische Politik von der österreichischen Bourgeoisie zum Anlaß genommen wird, eine solche chauvinistische Hetze zu entfachen, dann ist es für uns Kommunisten und für jeden Demokraten die erste und wichtigste Aufgabe, dieser Hetze entgegenzutreten und sie zu entlarven. Am wichtigsten ist es dabei, die Menschen zur positiven Unterstützung und Teilnahme am Kampf für die Rechte der Minderheiten zu gewinnen.

W.L.

Fortsetzung von S. 5

um in die Offensive zu kommen gegen den bürgerlichen Staat und alle Reaktionäre. Das ist eine komplizierte und langwierige Angelegenheit mit wechselnden taktischen Situationen.

Gegenwärtig besteht die nächste Aufgabe darin, die Anwendung des "Volkszählungsgesetzes" und damit auch des "Volksgruppengesetzes" durch den Boykott der Minderheitenfeststellung am 14.November, d.h. dadurch, daß sich die Minderheiten nicht zählen lassen, zu unterlaufen. Der Boykott kann umso erfolgreicher organisiert werden, je mehr dies als ein Teil des politischen Kampfes um die Rechte der Minderheiten und der Boykott als ein Kampfmittel begriffen wird, sowie wenn die Bewegung ihre Ziele und Forderungen immer klarer ins Auge faßt, sich auch Klarheit über die Bedingungen verschafft und sich weder einschüchtern, noch ködern, weder spalten noch ablenken läßt.

Unserer Auffassung nach muß man daher über den 14.November hinausschauen und die Zeit bis zum 14.November nutzen, um nach Kräften den Aufbau einer politischen Front gegen den Staat zu betreiben, damit der 14.November nicht nur der Tag des Scheiterns der Pläne der Regierung wird, sondern zugleich ein offensiver und vorwärtsgewandter Kampftag für die Rechte der Minderheiten und gegen die Minderheitenpolitik der herrschenden Klasse.

Die Bedingungen dafür sind gut. Was den Boykott selbst betrifft, sind die Minderheiten entschlossen, sich nicht zählen zu lassen. Viele Menschen sind entschlossen, sich am 14. November nicht für die Pläne der Regierung herzugeben. Im Gegenteil sind alle fortschrittlichen Menschen dazu aufgerufen, die Erhebungsblätter ungültig zu machen durch die Aufschrift "Für die Rechte der Minderheiten!"

Darüberhinaus geht es darum, den Kampf gegen die beiden Gesetze zu führen, die die Regierung benutzt, um den Schlag der Minderheitenfeststellung zu führen, vom Parlament ihre Aufhebung zu verlangen und sie zu Fall zu bringen. Vor allem aber kämpfen wir um eine demokratische Lösung der Minderheitenfrage, die die Diskriminierung der Minderheiten beseitigt und ihre notwendigen Rechte sichert. Das ist objektiv ein wichtiges Anliegen der gesamten österreichischen Arbeiterklasse und des ganzen Volkes.

W.L.

Die Lohnabhängigen haben es satt, weiter stillzuhalten

Die Auseinandersetzungen in den Betrieben der Verstaatlicheten Eisen- und Stahlindustrie um die den Arbeitern und Angestellten zustehende, von den Konzernleitungen bisher verweigerte Sonderzahlung in Höhe eines vollen Monatslohns ist der bisherige Höhepunkt einer Vielzahl von betrieblichen Kämpfen, in denen die Lohnabhägigen sich gegen Lohnabbau und die verschiedenen Formen der Steigerung der Ausbeutung zurWehr zu setzen begonnen haben.

Diese Entwicklung, die trotz und gegen die nach den letzten KV-Abschlüssen massiv propagierten Absichten der Kapitalisten, im Verein mit den Gewerkschaftsführern für ein "ruhiges" Jahr zu sorgen, die trotz des schweren Schlages, den die letzten Abschlüsse auf die Arbeits- und Lebensbedingungen und auf die Moral der Lohnabhängigen, bereits das ganze Jahr über anhält und anwächst, hatte auch schon mit dem Abschluß der letzten Lohnrunde seinen Anfang genommen. War diese selbst begleitet von zum Teil massiven Protesten der Arbeiter und Angestellten gegen die Angriffe der Kapitalisten und von großer Empörung über die Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die diesen Angriffen weitgehend nachgaben, so kam es bereits kurze Zeit nach den Abschlüssen zu den ersten innerbetrieblichen Auseinandersetzungen.

Die von der Gewerkschaftsführung ausgehandelten KV-Abschlüsse wurden von den Kapitalisten auf der ganzen Linie genutzt zur weiteren Steigerung der Ausbeutung und zu noch größeren Angriffen auf die Lage der Lohnabhängigen. Diese Angriffe der Kapitalisten richteten sich vor allem gegen bereits längere Zeit bestehende, auf betrieblichen Vereinbarungen beruhende Prämien, Sonderzahlungen und Lohnerhöhungen, gegen bisher gewährte Sozialleistungen. Zugleich versuchten sie, den Arbeitstag über alle Maßen auszudehnen und die Arbeitshetze mit allen Mitteln zu steigern. Auf alle Versuche der Kapitalistenseite, auf dem Rücken der Lohnabhängigen die Profite zu steigern, antwortete die Gewerkschaft mit Stillhalteparolen und dem Hinweis aufdie notwendige Gesundung der kapitalistischen Wirtschaft.

Trotz dieser Haltung der Gewerkschaftsführung haben aber dieLohnabhängigen nicht länger stillgehalten und begonnen, sich gegen die Absichten der Kapitalisten zusammenzuschließen, und deren Angriffe zurückzuschlagen.

So verhinderten die Arbeiter bei Waagner-Biro in Wien nach heftigen Auseinandersetzungen die Einführung des 3-Schichtberiebes im März dieses Jahres. Im Werk in Graz streikte die Belegschaft für die Durchsetzung einer innerbetrieblichen Lohnerhöhung.

Die Arbeiter von Lapp-Finze konnten die von der Geschäftsleitung geplanten Lohnkürzungen verhindern.

Die Belegschaft der Wertheimwerke in Wien vereitelte die Manipulationen der Direktion mit dem Kindergeld und setzte durch, daß ein unliebsamer Lohnverrechner von der Direktion zurückgezogen wurde.
In der Verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie ist es bisher gelungen, zumindest einen Teil der fälligen Sonderzahlung zu erkämpfen.
Bei der ÖMV wurde eine 4%ige Lohnerhöhung durchgesetzt.

In einer Reihe von anderen verstaatlichten Betrieben (Semperit, Schiffswerften AG, usw.) hatte es die Konzernleitung auf Grund der Unruhe im Betrieb von vornherein nicht gewagt, die Auszahlung der üblichen Jahres-Sonderzahlungen zu verweigern.
Zeigen diese Beispiele, daß sich ein wachsender Teil der Lohnabhängigen nicht mehr länger mit Argumenten wie "Stillhalten" und "Die Wirtschaft sind wir alle" vom Kampf gegen die Angriffe auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen abhalten lassen, so ist der Aufschwung der wirtschaftlichen Kampftätigkeit in den Betrieben in den letzten Monaten insbesondere gekennzeichnet durch erste Ansätze einer offensiven Bewegung der Lohnabhängigen für die Erkämpfung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen.
Nicht mehr allein die Verteidigung bereits bestehender Regelungen in Bezug auf den Lohn, auf Prämien, Sonderzahlungen usw, auf Sozialleistungen, und bestehende Arbeiterschutzabmachungen in den Betrieben wie Betriebspensionen, Pausenregelungen oder bestimmte Akkordhöchstsätze machen allein den Inhalt der Kämpfe aus, immer öfter schließen sich die Arbeiter und Angestellten unter positiven, die Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verändernden Forderungen gegen die Kapitalisten zusammen.

So erkämpfte sich die Grazer Belegschaft der Simmering-Graz-Pauker eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 3,25%, obwohl letztes Jahr diese ohne Abwehr der Kollegen von der Konzernleitung gestrichen worden war. Daß während den Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung über die Höhe der Innerbetrieblichen der Angestelltenbetriebsrat von den Kollegen beauftrage wurde, "möglichst viel und einheitlich" für alle durchzusetzen, und es dadruch gelungen ist, der versuchten Spaltung der Konzernleitung für einen Teil (unterste Gehaltsgruppe) 5%, für alle anderen aber nichts herzugeben, erfolgreich entgegenzutreten, signalisiert die gestiegene Erfahrung der Belegschaft im Kampf gegen ihren Kapitalisten.

Im Philips-Werk in Wien ist es gelungen, nach langer Zeit wieder eine Lohnerhöhung zwischen 4 und 5% durchzusetzen.

In der Maschinenfabrik Werner Pfleiderer in Wien Ottakring kämpften die Monteure 2 Wochen lang um eine Lohnerhöhung von 5,5o und setzten schließlich 4,5o durch, was eine wesentliche Angleichung an die Löhne der anderen Abteilungen bedeutet.
Der Kampf wurde von der ganzen Belegschaft aktiv unterstützt.
Die Wertheim-Arbeiter, ein traditionell kampfstarker Betrieb, setzten einen wichtigen Schritt bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, als sie die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf ein volles Jahr durchsetzen konnten.

Dieselbe Belegschaft geht derzeit daran, in den Abteilungen die Deabtte darüber aufzunehmen, wie und unter welcher Forderung der Kampf um eine innerbetriebliche Lohnerhöhung am besten organisiert und vorbereitet werden kann.
Als bei der Maschinenfabrik Andritz in Graz die Firmenleitung durch ein besonders übles System der Prämienausschüttung erreichen wollte, daß jeder Beschäftigte eine andere Prämie erhält, beschloß eine Abteilung des Papiermaschinenbaus, alle Prämien in einen Topf zu werfen und dann gleichmäßig aufzuteilen.

Das ist ein weiter wichtiger Gesichtspunkt, der zunehmend in den Kämpfen der Lohnabhängigen eine Rolle spielt. Geht es um eine innerbetriebliche Lohnerhöhung, um die Sicherung oder Erkämpfung von Prämien, geht es um bessere Arbeiterschutzregelungen oder um eine größere Einschränkung der Ausbeutung, so zeigen alle Kämpfe und Auseinandersetzungen der letzten Monate, daß die Lohnabhängigen bestrebt sind, solche Forderungen und eine solche Vorgangsweise im Organisieren und Führen des Kampfes zu finden, die die größtmögliche Einheit zu gewährleisten imstande ist und den Kapitalisten sowenig Angriffsfläche wie möglich zur Spaltung der Belegschaft, zum Ausspielen von Teilen der Belegschaft gegen andere oder von einzelnen Arbeitern gegen ihre Kollegen bietet.

Je mehr die Kapitalisten im Zuge ihres "härteren Durchgreifens", wie es ein hoher Kapitalistenfunktionär ausdrückte, dazu übergehen, nicht kollektivvertraglich abgesicherte innerbetriebliche Vereinbarungen teilweise oder ganz außer Kraft zu setzen, desto stärker wird auch der Drang der Lohnabhängigen, das Erreichte in einer solchen Form zu sichern, daß es nicht mehr oder nur sehr schwer rückgängig gemacht werden kann und das Angestrebte in einer solchen Form durchzusetzen, daß nicht bereits nächstes Jahr wieder von den Kapitalisten damit Schluß gemacht werden kann. Bestes Beispiel dafür ist die Forderung der Beschäftigten der Verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie nach der vollen und sofor-

Fortsetzung nächste Seite

Die Lohnabhängigen haben es satt, weiter stillzuhalten

Fortsetzung von Seite 7

tigen Auszahlung eines 15.Monatslohnes.

In diesen Kämpfen haben die Arbeiter und Angestellten eine Reihe von wichtigen und für die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung entscheidenden Erfahrungen gemacht: Die Erfahrung,daß es nicht mehr möglich ist, es sich individuell zu richten, sondern daß nur noch gemeinsam etwas erreicht werden kann. Die Erfahrung, daß es besser ist, den eigenen Kopf und Verstand zu gebrauchen, als sich auf den von anderen, "höheren", zu verlassen. Die Erfahrung, daß es besser ist, eine klare Forderung zu haben, auf der man sich zusammenschließen kann, und eine solche Forderung zu finden, die wirklich alle für den Kampf gewinnen kann, als sich auf Versprechungen zu verlassen. Die Erfahrung, daß mit allen Mitteln den unweigerlichen Spaltungsversuchen der Kapitalisten entgegengetreten werden muß, wenn man wirklich etwas erreichen will. Und die Erfahrung, daß letztlich nur der gut organisierte und alle umfassende Kampf gegen die Kapitalisten die beste Waffe ist.
Alle diese Erfahrungen sind Fortschritte für die Lohnabhängigen, sie stärken ihr Selbstbewußtsein und ihre Kampfkraft. Die Lohnabhängigen brauchen diese Erfahrungen, um auf ihrer Grundlage den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeits- und Lebensbedingungen gegen die ständige Steigerung der Ausbeutung immer besser und erfolgreicher führen zu können bis zum Ansturm auf das Lohnsystem selbst.
Den Reformisten und Revisionisten sind diese Erfahrungen ein Greuel und sie versuchen mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Lohnabhängigen erstens zu solchen Erfahrungen kommen und zweitens, daß sie daraus die richtigen Schlüsse ziehen. Für sie ist jeder Schritt der Lohnabhängigen in Richtung Einheit und Selbständigkeit verbunden mit der Tatsache, daß ihr Einfluß auf die Massen zurück geht. Wenn die Gewerkschaftsfraktion der KPÖ, der "Gewerkschaftliche Linksblock", in der VÖEST-Betriebszeitung schreibt, daß "auch die uns allen verpaßte Prämie Null bei Umsatzsteigerung im Jahr 1975... undenkbar" gewesen wäre "bei Kommunistisch-sozialistischer Zusammenarbeit", so sieht man, woher der Wind weht: Nicht der Kampf der Arbeiter und Angestellten bei der VOEST um die sofortige Durchsetzung des 15.Monatslohns muß jetzt organisiert werden, sondern die KPÖ muß endlich mehr mitreden können. In dem Maß, in dem die Lohnabhängigen beginnen, sich selbständig zu organisieren für den Kampf um den Lohn, um die Arbeits- und Lebensbedingungen, in dem Maß werden die Reformisten und Revisionisten unweigerlich an Einfluß verlieren. Weil sie das wissen, sind sie erbitterte Gegner jeder Bewegung unter den Lohnabhängigen, die diesen mehr Selbständigkeit und Einheit bringt.
In den nächsten Monaten stehen die großen Lohnrunden an. Die Vorbereitung auf diese Lohnrunden in den Betrieben und in der Gewerkschaft ist von großer Bedeutung.
In den nächsten Wochen stehen aber auch in einer Reihe von Betrieben Auseinandersetzungen über Lohnerhöhungen, Sonderzahlungen und Arbeitsbedingungen bevor. Sind die Umstände und die Bedingungen in den einzelnen Betrieben auch anders, so gibt es doch eine Gemeinsamkeit: Die Lohnabhängigen haben es satt, weiter stillzuhalten und die Bereitschaft zum aktiven Eintreten gegen die Kapitalisten ist groß.
Daraus ergeben sich für die Kommunisten und die klassenbewußten Arbeiter große Aufgaben. Die Kapitalisten und ihre Parteien, das ganze bürgerliche Zeitungspack und auch die Reformisten und Revisionisten in der Gewerkschaft und in den Betrieben setzen alles daran, weiterhin die Arbeiter und Angestellten zum Stillhalten zu bewegen, sie setzen alles daran zu verhindern, daß sich die Kämpfe in einzelnen Betrieben in Österreich herumsprechen und die Erfahrungen aus diesen Kämpfen bekannt werden. Dieser Linie entspricht auch vollständig das Auftreten der Gewerkschaftsführer, die nicht genug davon kriegen können, den Lohnabhängigen andauernd die Notwendigkeit eines "ruhigen" und "maßvollen" Verhaltens zu predigen.
Wir müssen dem entgegentreten, indem wir eine breite Information über die wirtschaftliche Kampftätigkeit entfalten, indem wir der Propaganda des "Stillhaltens", die Notwendigkeit des aktiven und selbständigen Kampfes aufzeigen und die Fälle in den Betrieben propagieren, in denen es zu solchen Kämpfen gekommen ist.

Die Kapitalisten und ihre Handlanger und Agenten in der Arbeiterschaft versuchen die Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen zu untergraben, indem sie mit allen Mitteln die Belegschaften, Schichten, Abteilungen etc. spalten, gegen einanderausspielen und mürbe machen.
Wir müssen diese Versuche entlarven und unermüdlich an der Herstellung der größtmöglichen Einheit in der Belegschaft arbeiten. Um diese größtmögliche Einheit herstellen zu können, müssen wir solche Forderungen der Kollegen unterstützen, die am besten für den Zusammenschluß aller Beteiligten geeignet sind und die Schädlichkeit aller jener Vorschläge, die auf Schwächung und Spaltung gerichtet sind, den Kollegen aufzeigen. Dazu ist es notwendig, ständig eine genaue Einschätzung der Lage und Bedingungen im Betrieb vorzunehmen und aufgrund dieser konkreten Einschätzung in die Auseinandersetzungen vorwärtstreibend einzugreifen.

Wenn wir so vorgehen, wird es uns auch gelingen, den Einfluß der Reformisten und Revisionisten zurückzudrängen und sie zu isolieren.
Nicht gelingen wird uns dies allerdings, und wir werden auch kenerlei Beitrag zur weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Kampftätigkeit und damit der Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen leisten können, wenn wir uns neben die Bewegung stellen, die Bestrebungen der Lohnabhängigen um betriebliche Verbesserungen ihrer Lage geringschätzen und "prinzipienfest" alle solche Bewegungen und Kämpfe und die daraus resultierenden Ergebnisse ablehnen und schlecht machen, die nicht durch und durch "revolutionären Geist" atmen.

G.Sch.

Große Frauenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern

In einer Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation wird darauf hingewiesen, daß ungefähr sieben Millionen Frauen in den 23 Industrieländern des Westens arbeitslos sind. Diese Zahl macht mehr als 40 Prozent der Gesamtarbeitslosen in diesen Ländern aus, obwohl die Frauen nur 35 Prozent der Arbeitskräfte dieser Länder stellen.

Dieses Tatsache, daß die werktätigen Frauen bei Wirtschaftskrisen meist als erste die Arbeit verlieren und dann oft nicht als Arbeitslose gerechnet werden, ist vielen Arbeiterinnen bekannt.

Eine Arbeiterin bei Puch sagte dazu: "Das habe ich jetzt schon ein paarmal mitgemacht. Wenn's einen Aufschwung gibt, dann haben wir Arbeit.Uns wird dann immer gesagt, daß wir eh nur Mitverdiener sind und deshalb nicht so große Ansprüche stellen dürfen.

Gibt's dann eine Krise, dann kommen die Fabriksbesitzer und sagen einem, daß das Höchste für die Frau die Familie und die Kindererziehung ist. Wir fliegen dann als erste auf die Straße. Beim nächsten Aufschwung aber haben die Kapitalisten die "hohen Werte" von Familienleben und Kindererziehung vergessen. Die Frauen sind dann wieder willkommenes Arbeitsvieh".

h.P., Graz

Wertheim (Wien): ›Innerbetriebliche‹

Seit Wochen wird unter den Kollegen bei Wertheim über die Notwendigkeit einer innerbetrieblichen Lohnerhöhung debattiert. Schon bei der letzten KV-Runde gab es einen starken Unmut über den niedrigen Abschluß.Dieser gerechte Unmut findet jetzt seinen Ausdruck in aktiven Schritten. Am 30. August gab es eine Vertrauensleutesitzung, an der auch viele Arbeiter teilnahmen, um über einen innerbetrieblichen Lohnkampf zu beraten. Hier wurde bekanntgegeben, daß sich die Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten auf ein einheitliches Vorgehen geeinigt hätten.

Auf der Vertrauensleute-Sitzung gab es eine Diskussion über die Forderung - sollte eine Prozentforderung oder ein gleicher Betrag für alle aufgestellt werden.Diese wichtige Frage wird eine große Rolle in der Herstellung einer starken Einheit zwischen allen Kollegen, den Arbeitern und Angestellten spielen. Denn man darf den Kapitalisten keine Möglichkeit zum Spalten geben. Die Klarheit darüber muß unter allen geschaffen werden, um den Kampf für eine ordentliche Lohnerhöhung mit Erfolg führen zu können, ohne durch Aufspaltung und Konkurrenz große Abstriche von der aufgestellten Forderung machen zu müssen.

Über die Höhe der Forderung wird momentan diskutiert,

Auseinandersetzung um die Schließung von Möllersdorf

Dem verstaatlichten Buntmetallkonzern ist es bis jetzt noch nicht gelungen, seine Rationalisierungspläne auf Kosten der Arbeiter des Möllersdorfer (NÖ) Metallwerkes durchzusetzen. Die Pläne des Konzerns sahen eine Verlegung der Produktion und der Maschinen des Möllersdorfer Werkes nach Amstetten vor. Den Arbeitern wurde ein sogenannter Sozialplan angeboten. Niemand sollte arbeitslos werden. Mit Autobussen sollten sie an ihre neuen Arbeitsplätze gebracht werden.

Doch so ganz sicher war sich die Konzernleitung nicht, ob die Arbeiter damit auch einverstanden wären. Also benützte man den Werksurlaub im Sommer dazu, um zu versuchen, die Maschinen unbemerkt abzutransportieren und damit die Arbeiter vor vollendete Tatsachen zu stellen. Doch die Arbeiter waren wachsam, brachen ihren Urlaub ab und verhinderten, indem sie das Werkstor verbarrikadierten, unter Führung ihres Betriebsrates den Abtransport der Maschinen.

Fürs Erste war einmal der Angriff abgeschlagen und die Fabrik produziert jetzt auf Hochtouren. Doch die Kapitalisten haben nur umgeschaltet. Mit einem "Experten"gutachten wird jetzt versucht, den Arbeitern nachzuweisen, daß eigentlich eine Produktion in Möllersdorf ein Verlust ist. Dem hat der Betriebsrat eine andere Kostenrechnung entgegengehalten. Dort wird nachgewiesen, daß eigentlich genug Bedarf in Österreich da ist, für das, was in Möllersdorf produziert wird. Dies ist sicherlich richtig. Ohne Zweifel gibt es genug Bedarf an den Qualitätsprodukten der Möllersdorfer Arbeiter. Und sicherlich ist nicht einzusehen, warum die Möllersdorfer jetzt plötzlich zu Pendlern werden sollen, die irgendwohin an andere Orte arbeiten fahren sollen, während in Möllersdorf ein modernes Werk mit modernen Maschinen bereits vorhanden ist.

Doch diese Rechnung gilt für die Kapitalisten, also für den Buntmetallkonzern, nicht. Für seine "Kostenrechnung" sind nicht die Bedürfnisse ausschlaggebend und auch nicht die Bedingungen und die Lage der Arbeiter, sondern einzig und allein der Profit. Und für ihn ist es auf die Dauer profitabler, die Maschinen von Möllersdorf wegzutransportieren, das Werk zu schließen und die Arbeiter zu kündigen, um damit die Produktion besser in Amstetten konzentrieren zu können. Dort kann er dann das Arbeitstempo der Arbeiter entsprechend in die Höhe schrauben, dort kann er dann aus insgesamt weniger Arbeitern eine größere Produktion herausholen. - Allerdings nur dann, wenn dies die Möllersdorfer auch zulassen. Jetzt geht es darum, den Widerstand weiter zu organisieren gegen die immer noch bestehenden Pläne der Konzernleitung

Den Widerstand weiter zu organisieren gegen die immer noch bestehenden Pläne der Konzernleitung, das müßte der Schwerpunkt der Aktivitäten des Betriebsrates und aller Arbeiter in der nächsten Zeit sein. Jetzt geht es darum, auf der Hut zu sein, sich die Kampfbereitschaft nicht von irgendwelchen Kostenrechnungen vernebeln zu lassen und weiter so entschieden den Abtransport der Maschinen und den Abzug der Produktion zu bekämpfen. Eine große Hilfe kann dabei die Solidarität der Arbeiter aller anderen Werke des Buntmetallkonzerns sein.

Denn nur eine geschlossene und einige Arbeiterbelegschaft kann die Verlegung der Produktion in ein anderes Werk verhindern.

-R-

Kampf um wird vorbereitet

und es kommen viele richtige Argumente dafür, daß es eine hohe Forderung sein muß:

die gestiegenen Lebenshaltungskosten, Steuerausplünderung, Tariferhöhungen usw., aber auch der letzte KV-Abschluß.

Das ist ausgezeichnet, denn gerade der bevorstehende Kampf ist die Vorbereitung auf die KV-Verhandlungen. Dieser Kampf muß die notwendige Kampfeinheit herstellen, die zu einem aktiven Eingreifen in die KV-Verhandlungen notwendig sein wird.

W.S.
Wertheim-Zelle/Wien

Höchst/Vorarlberg
Alemania AG wird zugesperrt

Mitte August wurde endgültig vom Semperit-Konzern die Schließung seiner Tochterfirma, der Alemania AG beschlossen. 40 Angestellte und 142 Arbeiter, davon 80% ausländische Kollegen verlieren ihren Arbeitsplatz. Was bis jetzt an Ersatzarbeitsplätzen angeboten wurde, ist für die Arbeiter recht schlecht, da in den neuen Firmen überall viel niedrigere Löhne geboten werden. Genauso schaut es auch bei den Angestellten aus. Lohneinbußen bis zu einem Drittel des vorigen Gehalts sind eher häufig.

Auch hier hatte sich die praktizierte Verwirrungstaktik schlecht für die Arbeiter und Angestellten ausgewirkt. Mit dem Argument, daß sowieso genügend gleichwertige Arbeitsplätze zur Verfügung stünden, wurden sie von einem entschlossenen gemeinsamen Kampf gegen die Schließung abgehalten. Jeder versuchte, einzeln irgendwo eine "gute" Arbeit zu finden. So blieb dann auch den Arbeitern und Angestellten nichts anderes übrig, als einen von der Firmenleitung vorgelegten Sozialplan, der Abfertigungen zwischen drei und sieben Monatsgehältern vorsieht, anzunehmen.

W.S./Bregenz

Überstundenschinderei bei Wertheim

Gespräch mit einem Kollegen

Bei Wertheim ist die Auftragslage der Kapitalisten seit dem Produktionsrückgang vor einem Jahr wieder sehr hoch. Die Kapitalisten versuchen heute mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den Profit zu steigern. Eines der beliebtesten Mittel ist die ungeheure Ausweitung des Arbeitstages durch Überstunden. So werden in einigen Abteilungen 12 Stunden am Tag gearbeitet, auch am Samstag und Sonntag. Eine Situation, wie sie vor loo Jahren herrschte!
Der Unmut der Kollegen in den Abteilungen, wo besonders viele Überstunden gemacht werden, nimmt ständig zu. Immer mehr sprechen auch die Kollegen untereinander über diesen unhaltbaren Zustand. Das jetzt wiedergegebene Gespräch mit einem Arbeitskollegen drückt die Stimmung vieler Arbeiter bei Wertheim aus:

W: *Welche Auswirkungen haben auf Dich die vielen Überstunden?*

A: *Müdigkeit, man tut nur mehr arbeiten und schlafen. Fernsehen, Sport, Freizeit.... gibt es keine mehr. Man ist ständig gereizt, nervös und möchte nur mehr seine Ruhe haben.*

W: *Wie schauts unter Deinen Kollegen bei der Arbeit aus?*

A: *Es wird von Woche zu Woche schlechter. Wegen jeder Kleinigkeit gibt's Streiterein, die Kollegialität hat ziemlich abgenommen. Alkohol wird ziemlich gesoffen. Vielen gehts schon auf den Arsch, 12 Stunden in der Bude zu rackern.*

W: *Warum arbeitet ihr soviele Überstunden, es sind ja Zustände wie vor loo Jahren?*

A: *Hauptsächlich wegen des Geldes. Aber immer mehr wollen eh nicht mehr, weil sich durch die ungeheuren Abzüge die Überstunden fast nicht auszahlen. Aber auch durch den Druck, es sind zu wenig Arbeiter da, Urlaubszeit usw.....*

W: *Was sagt der Betriebsrat dazu?*

A: *Das weiß ich nicht, ich glaube bisher hat er noch nicht viel unternommen. Es wird aber notwendig sein, daß zuerst einmal wir Arbeiter uns einheitlich gegen die Überstunden aussprechen, dann an den BR herantreten. Denn solange die Überstunden "freiwillig" gemacht werden, kann auch der BR außer "Aufklärung", die er jedoch bisher nicht gemacht hat, nicht viel machen.*

W: *Was meinst Du, was man gegen die Überstunden machen kann?*

A: *Zuerst brauchen wir einmal genügend Lohn. Dadurch würde ein großer Teil der Kollegen keine Überstunden mehr machen. Ich glaube auch, daß die Gewerkschaft die Überstunden verbieten müßte. Aber die Führung will ja nichts von den Schwierigkeiten wissen, sie arbeiten ja nicht 1o oder 12 Stunden in einer Fabrik. Ich meine, wenn wir alle, d.h. die Arbeiter, die in der Gewerkschaft organisiert sind, dagegen sind, werden wir auch ein Verbot durchsetzen können.*

W.
Zelle Wertheim/Wien

Keine Sonderschichten bei der Bundesbahn!

Der Einsturz der Wiener Reichsbrücke brachte als Folge den Eisenbahnern hunderttausende von Überstunden, was eine ungeheure Belastungssteigerung ist.
Die Schiffe müssen vor der Wiener Reichsbrücke vor Anker gehen, weil die Fahrtrinne verschüttet ist. Die Schiffsladungen werden in die Waggons der ÖBB umverladen. Die Güter werden ab Wien mit der ÖBB weiter transportiert und den Kapitalisten zugestellt.
Die Kapitalisten verlangen zeitgerechte Lieferung, egal wie.
Seit dem Wochenende 8./9. September 76 müssen Tausende von Eisenbahnern (Lokführer, Zugsführer, Zugbegleiter, Weichensteller, Wagenmeister, Verschieber usw.) Sonderschichten arbeiten.
Die 40-Stunden-Woche gibt es für die Eisenbahner nur auf dem Papier. Mindestens 70 % arbeiten 48 Stunden in der Woche, das heißt, vier Schichten zu je 12 Stunden - Tag und Nacht. Per Dienstanweisungen werden die Kollegen zu den Sonderschichten verdonnert, ob es paßt oder nicht. Es werden 60 Stunden, das sind fünf Schichten in der Woche gearbeitet, und das 4 bis 6 Wochen lang. Zwischen den Schichten gibt es in der Regel keine längere Ruhepause als 24 Stunden.

- o das bedeutet einen schweren Angriff auf die durchgesetzte 40-Stunden-Woche.
- o das bedeutet einen Angriff auf die erkämpfte Erholungs- und Ruhezeit
- o dadurch wird die körperliche und nervliche Belastung der Arbeiter immer mehr erhöht
- o weiters wird dadurch das Familien- und Privatleben noch mehr belastet, was es ohnehin schon durch die Schichtarbeit ist.

Diese Sonderschichten sind keine Ausnahme, nur weil die Reichsbrücke zusammengestürzt ist. Dieser Sonderschichten werden immer wieder verordnet (z.B. bei Gleisneubauten etc.) um aus den Eisenbahnern immer mehr herauszuholen.

Die ÖBB läßt, wie jeder andere Kapitalist auch, lieber Überstunden machen, als daß sie neue Leute einstellt. (1975 mußten von den Eisenbahnern rund 7,5 Millionen Überstunden gebracht werden). Denn die Überstunden kommen wesentlich billiger, als neue Arbeitskräfte. Außerdem werden die Überstunden so hoch besteuert, daß erst nicht viel übrigbleibt.

Es stehen hier unversöhnlich die Interessen und Ziele der Arbeiter und der der Kapitalisten gegenüber. Gemeinsamkeiten gibt es da nicht. Der eine kämpft für die Erhaltung seiner Arbeits,-Lohn- und Lebensbedingungen, für gesetzlich festgelegte Schutzforderungen, der andere für immer höhere Profite. Die Kommunisten treten ein für die Einheit und Kampfstärke der Arbeiterklasse, die Kapitalisten und ihre Handlanger in den Reihen der Arbeiterklasse für Spaltung und Schwäche um die Herrschaft ihrer Ausbeuterordnung aufrechterhalten zu können.
Die Kollegen von der Eisenbahn müssen daher gegen die Sonderschichten, für die Realisierung der 40-Stunden-Woche, gegen die Überstunden und vor allem, denn das ist der springende Punkt - für mehr Lohn kämpfen.
Denn nur der geringe Grundgehalt (ohne Zulagen, die darf man nicht rechnen) zwingt die Eisenbahner zur Überstundenleistung. Und das treibt die Arbeiter in den Ruin. Wir Kommunisten lassen uns im Kampf in den Betrieben gegen die Kapitalisten in dieser Frage von unserer entsprechenden Programmforderung leiten:
7-STUNDEN-TAG; 5-TAGEWOCHE; VERBOT VON ÜBERSTUNDEN!

ÖBB-Zelle/Linz Fe.Wa.

SWAROVSKI: Wettbewerbsfähigkeit durch Lohndrückerei und Überstundenschinderei erhöht

Wenn heute vom "Aufschwung der Wirtschaft" berichtet wird, dann versuchen alle bürgerlichen Meinungsmacher aller Schattierungen uns vorzumachen, daß der Aufschwung uns allen zugute kommt. Am Beispiel des führenden österreichischen Glasbetriebs Swarovski in Wattens sieht man aber, daß dies nur ein einseitiger Aufschwung ist.

Die Belegschaft in Wattens ist fast auf die Hälfte verkleinert worden. Trotzdem hat der Umsatz des Swarovski-Konzerns 1975 1.242,8 Millionen betragen, also nur um 7,5 % weniger als 1974.
Mit dieser radikalen Intensivierung der Produktion erreichten die Swarovskis einen Spitzenplatz in der Glasindustrie, die eine der Branchen mit der brutalsten Rationalisierung in Österreich überhaupt ist. In der Glasindustrie hat 1974 jeder 4. Arbeiter seinen Arbeitsplatz verloren, und die Produktion je geleisteter Arbeitsstunde ist um 18,2 % (fast ein Fünftel!) gesteigert worden. Die Produktion je Swarovski-Arbeiter ist wohl noch mehr gestiegen. Der Schweiß jedes einzelnen Arbeiters steckt dahinter, daß die Swarovskis wieder stolz verkünden können Sie haben die größte mechanische Edelsteinschleiferei Europas. Sie lassen mehr synthetische Steine schleifen als irgendein anderer Unternehmer in der Welt. Sie sind der führende Lusterbehangererzeuger in der Welt.
Aber im Sommer 1974 hieß es: "In Wattens arbeiten 3 Teams die nötigen Schritte aus: zuerst wird der technische Bereich durchforstet, dann die Verwaltung, schließlich das Marketing."
Damals wurden z.B. in den Schlossereien, die mit der Ausrüstung des vollautomatischen Schleifsaals zu tun hatten, noch massenhaft Überstunden gemacht, als die erste Kurzarbeitsperiode schon beschlossen war! (Und nachdem sie das erledigt hatten, wurde weit mehr als die Hälfte der Schlosser entlassen). Die Produktion wurde so organisiert, daß aus wesentlich weniger Arbeitern mehr herauszuholen war.
Die Swarovskis haben darüberhinaus das tatsächliche Einkommen der Belegschaft durch die "Einsparung" der freiwilligen zweiten Sonderzahlung weiter gesenkt. In einer Abteilung im Werk II etwa hat der Abteilungsleiter schon vor dem Betriebsurlaub im August angekündigt, daß danach massenhaft Überstunden angeordnet werden. Viele Kollegen, deren normale Arbeitszeit um 6 Uhr beginnt, kommen jetzt schon um 5 Uhr. Sogar Schichtarbeiter machen Überstunden. Einzelne Kollegen haben sich sogar ihren Urlaub auszahlen lassen und durchgearbeitet. Das alles ist nicht nur gefährlich für die Gesundheit der Arbeiter und schlecht für das Familienleben. Es spaltet die Arbeiter. Keiner weiß schließlich, ob er nicht mit seiner jetzigen Überstunde den Swarovskis das Lager füllt und mit seiner Mehrarbeit dafür sorgt, daß er nächste Weihnachten bereits "überflüssig" ist.

-HeF-
Zelle Swarovski/Wattens

Simmering Graz Pauker AG/ Überstunden muß in den

Ein besonderes Übel stellt bei uns die Überstundenschinderei und die verstärkte Arbeitshetze dar. Trotz Verkürzung der Arbeitszeit und bei gleichbleibender Belegschaft stieg die Produktion um 15,8%. Der Akkord ist in einzelnen Abteilungen verschärft worden. Aber auch die Regiearbeiter merken den steigenden Druck, etwa im Magazin. Die Firmenleitung begann noch dazu mit einer gehässigen Überwachung der Kollegen, damit keine "illegalen" Pausen mehr gemacht werden und sich niemand mehr während der Arbeitszeit waschen geht. Kollegen, die erwischt wurden, wurde mit Entlassung gedroht.

Aber schon im letzten Jahr hat die Firmenleitung einen Antrag an die Arbeiterkammer auf Überschreitung der gesetzlichen Höchstzahl von 5 Überstunden pro Woche gestellt. Mit Unterstützung des Betriebsrates wurde dieser Antrag genehmigt. Sowohl bei den Arbeitern wie auch bei den Angestellten werden 20, 30 und noch mehr Überstunden pro Monat gemacht, nicht nur unter der Woche, sondern auch Samstags und fallweise Sonntags. Auf Kollegen, die keine Überstunden machen wollen, wird indirekt Druck ausgeübt:

"Du brauchst ja keine Überstunden machen, wenn du nicht willst, aber wenn du einmal welche brauchst, können wir auf dich auch keine Rücksicht nehmen", heißt es dann. So nützt die Firmenleitung die Tatsache aus, daß der Lohn für viele - v.a. wenn größere Anschaffungen gemacht werden müssen - nicht ausreicht, und die Kollegen dann auf Überstunden angewiesen sind. Die Kapitalisten können so, ohne daß sie neue Arbeiter anstellen, also mit größerem Gewinn, ihre Aufträge termingerecht erfüllen. Dafür sollen sich die Kollegen noch über den normalen Arbeitstag hinaus auspressen lassen. Überstundenschinderei bedeutet nichts anderes als Raubbau an der eigenen Gesundheit und schränkt vor allem die Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, ein.

Eine Regelung im Kollektiv-Vertrag, die eine bestimmte Höchstanzahl von Überstunden verbindlich für die ganze Branche festlegt, wäre eine gute Sache, damit der Überstundenhetze Schranken gesetzt werden. Eine solche

Graz

beschränkung Kollektivvertrag

Regelung z.B., daß nicht mehr als 20 Überstunden im Monat gemacht werden dürfen, wären ein richtiger Schritt in Richtung Verbot der Überstunden.

SGP-Zelle/Graz

Vereinigte Edelstahlwerke

Teilerfolg erreicht

Ebenso wie der VÖEST-Alpine Konzern hatte die Konzernleitung der VEW den Beschluß gefaßt, die jährliche Sonderzahlung in der ungefähren Höhe eines Monatslohns für 1975 zu streichen. Dieser Beschluß wurde dem Zentralbetriebsrat bereits Ende Juni bekanntgegeben. Die Arbeiter und Angestellten der VEW erfuhren davon allerdings erst Ende Juli. Das hat aber nichts daran geändert, daß sich sofort eine breite Empörung in den einzelnen Werken des Edelstahlkonzerns entwickelte. Vor allem die noch sehr lebendige Erinnerung an die Massenentlassungen und die damit einhergehende Verschärfung der Arbeitshetze und Antreiberei sowie auch die monatelange Kurzarbeit im letzten Jahr brachten die Kollegen berechtigterweise auf die Palme. Als die Reformisten im Zentralbetriebsrat sahen, daß die Unruhe unter den Arbeitern und Angestellten bereits für sie gefährliche Ausmaße angenommen hatte, verfielen sie auf einen besonders hinterlistigen Trick: Sie erklärten den Kollegen, daß jetzt auf dem "Rechtsweg" die Sonderzahlung eingeklagt werden sollte. Was sie damit erreichen wollten, war klar: den Unmut abzuwürgen, die Arbeiter und Angestellten vertrösten und einer Entscheidung von außen unterwerfen. Als sich aber trotzdem in den Abteilungen die Stimmen mehrten, daß jetzt endlich etwas getan werden müsse, erklärte sich die Konzernleitung plötzlich bereit, rund ein ein Drittel von dem, was sich die Arbeiter erwarteten, zur Auszahlung zu bringen. Das bedeutet, daß jeder Arbeiter und Angestellte ca. 2.700 Schilling bekommt.

Was damit erreicht werden soll, ist klar: Lieber ein bißchen hergeben, damit es weiter gelingt, die Unruhe in den Betrieben unter Kontrolle zu halten und nicht zu riskieren, daß sich die Arbeiter und Angestellten weiterhin überlegen, wie sie zu ihrem Geld kommen können. Denn welche Bedeutung eine weitergehende Auseinandersetzung in Teilen der Verstaatlichten für die Entwicklung der wirtschaftlichen Kampftätigkeit hat, ist sowohl der Konzernleitung als auch der Regierung und den reformistischen Gewerkschaftsführern viel zu klar, als daß sie es auf Auseinandersetzungen in der jetzigen Situation ankommen lassen möchten.

G.Sch.

Tyrolia/Schwaz: Weitere Steigerung der Ausbeutung

Die Produktion von Tyrolia (Herde) ist auf Saisongeschäft ausgerichtet: 3/4 des Jahres wird für den Winter auf Hochdruck produziert. Ab Dezember gibt es dann wenig Arbeit. Im letzten Jahr hat der Tyrolia-Kapitalist Heiß die vor allem durch die Swarovski-Entlassungen verursachte hohe Arbeitslosigkeit im Unterinntal zu einem Raubzug ausgenützt.

Jeder Arbeiter erhielt einen Brief, in dem "vorgeschlagen" wurde, am Freitag nachmittag und den ganzen Samstag zu arbeiten und dafür als "Zeitausgleich" im Winter freizuhaben. 70 % der Belegschaft gaben ihre Zustimmung. Eine Woche später wurden die restlichen 30 % entlassen - wegen "Arbeitsmangel".
Die gesamten Produktion wurde also von 70 % der Belegschaft aufrechterhalten durch Überstundenarbeit am Freitag und Samstag. Es wurden dafür aber nicht einmal Überstundenzuschläge bezahlt, weil ja ein "zusätzlicher Urlaub" im Winter eingearbeitet wurde. So ist es den Kapitalisten gelungen, die Belegschaft völlig seiner Profitmacherei zu unterwerfen: Ausdehung der Arbeitszeit in einem Teil des Jahres, Zwangsurlaub im anderen; dazu noch Senkung der Lohnkosten.

-gf-

Ortsgruppe Innsbruck

VÖEST

Die Erkämpfung des 15. Monatslohns steht auf der Tagesordnung

Am 12. Juni wurde erstmals im Zentralbetriebsrat der VÖEST-Alpine mitgeteilt, daß die sogenannte Erfolgsprämie für das Jahr 1975 "wegen schlechten Geschäftsganges" von der Konzernleitung gestrichen sei. Dieser Bekanntgabe waren längere Geheimverhandlungen zwischen dem Verhandlungskomitee des Zentralbetriebsrats und der Konzernleitung vorangegangen, in denen es der Kapitalistenseite gelungen war, das sozialdemokratische Verhandlungskomitee von der Notwendigkeit der Streichung der Prämie für 1975 zu "überzeugen".
Nicht zu überzeugen waren allerdings bis jetzt die Arbeiter und Angestellten im VÖEST-Alpine-Konzern. Schließlich hatten alle fix mit der Sonderzahlung gerechnet, die bereits seit 1960 jährlich am 15. August ausgezahlt wurde. Die Prämie betrug je nach "Geschäftsgang" zwischen 80 und 130 % des Grundlohns. Alle Kollegen betrachteten bisher zurecht diese "Erfolgsprämie" als Bestandteil ihres Lohns und viele hatten die für das Jahr 1975 fällige Sonderzahlung schon lange vorher ins Familienbudget eingeplant.
Als die Reformisten und Revisionisten im ZBR Anfang Juli spürten, daß die Unruhe unter den Kollegen nicht nachließ, sondern immer stärker wurde, daß vor allem die Vertrauensleute immer stärkerem Druck von Seiten ihrer Abteilungen ausgesetzt waren, faßte der ZBR den Beschluß, im September über die Einführung eines 15. Monatslohnes im nächsten Jahr statt der jetzt fälligen Prämie mit der Konzernleitung in Verhandlung zu treten. Damit versuchte der ZBR zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen:
1. Er bekräftigte erneut seine zustimmende Haltung zum Beschluß der Konzernleitung, für 1975 keine Sonderzahltung auszufolgen.
2. Die Empörung über diesen Lohnraub sollte durch den Verhandlungsbeschluß über den 15. Monatslohn aufgefangen werden. Dieser 15. Monatslohn würde frühestens 1977, eventuell sogar in Etappen bis 1978 eingeführt werden.
Allerdings ist es dem ZBR bis heute nicht so recht gelungen, durch seine Manöver die Unruhe unter den Kollegen einzudämmen. Vor allem der Teilerfolg, den die Arbeiter der Vereinigten Edelstahlwerke im Kampf um die volle Sonderzahlung bereits errungen hatten, zeigte vielen VÖEST-Arbeitern, daß die Frage der Sonderzahlungen für 1975 noch lange nicht restlos erledigt ist, wie das der ZBR durch seinen Beschluß vom 12. Juli zum Ausdruck brachte. Erneut begann in den einzelnen Werken des VÖEST-Konzerns die Empörung und Kampfbereitschaft zu steigen.

Am 30.August schließlich forderte der Arbeiterbetriebsrat der VÖEST-Alpine-Traisen unter dem Druck der Arbeiter und Angestellten die Zentralbetriebsräte auf, alles daranzusetzen, damit die fällige Prämie für 1975 noch heuer ausbezahlt wird. Auch in Linz wurde ein entsprechender Antrag im Betriebsrat eingereicht.
Die SP-Fraktion in den Betriebsratskörperschaften des Konzerns hatte bisher nichts anderes im Sinn, als mit allen Mitteln den berechtigten Unmut der Kollegen abzuwürgen und die SP-Reformisten scheuen auch nicht davor zurück, ihre Funktionäre auf den unteren Ebenen und die einfachen Mitglieder als Disziplinierungshilfen für ihre Pläne zu benutzen. Vornehm wurde darüber in der Betriebszeitung der SP, "Wahrheit" vom August geschrieben:"Wichtige Informationen wurden allen Teilnehmern zuteil, manche Unklarheit sowie Fehlbeurteilung von Maßnahmen oder Entwicklungen wurden beseitigt".

Welche "Fehlbeurteilung von Maßnahmen" da bei den SP-Mitgliedern und Vertrauensmännern und auch bei vielen Betriebsräten beseitigt wurden, kann man sich denken: daß die faktische Zustimmung des ZBR zur Streichung der Prämie für

Fortsetzung nächste Seite

Ein Jahr nach Betriebsstillegung bei Neuner/Klagenfurt

Arbeiter ausgesteuert–Kapitalist scheffelt Millionen

Voriges Jahr im Mai sperrte der Schuhkapitalist Neuner zu und mit einem Schlag standen 500 Arbeiter auf der Straße.

In der "Glanzzeit" des Betriebes, 1965-70 zählte Neuner 1200 bis 1500 Beschäftigte. Ab 1970 schlitterte er in die Krise. Wieso?

Es wird immer wieder behauptet Neuner sei eingegangen, weil er "unternehmerische Fehler" begangen hat. Diese "Fehler" sind aber nur Ausdruck der Anarchie der kapitalistischen Produktion. Um bestehen zu können, mußte Neuner expandieren. Vor seiner Expansion war er bekannt als Erzeuger orthopädischer Schuhe. Auf diesem Sektor konnte er die Produktion nicht weiter ausdehnen. Er mußte sich auf ein Gebiet wagen, wo die Konkurrenz weitaus schärfer war - Modeschuhe. In den Jahren der Prosperität ging das gut, als dann die weltweite Krise aufzubrechen begann, kam er zusehends in Schwierigkeiten. Die ausländischen Konkurrenten v.a. aus den sogenannten "Billiglohnländern" (Spanien, Portugal, etc.) machten ihm zu schaffen. Er ließ sich auch in Geschäfte mit der UdSSR ein, die ihm kaum Profite brachten und versuchte mit einer Werbewelle, ähnlich der von Humanic Boden zu gewinnen.. Er konnte sich aber nicht durchsetzen und wählte einen anderen Weg: zusperren.

Sein Kapital, das er ja hat, legte er eben woanders "gewinnbringender" an. Was mit den Arbeitern geschieht, kann er verkraften, obwohl ihm schon eine Träne über die Wangen geronnen ist, wenn er daran gedacht hat, wieviel Profit sie ihm einmal gebracht hatten.

Wie geht es heute Herrn Neuner ?

Er vermietet seine ehemaligen Fabrikshallen. Er ist außerdem Händlerkapitalist geworden.
Dafür streift er so ca. 10 Millionen Schilling ein, von denen er ca. 1,5 Millionen Betriebskosten und ca. 5 Mio. Einkommenssteuer zahlen muß. Bleiben ihm bei diesem Geschäft also ca. 3,3, Mio. Schilling jährlich rein. Und als Händlerkapitalist gehen seine Geschäfte auch recht gut: er führt billige Schuhe v.a. aus Spanien ein und verkauft sie.

Und wie geht es den Arbeitern ?

Von einigen ehemals Beschäftigten bei Neuner erfuhren wir, daß bereits die Hälfte der Entlassenen auf Notstand ist, bzw. zum zweitenmal ihre Stellung (bei Aggroserta und Schmauzer) verloren hat, daß viele Frauen "in den Haushalt zurückkehren" mußten und wenn sie was gefunden haben, so, als Bedienerinnen.

Andererseits pressen jene Kapitalisten, die bisher "überlebten" weil sie eine gewisse Monopolstellung haben, wie Ara, Gabor oder Humanic durch verschärfte Akkordhetze, Rationalisierungen und Lohndrückerei ein Maximum an Profit aus den dort beschäftigten Arbeitern heraus.

Man sieht an diesem Aufstieg und Fall von Neuner, worauf die kapitalistische Wirtschaft ausgerichtet ist: Auf die Profitscheffelei unter allen Umständen für die Kapitalisten - ständige Verschlechterung der Lage der Arbeiter, die eben nichts anderes besitzen als ihre Arbeitskraft.

-Ortsaufbaugruppe Klagenfurt-

Fortsetzung von Seite 11

VÖEST: 15. Monatslohn auf der Tagesordnung

1975 durch die Konzernleitung halt doch nicht im Interesse der Arbeiter und Angestellten des VÖEST-Alpine-Konzerns sein könnte.

Auf eine andere Art, letztendlich jedoch mit nicht viel anderen Auswirkungen auf die Arbeiter und Angestellten des VÖEST-Alpine-Konzerns, versucht der Gewerkschaftliche Linksblock, die Fraktion der revisionistischen KPÖ, im Unmut der Kollegen seine trübe Suppe zu kochen. Auch für den GLB ist es bereits im großen und ganzen beschlossene Sache, daß heuer auf keinen Fall die volle Prämie für 1975 ausgezahlt werden wird. So heißt es in einem Brief des GLB in Linz an den Arbeiterbetriebsrat: "Die Betriebsräte des Gewerkschaftlichen Linksblocks beantragen, der Arbeiterbetriebsrat möge den Zentralbetriebsrat beauftragen, die Verhandlungen über eine Sonderzahlung zu einem raschen Ergebnis zu führen, um die Auszahlung noch für dieses Jahr zu sichern".
Geht es nach dem GLB, sieht die Lage folgendermaßen aus: Die volle Sonderzahlung ist sowieso nicht drin. "Eine Sonderzahlung" wäre aber wünschenswert.

Unterdessen sieht es so aus als wäre der Konzern doch bereit, einen Teil der Prämie, so ca. in der Höhe wie bei den VEW, als erste Etappe des 15. Monatslohns herzugeben. Das ist nichts anderes als ein Beschwichtigungsmanöver und soll die Kollegen davon abhalten, weiter für die Auszahlung der vollen Prämie und die sofortige Umwandlung in einen 15. Monatslohn einzutreten.

Worum es jetzt gehen müßte, wären Beschlüsse in den Abteilungen, die klipp und klar zum Ausdruck bringen, daß kein Arbeiter und Angestellter gewillt ist, den Prämienraub durchgehen zu lassen und daß die Vertrauensleute und Betriebsräte beauftragt werden, rasch im Sinne dieser Beschlüsse zu handeln. Damit dürfte es aber nicht getan sein, wie das Beispiel Traisen zeigt, wo der Arbeiterbetriebsrat bereits am 30. August einen entsprechenden Beschluß faßte, bisher aber noch nichts geschehen ist. Die Hauptsache müßte jetzt sein, daß sich alle Arbeiter und Angestellten Gedanken machen über die notwendigen Kampfschritte, und das auch verbindlich festlegen. Es ist ganz klar, daß ein Betriebsrat, hinter dem die Kollegen geschlossen stehen und bereit sind zum Kampf, eine ganz andere Position gegenüber dem Kapitalisten hat als wenn die Arbeiter noch keine Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt haben. Und es ist ebenso klar, daß die Kampfbereitschaft und der Kampfwille der Arbeiter schon manchen Betriebsrat davon abgebracht hat, in den Verhandlungen Stück für Stück die Arbeiterinteressen fallen zu lassen.

Der 15. Monatslohn muß heuer noch voll ausgezahlt werden!

Die bisherige Sonderzahlung in Form der Prämie brachte den Arbeitern und Angestellten nicht nur eine jährliche Lohnaufbesserung, sie hatte auch für die Konzernleitung unschätzbare Vorteile. Erstens kann sie die Höhe der Prämie je nach Belieben festlegen (oder sie eben ganz ausfallen lassen wie heuer) und zweitens kann sie gegenüber den Arbeitern und Angestellten noch so tun, als sei das ein ganz spezielles Entgegenkommen der Kapitalisten, für das noch jeder dankbar sein müßte.

So ist das überhaupt bei allen Arten von Prämien. Anfangs von den Arbeitern durchgesetzt, weil die Lage des Betriebes gut ist, wird sie sofort von den Kapitalisten zu etwas umgemünzt, was die Arbeiter kriegen, wenn es dem Betrieb gut geht. Diese Logik, die hinter allen Prämien und ähnlichen Arten von Sonderzahlungen steckt, richtet sich immer in kürzester Zeit gegen die Lohnabhängigen und wird zu einem Mittel der Kapitalisten, die Belegschaft an das Wohlergehen des Betriebes zu binden und sie aufzusplittern.

Im Laufe der Diskussionen unter den Arbeitern und Angestellten hat sich immer mehr die Auffassung breitgemacht, daß es besser wäre, die Sonderzahlung in einen innerbetrieblich garantierten 15. Monatslohn umzuwandeln. Die Reformisten und Revisionisten in den Betriebsrätekörperschaften sind sofort darangegangen, diese Überlegungen für sich auszunutzen und über die Verhandlungen zum 15. Monatslohn die heuer fällige Prämie fallen zu lassen.

So kann aber die Frage nicht gestellt werden. Daß es ein ausgezeichneter und richtiger Gedanke ist, statt der jährlichen unsicheren "Prämie" gegenüber der Konzernleitung einen garantierten 15.Monatslohn durchzusetzen, darf niemals dagegen ausgespielt werden, daß die Arbeiter und Angestellten noch heuer die für das Jahr 1975 ausständige Sonderzahlung zu bekommen haben. Die Forderung "Voller 15. Monatslohn noch heuer" ist richtig und geeignet, damit sich dahinter alle Arbeiter und Angestellten zusammenschließen und für den Kampf gegen die Konzernleitung organisieren können. Nicht richtig wäre es sicherlich, den Gedanken an die fällige Sonderzahlung fallen zu lassen zugunsten von Verhandlungen über das, was im nächsten Jahr passieren soll.

G.Sch.

Tödliche Arbeitshetze bei Reichsbrückenräumung und Bau der Notbrücke

Bisher mußten zwei Arbeiter sterben und viele wurden verletzt, da bei der Räumung der ins Wasser gestürzten Teile der Reichsbrücke und beim Bau der Straßenbahn-Ersatzbrücke die Arbeiter wie wahnsinnig gehetzt werden. Die unhaltbaren Versprechungen bezüglich des Räumungstermines müssen nun die Arbeiter mit ihrer Gesundheit oder sogar ihrem Leben bezahlen.

"Von Einhaltung der Sicherheitsvorschriften kann doch bei diesem Arbeitstempo keine Rede sein", darin sind sich die Arbeiter einig. Dies bezahlte vor 3 Wochen ein Arbeiter mit dem Leben, da er so wie alle keine Schwimmweste trug, in die Donau stürzte und ertrank.

"Die im Rathaus versprechen Termine und wir können es ausbaden. Bei jedem Schichtwechsel heißt's: heute müssen wir das und das fertig haben. Ob's überhaupt geht bei den schwierigen Bedingungen, fragt niemand. Und wenn wir sagen, das geht nicht so schnell, so heißt's: zu diesem oder diesem Datum, das sich auch immer ändert, müssen wir fertig sein", sagte uns ein Kollege, der gerade von der Sanität kam mit einem Verband am Unterarm.

Ein anderer Kollege, der am Ufer Werkzeuge herrichtete, meinte dazu: "Der Bürgermeister will das schnell fertig haben, die Firmen wollen viel verdienen und wir müssen es halt schnell machen."

Man merkt auch überall, auch bei den Soldaten, die einen Teil der Behelfsbrücke bauen, daß schnell gearbeiten wird und nirgends steht von den Arbeitern jemand herum. Herumstehen und mit den Händen deuten tun die Experten, die es in großer Anzahl gibt. Von den Arbeitern weiß jedoch niemand, ob es überhaupt einen Plan für die Räumung gibt und wie der eventuell ausschaut. Jeden Tag wird ihnen gesagt, heute soll das und das fertig sein - schaut's dazu!

Die Gemeindeverwaltung ist unter dem Druck der Öffentlichkeit gezwungen, Versprechungen zu machen, daß bald Ersatzbrücken hier sind und auch die Schiffe wieder fahren können. Sie will ihr angekraztes Image durch rasche Fertigstellung aufbessern. Und das dauert nun schon Wochen, daß Tausende Arbeiter früher aufstehen müssen und später nach Hause kommen. Und der Unmut der betroffenen Bevökerung wächst.

Bilanz des Philips-Konzerns: Mehr Profit - weniger Beschäftigte

Im letzten Jahr verordnete die Firmenleitung den Kollegen eine Reihe von Zwangsmaßnahmen wie z.B. Zwangsurlaube oder sie schickten die Leute mit 75 % nach Hause. Damals hörten die Arbeiter, es sei notwendig, weil die Firma Verluste hatte und wieder aus der Krise herauskommen muß. Aus der Bilanz von Philips-Österreich für das Jahr 1975 ist dann allerdings bekannt geworden, daß die "Verluste" darin bestanden haben, daß die Gewinnsteigerungen nicht so hoch ausgefallen sind, wie in den letzten Jahren und wie es die Firmenleitung gerne gesehen hätte. Der Umsatz stieg "nur" um 100 Millionen Schilling (von 6,2 Mrd. S auf 6,3 Mrd.S). Die Zahl der Beschäftigten ging in dieser Zeit um 650 zurück!

Mit Rationalisierungen und verschärfter Ausbeutung der Arbeiter hat sich der Konzern "wieder erholt". Mit den Profiten für das erste Halbjahr 1976 können die Besitzer des riesigen weltweiten Philips-Konzerns zufrieden sein. Die Bilanz sieht folgendermaßen aus:

Der Umsatz stieg um 17 %, von 82 auf 95 Mrd. S. Der Gewinn nach Steuern wurde mit ca. 1 Mrd. 900 Mill. mehr als verdoppelt. Der offiziell zugegebene Reingewinn sprang von 582 Mill.S auf 1 Mrd. 600 Millionen.

Das ist der Aufschwung auf den die Belegschaft immer wieder während der Krise vertröstet wurde, wenn Opfer von ihr gefordert wurden. Was hat die Belegschaft nun tatsächlich davon. Das geht aus der Bilanz hervor:

Die ungeheure Profitsteigerung wurde mit weniger Beschäftigten erreicht. Die Zahl der Beschäftigten ging im 1.Halbjahr um 6 400 zurück. Allein in Österreich ging die Zahl der Beschäftigten von März 75 bis Juni 76 um 1 500 zurück.

Bei Philips-Hornyphon sieht die verstärkte Ausbeutung so aus, daß durch Erweiterungen und Umstellungen von Bändern das Tempo an vielen Plätzen gesteigert wurde. In einer Abteilung wurde eine zusätzliche Schicht von 16 bis 22 Uhr eingeführt.

Der Aufschwung ist - das kann man allgemein sagen - ein Aufschwung der Profite; für die Arbeiter hat er verschärfte Ausbeutung gebracht.

E.Rei.
Zelle Philips-Hornyphon/ Wien

Textilarbeiter: Einheitlicher Lohnkampf und Kampf um Abfertigungen vordringlich

Seit 26. August läuft die Kündigungsfrist für den Kollektivvertrag der Textilarbeiter einschließlich Tirols. Ende September läuft auch der Kollektivvertrag für die Vorarlberger Textilarbeiter aus. Trotz der ersteren Kündigung ist von Verhandlungen bisher nichts bekanntgeworden, sogar die betroffenen Belegschaften gehen vielfach völlig unvorbereitet in die Auseinandersetzungen.

Diese ersten größeren Lohnverhandlungen zu Herbstbeginn verdienen aus mehreren Gründen die höchste Aufmerksamkeit aller Lohnabhängigen, denn trotz einiger Besonderheiten der Textilbranche werfen die begonnenen Auseinandersetzungen ein Licht auf die gesamten Kampfbedingungen, die die Arbeiterklasse gegenwärtig im wirtschaftlichen Kampf vorfindet.

Die Absichten der Textilkapitalisten: Die Löhne real noch weiter senken; möglichst freie Hand für Rationalisierungen und Arbeitsverschärfungen bekommen; bessere Verfügbarkeit über das Arbeitslosenheer erlangen.

Sobald die Gewerkschaft Textil. Bekleidung, Leder im Gefolge des im Juni abgehaltenen Gewerkschaftstages ihre Forderungen für die Lohnrunde bekanntgegeben hatte, ereiferte sich auch schon der Generalsekretär Mussil von der Bundeswirtschaftskammer, daß das überhaupt nicht ginge, irgendwelche Forderungen laut bekanntzugeben, noch bevor die Paritätische Kommission damit befaßt sei und unter solchen Umständen eine Regelung der Abfertigungsfrage von vornherein gefährdet sei. Zu den von der Gewerkschaft geforderten 9% bis 10% Lohnerhöhung hieß es von Kapitalistenseite hochtrabend, dies sei "eine Illusion und unrealistisch".

Allgemein eingeleitet werden die jetzt und bis zur Jahreswende stattfindenden Lohnrunden mit der Ankündigung der Bundeswirtschaftskammer und anderer Kapitalistensprecher, daß die Brutto-Istlohnerhöhungen höchstens im Ausmaß der Inflationsrate liegen dürften, mit anderen Worten, nicht über 6 % abgeschlossen werden soll.

Gegen diese Ankündigungen hat der ÖGB-Präsident nur anzukündigen gewußt, daß es heuer nur etwa 2 % Reallohnerhöhung geben könne. Die angedeuteten 8 % sind freilich aus mehreren Gründen von einer realen Lohnerhöhung weit entfernt, sodaß selbst die erste größere Gewerkschaft, eben jetzt die Textilarbeiter, von Anfang an 9 % bis 10 % fordern. Zugleich muß sich Benya vom Fraktionschef der christlichen Gewerkschafter, Gassner, sagen lassen, daß bei Abschlüssen unter 10 % keinerlei reale Lohnerhöhung eintreten wird.

Dafür, daß dieser höhere ÖVP- und Gewerkschaftsfunktionär ein Quentchen Wahrheit offen ausgesprochen hat, wurde er auch gleich von der Industriellenvereinigung scharf gerügt.

Warum sind die Kapitalisten so empfindlich und gereizt? Das hat seine Gründe in der Lage, in der sie sich befinden und in den Absichten, die sie verfolgen. Die Lage der Textilwirtschaft ist nach der ärgsten Krisensituation 1974/75 etwa seit Herbst vorigen Jahres von einem begrenzten Auftrags- und Produktionsanstieg gekennzeichnet. Daß das Textilkapital dennoch in der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

Textilarbeiter...

Auspressung von Mehrarbeit und im Herausholen höherer Profite nicht so recht weiterkommt, liegt an der enorm verschärften Konkurrenz, der es sich v.a. durch Exporte aus sogenannten "Niedriglohnländern" - v.a. Länder der Dritten Welt und Osteuropas - gegenübersieht. Dem begegnen die Kapitalisten, indem sie selbst Kapital in solche"Niedriglohnländer" exportieren, indem sie sich auf andere, höhere Qualitäten bei der Produktion umstellen, in erster Linie aber durch verstärkte Angriffe auf die Arbeiter. Jeder fünfte Textilarbeiter hat in den letzten Jahren durch Betriebsschließungen, Fusionen, Einstellung leistungsfähigerer Maschinen und infolge schärferer Rationalisierungen seinen Arbeitsplatz verloren. Mit den vergleichsweise niedrigsten Löhnen und noch besonders niedrigen Frauenlöhnen, mit allen möglichen Schikanen, Prämien, Überstunden und mit offenen Spaltungsmanövern werden die Arbeiter ständig zu disziplinieren und niederzuhalten versucht. Das geht nicht ohne Widerstand, wie wir im Zuge der Verwirklichung der "Textilfusion Ost" sahen, wo sich die betroffenen Arbeiter gegen Entlassungen, Versetzungen und Schlechterstellungen in Versammlungen und Komitees zusammentaten und mit Hilfe von Unterschriftensammlungen und anderen Aktionen breite Unterstützung in der Bevölkerung gewinnen konnten und von den Belegschaften vieler umliegender Betriebe Solidaritätserklärungen erhielten. Aber es ist den Textilarbeitern insgesamt noch nicht gelungen, eine breitere Front gegen die Kapitalisten ihrer Branche aufzubauen. Die jetzigen KV-Verhandlungen machen es nötig, sich über die Bedingungen und Hauptansatzpunkte des Kampfs Klarheit zu verschaffen.

Welche Kampfbedingungen finden die Textilarbeiter vor ?

Auf der einen Seite haben gerade die Textilarbeiter das Arbeitslosenheer im Genick, als ständige Drohung und als handfestes Druck- und Spaltungsmittel für die Kapitalisten.

Außerdem hat die Regierung durch die sogenannte Arbeitsplatzsicherungspolitik ideologisch und praktisch die Kapitalisten gestärkt und es will selbst die Gewerkschaftsführung die Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten praktisch zum Maßstab der Arbeiterforderungen machen. Weitere Spaltungsmittel sind die unterschiedliche Bezahlung von Frauen- und Männerarbeit (etwa 2/3 der Beschäftigten sind Frauen) sowie die andauernde Spaltung in österreichische und ausländische Arbeiter, die in Vorarlberger Betrieben oft die Hälfte der Belegschaft ausmachen.

Kurz: Zündstoff gibt es genug, woran es vor allem mangelt,um den Kapitalisten erfolgreich und geschlossen gegenübertreten zu können, ist die kämpferische Organisierung und ein gewerkschaftlicher Zusammenschluß auf klassenbewußter Grundlage. Denn auf der anderen Seite haben die Kapitalisten auch Angst, ihre kurzfristig gestiegenen Aufträge im Falle eines Streiks zu verlieren und der Konkurrenz noch eher zu unterliegen,was die Kampfbedingungen und Erfolgsaussichten der Textilarbeiter eher begünstigt.

Die Taktik der Gewerksschaftsführung: Keim der Spaltung schon von vornherein angelegt

Der Gewerkschaftsvorsitzende Steinle erklärte zur Forderung nach 9% bis 10%iger Lohnerhöhung, daß von ihm nicht heruntergehandelt wird und daß damit auch die bis zu 40 % geringere Bezahlung in dieser Branche um einen ersten Schritt verringert werden soll.

Das heißt zuerst einmal, daß dieser Spitzenfunktionär von Gewerkschafter von vornherein damit rechnet, daß die anderen Branchen bei 5 bis 6 % abschließen werden, die betroffenen Arbeiter also sicher durch die Finger schauen und weitere Reallohnverluste erleiden werden. Mittlerweile hat sogar ein ÖVP-Abgeordneter durch Zahlenspielerei errechnet, was tausende Arbeiter seit längerem auf der eigenen Haut spüren: nämlich, daß der Lohn real weniger wird und bei Abschlüsse unter 10 % jedenfalls diese Tendenz auf allen Linien ihre Fortsetzung findet.

Die Aussage der Gewerkschaftsführung, daß sie von den geforderten 9 % - 10 % nicht heruntergehen wird und eine Annäherung an die übrigen Durchschnittslöhne erreichen will, ist aus mehreren Gründen unglaubhaft und mehr der Stimmung der Arbeiter nachgeredet als ernst gemeint. Ansonsten würde man nicht eine Forderung aufstellen, bei der der einzelne Arbeiter gar nicht genau weiß, um wieviel es tatsächlich geht und wo vor allem der einheitliche Kampf erschwert und verunmöglicht wird ohne eine klare und für alle gleich hohe Schillingforderung. Daß aber ein Erfolg gegen die Kapitalisten in der jetzigen Situation kein Spaziergang ist, weiß jeder denkende Arbeiter. Ein besonderer Hohn ist es auch, für die ohnehin im Durchschnitt so niedrig bezahlten Textilarbeiter prozentuelle Forderungen zu stellen, die sich ja in jedem Fall ganz unterschiedlich und spalterisch auswirken und bei einem allgemein niedrigen Ausgangsniveau natürlich auch allgemein noch niedrigere Erhöhungen bringen. So steht die niedrigste Textillohngruppe zur Zeit auf 22,50 S Mindestlohn, 10 % würden also 2,25 S in der Stunde bzw. keine 400.- S brutto im Monat mehr bringen.

Als einzige Branche hatten die Textilarbeiter bis jetzt keinerlei Abfertigungsanspruch. Soweit bekannt ist, lauten die Gewerkschaftsforderungen auf 1 Monatsverdienst nach 10 Jahren, 1 1/2 nach 15, 2 nach 20 und 3 nach 25 (zum Vergleich: Angestellte haben nach 3 Jahren bereits Anspruch auf 2 Monatsgehälter, Metall- und Bergarbeiter haben nach 5 Jahren Anspruch auf 4 Wochenlöhne Abfertigung). Gerade in der Textilindustrie findet eine Forderung nach Abfertigung sicher breite Zustimmung in den Betrieben. Denn in den letzten 2 Jahren hat eine große Zahl von Beschäftigten am eigenen Leib gespürt, wie sich ein Arbeitsplatzverlust ohne eine erste Überbrückungshilfe (die eine Abfertigung sein könnte) auswirkt: Von 1974 auf 1975 hat sich die Zahl der Betriebe in der Textilindustrie um 32 verringert, der Beschäftigtenstand ist um 12 % gesunken. (Noch größer ist die Zahl jener Kollegen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, da ein Teil von ihnen ja wieder in der Textilbranche untergekommen ist).

Die Gewerkschaftsforderungen entsprechen allerdings nicht dem Ziel, für eine möglichst große Zahl der Kollegen den Anspruch auf eine Überbrükkungshilfe zu schaffen. Dazu müßte der Abfertigungsanspruch möglichst früh, am besten sofort nach der Probezeit, in Kraft treten.

Angesichts der Gewerkschaftsforderungen taucht der Verdacht auf, daß man von der Unternehmerseite nur ein formales Zugeständnis erreichen will: Denn die Fluktuation durch den hohen Frauen- und Ausländeranteil ist - neben den vielen Entlassungen und Stillegungen in der letzten Zeit - der Grund dafür, daß nur eine sehr geringe Zahl von Kollegen in den Genuß dieser Abfertigungen kommen würde. In dieser Form würden die Forderungen der Gewerkschaftsführung nichts anderes als - noch dazu sehr hochgehängte - Treueprämien bringen. Das entspricht nicht dem, worin die Interessen der Arbeiter der Textilindustrie an einer Abfertigungsregelung bestehen.

Ein Problem, das in der Textilindustrie wegen ihres hohen Frauenanteils (2 Drittel) eine große Rolle spielt, ist im gewerkschaftlichen Forderungsprogramm in keiner Weise berücksichtigt: Die Frauenlohngruppen. 80 % der Kolleginnen sind in die Lohngruppen 3 bis 7 eingestuft (die bestbezahlte Lohngruppe ist die 12.) Durch die Existenz dieser faktischen Frauenlohngruppen (theoretisch hängt die Einstufung natürlich von der Tätigkeit, nicht vom Geschlecht ab) werden die Löhne des bedeutendsten Teils der Beschäftigten dieser Branche niedrig gehalten und die Frauen zu Lohndrückern gemacht. Die Haltung der Gewerkschaftsführung zu dieser Frage muß kritisiert und geändert werden.

Um alle anstehenden Probleme in den Belegschaften breit besprechen zu können, ist die Bezahlung der Teilnahme an Betriebsversammlungen bzw. ihre Abhaltung während der Arbeitszeit ohne Lohnabzug vom letzten Gewerkschaftstag Textil, Bekleidung, Leder zurecht als wichtige Frage aufgerollt worden und ist eine entsprechende kollektivvertragliche Absicherung unbedingt vonnöten.

Auch dazu ist aber nicht bekannt, mit welchen konkreten Forderungen die Gewerkschaftsführung in die gegenwärtigen Verhandlungen eintreten will.

Über alle vordringlichen Probleme der Textilarbeiter muß in den betroffenen Belegschaften beraten werden, um von den Betrieben noch Einfluß auf die Verhandlungen nehmen zu können. Verlauf und Ausgang des Lohnkampfes der Textilarbeiter und des Kampfs um Abfertigungen berühren die gesamte österreichische Arbeiterklasse.

J.R.

Atomenergie im Kapitalismus: Geschäft fürs Finanzkapital – Bedrohung fürs Volk

Betrügerische ›Aufklärungskampagne‹ über Atomkraftwerke

Als Reaktion gegen den zunehmendenWiderstand in der Bevölkerung gegen den Bau von umwelt- und gesundheitsschädigenden Kernkraftwerken organisiert die Regierung derzeit eine großangelegte "Aufklärungskampagne über die Vor- und Nachteile der Kernenergie". In 10 Veranstaltungen, die auch vom Fernsehen übertragen werden, sollen "unabhängige Experten" das Volk von der Notwendigkeit und Harmlosigkeit der Kernkraftwerke überzeugen und es davon abhalten, weiterhin gegen den Bau dieser Kernkraftwerke anzugehen.

Am Ende dieser Kampagne soll das Parlament feierlich im Namen des Volkes "beschließen", was die Allianz von Regierung und Finanzkapital, zusammengeschlossen in der "Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie", in Wahrheit schon längst beschlossen hat : Daß ihre Kernkraftwerkspläne auch gegen das Interesse und den Willen des Volkes verwirklicht werden sollen.

In zahlreichen Veranstaltungen, in Kundgebungen und Demonstrationen in Linz/St.Pantaleon, in Vorarlberg usw. und durch weit über 100.000 Unterschriften haben bereits große Teile der Bevölkerung entschieden zum Ausdruck gebracht, daß sie dem Bau und Betrieb von Kernkraftwerken in Österreich ablehnen.

In der "Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner" haben sich Organisationen und Personen aus ganz Österreich zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die Kernkraftwerspläne das Propagandamanöver der Regierung vorzugehen :

"Denn es ist eine Tatsache, daß die Energiegewinnung aus Kernspaltung beim gegenwärtigen Stand der Technik die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung beeinträchtigt, und zwar auf Grund der laufenden Abgabe von Radioaktivität, der Unfallgefahr und der ungelösten Probleme der Atommüllagerung"("Wie ist das wirklich mit den Atomkraftwerken", Broschüre der Initiative).

Dieser Widerstand richtet sich nicht gegen den "technischen Fortschritt", wie die Kraftwerksbauer gerne behaupten. Er richtet sich gegen die Anwendung der Technik durch eine Handvoll Konzernherren, die sich auf ihrer Jagd nach Profiten keinen Deut um die Gesundheit und Lebensbedingungen des Volks scheren. Im Gegensatz zu den Kernkraftwerkskapitalisten und der Regierung kümmert es die Arbeiterklasse und das Volks sehr wohl, was z.B. mit den immer größer werdenden Mengen radioaktiven Abfalls geschehen soll, der jahrtausendelang gewartet und von der Umwelt ferngehalten werden muß. Denn sie wissen, daß sie die Folgen tragen werden.

Wie rücksichtslos die Konzernherren und die Regierung dagegen die Gefährdung und Vernichtung der Lebensbedingungen der Menschen in der Zukunft in Kauf nehmen, zeigt drastisch wie verfault die imperialistische Bourgeoisie bereits ist und daß sie selbst und ihre Produktionsweise keine Zukunft hat.

Für die, die die Kernkraftwerke in Auftrag geben und betreiben, den Staat und seine Kraftwerksgesellschaften, sind die Aufwendungen für die Sicherheit, der Schutz der im Kernkraftwerk Arbeitenden und rundherum Wohnenden lästige Nebenkosten. Sie müssen möglichst gering gehalten werden. Die Folge einer solchen Vorgangsweise: Ein bewußt in Kauf genommenes "Restrisiko", wie die Gefährdung der Bevölkerung gerne genannt wird.

Zu diesen unmittelbaren Gefahren von Kernkraftwerksunfällen und einer dauernden Bedrohung der dort Beschäftigten und der in der Nähe wohnenden Bevölkerung kommt noch in vielen Fällen die rücksichtslose Zerstörung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung rund um die Kernkraftwerksstandorte im Zuge der folgenden Industrialisierung, bei der das Finanzkapital über Leichen geht.

Gegen diese Entwicklungen und Gefahren erhebt sich Widerspruch und Widerstand. Er richtet sich direkt gegen die Regierung, die diese Kernkraftwerke genehmigt und sie gegenüber dem Volk mit Betrug und wenn der nichts nützt auch mit Gewalt durchzusetzen und abzusichern entschlossen sind. Über die Steuern und Tarife "darf" das Volk dafür auch noch zahlen.

Der zunehmende Widerstand gegen die Kernkraftwerke in Österreich wie auch in anderen imperialistischen Ländern hat die SP-Regierung zu dem jetzt angelaufenen "Aufklärungs"manöver veranlaßt. Sie versucht mit ihrer Kampagne den Eindruck zu erwecken, daß die Entscheidung für oder gegen die Kernkraftwerke erst nach einer gründlichen öffentlichen Prüfung der Vor- und Nachteile gefällt werde. Doch gleichzeitig erklärt der Chef der Verbundgesellschaft. daß das Kernkraftwerk Zwentendorf nächstes Jahr in Betrieb genommen werde. Verträge über Brennstofflieferungen sind auch für das zweite Kernkraftwerk Stein/St. Panthaleon längst abgeschlossen (mit der Sowjetunion). Der Energieplan 1976 der Bundesregierung sieht vor, daß 1985 15% des Stromes in Kernkraftwerken erzeugt werden. Sektionschef Frank aus dem Handelsministerium, der für die Aufklärungskampagne direkt verantwortlich ist, erklärte im Juni auf einem Seminar der Nationalbank: "Der Bau von Kernkraftwerken in Österreich ist keine Frage des Ob, sondern nur eine Frage des Wann." Die Ergebnisse der öffentlichen Diskussionen sind also von der Regierung und Atom-Lobby bereits genauso vorprogrammiert wie das Abstimmungsergebnis der Herren Parlamentarier.

Dementsprechend will die Regierung bei den Diskussionsunterlagen auch kein Risiko eingehen. Alle Vorsorge wurde getroffen, um zu verhindern, daß die berechtigten Forderungen des Volks dort überhaupt zur Sprache kommen.Zwar sollen "Befürworter und Gegner der Kernenergie" auf dem Podium miteinanderstreiten, doch die Regierung bestimmt selbst, wer "Gegner" ist und wer nicht, wer in den verschiedenen Fragen kompetent ist und wer nicht. Die Regierung sucht sich "skeptische Wissenschaftler" (wie Kreisky selbst sagt), die zwar in irgendwelchen akademischen Kreisen gewissen Zweifel an den Kernkraftwerken geäußert haben, aber niemals klar und deutlich sagen, daß die Sache gefährlich ist, und daher abzulehnen sei, daß die Betroffenen selbst aktiv werden müssen, um sie zu verhindern. Das ganze Problem soll als eine hochkomplizierte technische Angelegenheit dargestellt werden - so hoch, daß der einfache Mensch da überhaupt nicht mitreden kann. "Denn wohin soll eine Diskussion von sovielen Nichtwissern führen?", fragen die Salzburger Nachrichten. Doch in Wirklichkeit ist die Sache

Fortsetzung nächste Seite

Die Atomlobby:

Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie (Gesellschafterliste)

Republik Österreich, Akkumulatorenfabrik Jungfer Jungbunzlauer chem.Fabrik, Caliqua-Wärmegesellschaft, Csernohorsky (Elektrowaren), Danubia (Zähler-, Meß- und Regelanlagen), EIC (Elektr.Instrumente), Elin-Union, Ennskraftwerke, Eternitwerke, Eumig, Gebrüder Böhler, General Atomic Europe, Genossenschaftliche Zentralbank, Hoechst Austria, Itt Austria, Kabel- und Drahtwerke, Kärtner Elektrizitäts-AG, Kwizda (chem. Fabrik), Metallwerke Plansee, Montanwerke Brixlegg, Negrelli Bau-AG, Neue Reformbau, Newag, Oberösterreichische Kraftwerke, Österreichische Aplpine-Montan, Österreichische Brown-Boveri-Werke, Österreichische Donaukraftwerke, Verbundgesellschaft, ÖIAG, ÖMV, Östermeichische Philips, Perlmoser Zementwerke, Persil, Pharmakologische Untersuchungsgesellschaft, Reaktorbau Forschungs- und Baugesellschaft, Schoeller-Bleckmann- Stahlwerke, Semperit, Shell-Austria, Siemens-Österreich, Simmering-Graz-Pauker, Sprecher & Schuh (Elektrizitätsanlagen), Steweag, Steyr-Daimler-Puch, Tauernkraftwerke, Verband der Elektrizitätswerke, Bankenverband, Vereinigte Ranshofen-Berndorf, VÖEST, Industriellenvereinigung, Bundesländer-Versicherung, Vorarlberger Illwerke, Waagner-Biro, Wiener Allianz-Versicherung, Wiener Metallwarenfabrik Smolka, Wiener Elektrizitätswerke.
(aus ECCO 12/74)

Aus der Bröschüre der Initiative Östermeichischer Atomkraftwerksgegner "Wie ist das mit den Atomkraftwerken wirklich?"

Fortsetzung von Seite 15

recht einfach: Es geht nicht um die Klärung dieser oder jener physikalischen oder technischen Detailfrage, sondern um eine politische Entscheidung, in der Interesse gegen Interesse steht: Verteidigung und Schutz der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und des Volks für die Gegenwart und die Zukunft, die ihnen gehört. oder schrankenlose Profitmacherei auf Kosten dieser Gegenwart und Zukunft des Volks.

Um die Kontrolle über die Diskussionen in der Hand zu behalten, wurde weiters festgelegt, daß bei den einzelnen Veranstaltungen jeweils nur ein vorher bestimmtes Thema behandelt werden darf. Da man an die Experten nur "relevante Fragen" zu diesem Thema stellen darf, dürfte z.B. die Gefährlichkeit der Kernkraftwerke in der ersten Hälfte der Veranstaltungsreihe gar nicht diskutiert werden.

Diese programmierte Kampagne wird wohl nicht ganz nach dem Geschmack der Regierung und der beteiligten Konzerne ablaufen.

Noch vor der ersten Regierungsveranstaltung am 14.Oktober wird die IÖAG (Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner) in mehreren Städten Österreichs Gegenveranstaltungen abhalten, um die Bevölkerung zu informieren und dem Protest gegen den Bau von Kernkraftwerken Ausdruck zu verleihen. Neue Kräfte sollen gesammelt werden hinter den Forderungen:

- SOFORTIGE EINSTELLUNG DER BAUARBEITEN UND KEINE INBETRIEBNAHME DER ATOMKRAFTWERKS ZWENTENDORF!
- ZURÜCKSTELLUNG DER BAUPLÄNE FÜR DAS ATOMKRAFTWERK ST.PANTHALEON UND ALLER WEITEREN ATOMKRAFTWERKE IN ÖSTERREICH!

Auch die Diskussionsveranstaltungen selbst werden zweifellos ein Feld der Auseinandersetzung werden, die sich nicht der Regie der Atom-Lobby beugen wird.

VERANSTALTUNGSREIHE DER REGIERUNG ÜBER "DIE VOR- UND NACHTEILE DER KERNENERGIE"

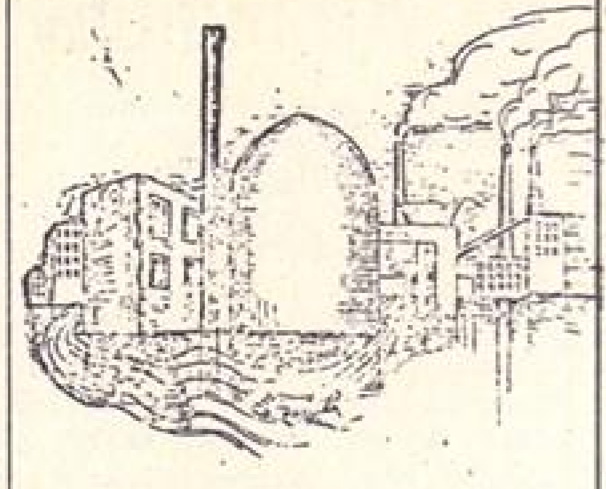
Donnerstag	14.10.76	Wien
"	28.10.76	Linz
"	11.11.76	Innsbruck
"	25.11.76	Feldkirch
"	9.12.76	Salzburg
"	13.1. 77	Graz
"	27.1. 77	Wien
"	17.2. 77	Leoben
"	10.3. 77	Klagenfurt
"	24.3. 77	Wien

Die Kommunisten unterstützen den Widerstand gegen die Atomkraftwerkspläne der Allianz von Regierung und Finanzkapital entschieden. Sie werden auch die Veranstalter der Diskussionskampagne nicht davonkommenlassen, ohne sie mit den Tatsachen zu konfrontieren, die dieser Kampagne zugrundliegen:

- Daß die Farce dieser programmierten "Aufklärungskampagne" samt ihrem "Höhepunkt" im Parlament drastisch zeigt, daß das Parlament nichts anderes ist als eine Tribüne des Volksbetrugs, auf der die längst vorher gefaßten Abmachungen von Regierung und Finanzkapital "im Namen des Volks" abgesegnet werden.
- Daß es der Kapitalismus ist, der die Entwicklung der Atomenergie statt zu einem Nutzen fürs Volk zu einer Bedrohung seiner Lebensbedingungen macht.
- Daß die Rücksichtslosigkeit, mit der Regierung und Finanzkapital in der Frage des Baus der Atomkraftwerke vorgehen, deutlich zeigen, daß die Bourgeoisie eine niedergehende Klasse und ihre kapitalistische Produktionsweise ohne Zukunft und überreif für ihren Sturz ist.

K.M./Red.

WIE IST DAS MIT DEN ATOMKRAFTWERKEN WIRKLICH ?



INITIATIVE ÖSTERREICHISCHER ATOMKRAFTWERKSGEGNER

Die "Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner" hat eine Broschüre mit dem Titel "Wie ist das mit den Atomkraftwerken wirklich?" herausgegeben, die sich mit den Gefahren des Atomkraftwerksbaus und den Argumenten ihrer Befürworter auseinandersetzt. Diese Broschüre kann unter anderem bestellt werden:
Arbeitskreis Atomenergie Wien, c/o Mag. Günther Pfaffenwimmer, Burggasse 12, 1070 Wien.

ARENA: Die vier Forder

Die Besetzung des Auslandsschlachthofes St.Marx dauert jetzt schon drei Monate. Seit drei Monaten sind das klare Ziel der Besetzer die 4 Forderungen:

- Der Auslandsschlachthof St.Marx darf nicht weggerissen werden
- Für ein ganzjährig geöffnetes Jugend-,Kommunikations- und Kulturzentrum
- Selbstverwaltung durch alle Beteiligten
- Bezahlung aller Kosten durch die Gemeinde Wien

Die Besetzung und die Forderungen finden unter den Werktätigen und im ganzen Volk breiteste und noch immer wachsende Sympathie und Unterstützung. Jetzt haben über 60.000 Menschen mit ihrer Unterschrift die Forderungen bekräftigt, viele tausende haben die Arena besucht, Kleingärtner, die gegen die Schleifung ihrer Gärten durch die Gemeinde kämpfen, unterstützen den Kampf um die Arena und finden ihrerseits die Unterstützung durch die Besetzer und Besucher der Arena. Arbeiter der ÖMV haben eine Delegation in die Arena geschickt.

Dieser Massenbewegung gegenüber konnte die Gemeinde bisher nicht gewaltsam vorgehen. Mit einem hinterhältigen "Alternativangebot" versucht sie die Bewegung abzulenken. An der Besetzung und allen vier Forderungen festzuhalten ist notwendiger denn je.

Der Kampf um die Arena ist in sein entscheidendes Stadium getreten. Die Gemeinde hat lange gezögert. Ihre Hoffnungen, die Sache würde sich totlaufen, die Besetzer würden sich zerstreuen, die Unterstützung der Bevölkerung würde abflauen, haben sich nicht erfüllt. Jetzt steht die Gemeinderatssitzung bevor, auf der über den endgültigen Verkauf des Geländes an die Textilfirma Schöps beschlossen werden soll. Schöps pocht auf seine Rechte, er will im Oktober zu bauen beginnen.

"VERHANDLUNGSBEREITSCHAFT"...

In einem Zeitungsinterview erklärte Gratz, er sei bereit, binnen zehn Tagen mit der Arena zu verhandeln, wenn sich bis dahin "verantwortliche Personen" melden würden. Er erklärte, er könne nicht mit einem stets wechselnden Komitee verhandeln, noch weniger könne er irgendwelchen Leuten, die keine Rechtspersonen (etwa einen Verein) darstellen, irgendwelche Zusagen machen. Doch die Bewegung ließ sich nicht beirren.

"Ob wir irgendeine Rechtsform für die Arena brauchen oder nicht, das werden wir selber entscheiden. Wir wollen nicht durch die Diskussion "Verein oder nicht" den Kampf um unsere Forderungen aus den Augen verlieren "

lief die Diskussion über das Ultimatum von Gratz.

...UND EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCHE

Gleichzeitig setzt die Gemeinde eine Reihe von Spaltungs- und Einschüchterungsmaßnahmen.



"Alternativangebot" - Freibank: Hier paßt höchstens eines der sattsam bekannten Gemeinde - Jugendzentrum hinein.

Künstler, die in der Arena aufgetreten waren, bekamen Briefe der MA 4, in denen sie aufgefordert wurden, die Veranstalter der Aufführungen zu nennen, damit Vergnügungssteuer etc. eingehoben werden könne. Wenn nicht, so würden sie selber verantwortlich gemacht werden. Einige bekamen in der Folge Strafverfügungen über 2.000,- zugestellt.

Kommissionen von E-Werk, Baupolizei, Feuerpolizei schnüffelten in der Arena, stellten Beanstandungen fest und drohten mit Stromabsperrung.
Die Spitze dieser Einschüchterungsmaßnahmen war ein großangelegter Polizeieinsatz am Abend nach der ersten Verhandlung mit der Gemeinde. Neben dem Eingang zum Auslandsschlachthof liegt ein Wirtshaus, betrieben von einem Polizei-Revierinspektor. In diesen Wirtshaus gab es eine Rauferei, die offensichtlich provoziert war. Diese Wirtshausrauferei nahm die Polizei zum Anlaß, um mehrere Mannschaftswagen stahlbehelmter Polizisten zu schicken, die große Halle abzuriegeln, in der gerade die Vollversammlung über die Verhandlun-

ungen stehen weiter!

gen mit der Gemeinde beriet. Diese Maßnahmen hatten gleichzeitig den Zweck, die Arena nach außen hin zu diskreditieren.

DER BETRUG MIT DEM "ALTERNATIVGELÄNDE"

Da die Gemeinde mit Polizeigewalt die Arenafrage nicht "lösen" konnte, versuchte sie, in der Öffentlichkeit die Meinung zu schaffen, eine Arena sei nur unter der Kontrolle der Gemeinde möglich. So wollte sie für ihren hinterhältigen Schachzug vorbauen, der Arenabewegung den Inlandsschlachthof als Alternativgelände vorzuschlagen.

Was ist der Zweck dieses "Alternativangebots"? Der Gemeinde geht es darum, alles daran zu setzen, um die Selbständigkeit der Bewegung zu brechen. Sie kann nicht zulassen, daß das Volk selber entscheidet, wo und wie es seine Bedürfnisse erfüllt und sich dazu notwendig über das Privateigentum an Grund und Boden hinwegsetzt. Genau das tun aber die Besetzer der Arena und alle, die die Bewegung unterstüzen.

WARUM BESETZUNG?

Daß diese Bedürfnisse vorhanden sind, kann nicht einmal die Gemeinde leugnen. Es gibt in Wien keinen Platz, wo die Jugendlichen ihre Freizeitinteressen nach eigenem Gutdünken gemeinsam mit den interessierten Erwachsenen verwirklichen können. Alle geeigneten Häuser und Grundstükke gehören ausschließlich Kapitalisten, dem Staat oder der Gemeinde. Die Werktätigen die alle Werte mit ihrer Hände Arbeit schaffen, besitzen solche Häuser nicht. Und sie werden auch nie das Geld aufbringen, um solche Jugendzentren zu finanzieren, denn die überwältigende Mehrheit lebt davon, ihre Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen für einen Lohn, der gerade für das Notwendigste zum Leben reicht. So bleibt ihnen, wollen sie ihre Bedürfnisse verwirklichen, ohne in gemeindeeigenen Jugendzentren gegängelt und bevormundet zu werden, gar keine andere Wahl, als sich über das Privateigentum hinwegzusetzen, als sich den Platz und die Einrichtungen zu nehmen, die sie brauchen.

Aber dieses Privateigentum ist die Grundlage der Macht der Kapitalisten. Und diese Grundlage zu schützen, das ist die Aufgabe des bürgerlichen Staates, von dem die Gemeinde ein Teil ist.

Die Gemeinde lud das von den Besetzern gewählte Komitee - siehe da, jetzt ging es doch ohne Verein - zu Verhandlungen ein, und machte einen Vorschlag, der auf den ersten Blick wie ein großartiges Zugeständnis aussah: Ja, wir sind für den Arenagedanken, doch sind wir überzeugt, daß er sich auch anderswo verwirklichen läßt. Wir bieten euch den Inlandsschlachthof gleich gegenüber an, er ist zwar etwas kleiner, aber in besserem Zustand, ihn zu adaptieren würde viel billiger kommen, schließlich müssen wir mit den uns anvertrauten Steuergeldern haushalten.

Was die Selbstverwaltung und Finanzierung durch die Gemeinde anlangte, so redet en Sandner und Konsorten nicht viel davon, versuchten aber den Eindruck zu erwecken, daß all das zur Zufriedenheit aller geregelt werden könnte, wenn nur das Alternativangebot angenommen würde. Diese Katze ließ die Gemeinde nicht aus dem Sack.

AN DER SELBSTÄNDIGKEIT FESTHALTEN!

Die Arenabewegung mußte sich jetzt über dieses "Alternativangebot" klarwerden. Auf dem Plenum am 6.September war die überwältigende Mehrheit von 900 Anwesenden einig, daß man alle vier Forderungen durchsetzen wolle. Gleichzeitig fragten sich aber doch etliche, ob man es auch könne. Würde es der Gemeinde nicht gelingen, die Besetzer vor der Bevölkerung als stur hinzustellen, wenn sie partout nicht vom Auslandsschlachthof wegwollten? War man wirklich stark genug, um auf dem Auslandsschlachthof beharren zu können? Würde man nicht auch auf dem Inlandsschlachthof eine selbstverwaltete Arena, wenn auch in kleinerem Maßstab, verwirklichen können?

Auf der anderen Seite aber standen die Argumente:
Sind wir schwach, wenn wir für gerechte Forderungen eintreten, die von zehntausenden Leuten unterstützt werden?
Sind wir schwach, wenn es der Gemeinde drei Monate lang nicht gelingen konnte, uns zu vertreiben?
Ganz und gar nicht.
Können wir der Gemeinde glauben, daß sie uns auf dem "Alternativgelände" alle anderen Forderungen erfüllt? Keineswegs. Denn mit dem "Alternativangebot" will die Gemeinde genau das zerstören, was bisher die Stärke unserer Bewegung war, unsere Selbständigkeit, daß wir nur von den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgegangen sind, daß wir gerade ein solches Gelände besetzt haben, wo diese Bedürfnisse verwirklicht werden können, und selbst entschieden haben, welches Gelände das sein muß. Wenn wir uns das einmal nehmen lassen, dann ist es mit der Selbstverwaltung vorbei.

Dem Plenum lagen zur Beschlußfassung zwei Papiere vor. Das eine, in dem auf Grund einer Untersuchung des Inland - Schlachthofes nachgewiesen wurde, daß dort schon die Durchführung der Aktivitäten, die bis jetzt in der Arena entwickelt wurden völlig unmöglich sei. Diese Untersuchung galt als Ergänzung zu einer Erklärung, die sieben Bedingungen umfaßte, unter denen die Arena-Besetzer bereit sein sollten, den Auslandsschlachthof zu räumen. Diese Bedingungen, die von ihren Verfassern als taktische Maßnahmen im Kampf gegen die Gemeinde präsentiert wurden, liefen jedoch in eine ganz andere Richtung: in die Richtung der völligen Preisgabe der vier Forderungen und der restlosen Kapitulation vor der Gemeinde.

Selbstverwaltung als "autonome, jedoch rechtsstaatlich prüfbare Verwendung der Mittel der öffentlichen Hand" die Arena finanziell völlig der Kontrolle und Gängelung durch die Gemeinde unterworfen.
Um all dies mit der Gemeinde durchführen zu können, wird schließlich noch vorgeschlagen, einen rechtswirksamen Verein zu gründen.

Auf Grund der Abfassung der sieben Bedingungen in völlig unverständlichem Juristendeutsch wurde das wahre Ziel des Papiers von einem Großteil der Anwesenden nicht durchschaut, was noch dadurch begünstigt wurde, daß auf der Diskussionsunterlage nach den jeweiligen Punkten in allgemeinverständlicher Sprache Kommentare gegeben werden, die oft das gerade Gegenteil aussagen. So gelang es den Verfassern der beiden Papiere, für diese im Plenum eine Mehrheit zu gewinnen. Was ihnen jedoch nicht gelang, war, die Besetzer von den vier Forderungen abzubringen. In einer Abstimmung hielten mehr als dreiviertel der neunhundert Anwesenden daran fest.



Die Einschüchterungsmethoden der Gemeinde konnten die breite Sympathie mit der Arena nicht schmälern.

So wird in den Bedingungen der Gemeinde, hält sie sich an eine einjährige Kündigungsfrist, das Recht zugesichert, zu jeder beliebigen Zeit die Arena auszuquartieren.
Weiters wird Einblick in Planungsunterlagen und bestehende Verträge zwischen Gemeinde, Wibag und Schöps verlangt, womit der Anschein erweckt wird als ob die Berechtigung zur Besetzung des Geländes plötzlich von irgendwelchen Verträgen abhängig ist.
In einem weiteren Punkt wird durch die Definition der

So kam es, daß nach Überreichung der beiden Papiere an Fröhlich-Sandner auf der einen Seite die Massenmedien berichteten:"Alles gerettet - Arena gibt auf!" auf der anderen Seite in Wirklichkeit die Besetzer ihre Ansichten im Wesentlichen nicht änderten, wenn auch über die Durchsetzung der Forderungen unter ihnen nun beträchtliche Unklarheit herrscht.

Fortsetzung nächste Seite

Trotz Polizei und Geldstrafen:

Der Kampf um ein selbstverwaltetes Haus in Salzburg geht weiter

Salzburg. - Mehrmals wurde ein für ein Offenes Haus geeigneter Hof von jeweils 50 bis 100 Jugendlichen besetzt, um die Forderungen durchzusetzen:

- o Offenes Haus im Petersbrunnhof!
- o Selbstverwaltung!
- o Bezahlung der Adaptierungs- und Betriebskosten durch die öffentliche Hand!

Über die Reaktion der Landesregierung und die brutale Räumung durch die Polizei berichteten wir in der letzten Nummer des "Klassenkampf". Mit dem Polizeieinsatz wollte die Landesregierung dokumentieren, daß sie sich es nicht nehmen läßt, über den Verwendungszweck dieses Gebäudes zu bestimmen und daß sie Aktionen der Bevölkerung, mit der diese sich ihr Recht im Kampf nimmt, mit dem Knüppel quittiert. Der Gedanke des Offenen Hauses in Selbstverwaltung sollte aus den Köpfen der Besetzer verbannt werden. Dieses Ziel erreichte sie aber nicht: 2 Tage später demonstrierten 100 durch Salzburg und stellten erneut die Forderung nach dem Petersbrunnhof auf.

Um die Bewegung zu spalten und kleinzukriegen, stieß die Polizei nach und verhängte gegen ca. 70 Menschen Geldstrafen zwischen 1200 und 1500 Schilling mit folgender Begründung:

RS a Eigenhändig

Zl.: III/St

Postsparkassenkonto Nr. 5030.054

Postgebühr bar bezahlt

Zustellung zu eigenen Handen

Frau/Herrn



Strafverfügung

Sie haben am 28.7. 1976 v. 23.05 - 23.30 Uhr,

in Salzburg, Petersbrunnhof, a) durch lautstarke Protestrufe und passiven Widerstand bei der Saalräumung die öffentliche Ordnung in ärgerniserregender Weise gestört, b) ungeachtet vorausgegangener Abmahnung den polizeilichen Anordnungen in ungestümer Weise nicht Folge geleistet, c) den Versammlungsort nach Auflösung der Versammlung um 19.45 Uhr nicht verlassen

und dadurch eine Verwaltungsübertretung

nach § a) Art.VIII (1) a, b) Art.VIII (1) b EGVG 1950
c) 14 (1) VersG. begangen.

Gemäß § a) b) Art.VIII (1) EGVG 1950, c) 19 VersG. wird

gegen Sie in Anwendung des § 47 des Verwaltungsstrafgesetzes eine Geldstrafe von 1.200,-- S. a)400, b)400, c)400,

Arreststrafe von Stunden — Tagen verhängt.

Im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe tritt an deren Stelle eine Ersatzarreststrafe in der Dauer von 6 ~~Stunden~~ — Tagen. a) 2 Tg. b) 2 Tg. c) 2 Tg.

Zugleich für verfallen erklärt.

Die Anklage ist widersprüchlich und entspricht nicht den Tatsachen. Man vergleiche nur die Anschuldigungen einerseits "passiven Widerstand" und andererseits "in ungestümer Weise nicht Folge geleistet" zu haben. Aber darum geht es eigentlich gar nicht. Kriminalisiert und bestraft werden soll eine Bewegung, die für ihre Rechte gekämpft hat. Deshalb sind auch die Strafen ungewöhnlich hoch. Immer wenn Teile des Volkes für ihre sozialen Interessen eintreten, werden ihnen zwangsläufig die bürgerlichen Gesetze entgegentreten. Will man in solchen Kämpfen erfolgreich sein, muß man diese Barrieren, die nur zum Schutz der Herrschenden da sind, durchbrechen.

In ihrem Bestreben, die ganze Bewegung zu treffen, belegten sie auch einige mit Strafen, die zum Zeitpunkt der Räumung überhaupt nicht im Petersbrunnhof waren.

Die große Mehrheit der Betroffenen legte gegen die Strafverfügung Berufung ein. Aber allgemein war klar, daß die juridische Anfechtung der Strafen keine zureichende Antwort auf diesen politischen Angriff ist. Das Offene Haus in Selbstverwaltung und die Rücknahme aller Strafverfügungen kann nur durch die weitere Verbreiterung der Bewegung und Verankerung ihrer Forderungen erreicht werden. Zu diesem Zweck wurde eine umfangreiche Dokumentation erstellt und ein Fest mit Information, Diskussion und Musik veranstaltet. Ca. 4 - 500 Menschen kamen im Lauf der 2 Festtage. Viele neue Aktivisten wurden gewonnen; es bildeten sich Interessensgruppen um Themen wie Literatur, Theater, Malen etc. Die geplanten Aktivitäten dieser Gruppen stehen in engem Zusammenhang mit dem Kampf der Bewegung - z.B. ein Theaterstück über das Offene Haus.

Eine große Schwierigkeit ist, daß die Bewegung keinen Raum zur Verfügung hat. Was vielen bis jetzt noch gar nicht so bewußt war, wurde klar: es gibt in der ganzen Stadt keinen Raum, in dem man sich ohne Aufsicht, Kontrolle und Konsumzwang treffen kann. Immer wieder mußten die wöchentlichen Vollversammlungen in Gasthäusern abgehalten werden. Diese Zustände wirkten sich auf die Arbeit sehr erschwerend aus, zeigen aber gleichzeitig, wie notwendig das Offene Haus ist.

Als nächster Kampfschritt wurde von der Vollversammlung eine große Podiumsdiskussion mit Vertretern der Landesregierung und der Polizei beschlossen. Das wird ein gutes Mittel sein, um die Bewegung zusammenzuschließen, ihre Stärke zu demonstrieren und die Landesregierung mit ihren Forderungen zu konfrontieren.

H.B./Salzburg

Geringes Lehrstellenangebot

In den letzten Wochen gab es kaum Veröffentlichungen über das Lehrstellenangebot, woraus man schließen könnte, daß es wirklich eine ziemliche Knappheit gibt. Im Juni 1976 gab es laut der ÖGB und Arbeiterkammer-Zeitung "Arbeit und Wirtschaft" 43 964 Lehrstellensuchende und 32 193 offene Lehrstellen. Das bedeutet, es gibt um 11 700 Lehrstellen zu wenig abgesehen davon, daß tausende Jugendliche es sich heute gar nicht leisten können, eine Lehre zu beginnen. Selbst, wenn über den Sommer sich das Lehrstellenangebot verbessert hat, ist die Lage für die Arbeiterjugendlichen sehr triste.

Mit dem Erlernen des bestimmten Berufes, den man sich vorstellt, ist es schon seit längerem in weiten Gebieten Österreichs vorbei. Heute muß man nehmen, was einem die Kapitalisten anbieten.

Viele Jugendliche müssen sehr weit fahren, nur um eine Lehrstelle zu bekommen. Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat veröffentlicht, daß in Oberösterreich 15 000 Lehrlinge (51 %) außerhalb ihrer Wohngemeinde arbeiten. Ein Viertel davon muß mehr als 30 km täglich zum Arbeitsplatz fahren. Eine Gruppenobmännertagung der ÖGJ-Oberösterreich (Mai 76) stellte auch fest, daß die Lehrstellenknappheit keine "vorübergehende Schwierigkeit" ist, sondern ein "dauerndes Problem". Immer deutlicher wird den Jugendlichen vor Augen geführt, daß trotz aller Reformen und Zuschüsse an die Kapitalisten, die Lage der Arbeiterjugend sich verschlechtert. Die Kapitalisten sind einfach unfähig, die Ausbildung der Arbeiterjugend zu gewährleisten, denn nur solange wird "ausgebildet", als es ihnen profitabel genug ist.

R.K.

Fortsetzung von Seite 17

Arena ...

DIE GEMEINDE WILL KEINE EINZIGE FORDERUNG ERFÜLLEN

Nun, die Gemeinde hat selber schnell alle Unklarheiten über ihre Absichten beseitigt. Am 11.September hat sie dem Komitee ihre Bedingungen bekanntgegeben: Es bleibt beim Inlandsschlachthof. Bis spätestens 31.Oktober hat ein Verein gegründet zu werden. Die Gemeinde Wien stellt gemeinsam mit dem Verhandlungskomitee die notwendigen Adaptierungsarbeiten fest, gibt es keine Einigung, entscheidet die Gemeinde. Die Gemeinde übernimmt einen Teil der Kosten, aber keineswegs die ganzen. Die Gemeinde sichert zu, daß die Arena ohne Unterbrechung weitergehen kann, aber nur, wenn sie sich bis zum 17.September mit der Gemeinde geeinigt hat. Geht aber die Arenabewegung nicht binnen einer Woche auf ihre Vorstellungen ein, gibt es gar nichts. Die Gemeinde hat völlig klar gemacht, daß ihr "Alternativangebot" heißt, daß sie keine einzige der vier Forderungen zu erfüllen bereit ist. Und uns muß es klar sein, daß man an allen vier Forderungen festhalten muß, denn nur wenn alle vier Forderungen verwirklicht werden, können die Betroffenen ihre Interessen nach ihren Vorstellungen verwirklichen.

Und die Bedingungen sind gut. Bis jetzt ist es der Gemeinde nicht gelungen, die Bewegung zu spalten oder zum Abflauen zu bringen. Es darf ihr auch weiter nicht gelingen.

M.A.

Weißenberg soll Image der SP-Sozialpolitik aufpolieren

Die SPÖ inszeniert derzeit einen groß angelegten Werberummel um ihren zukünftigen Sozialminister Dr. Gerhard Weissenberg. Mit einem Exklusivinterview in der Arbeiterzeitung vom 29.8. nahm dieses Theaterstück mit verteilten Rollen seinen Anfang. Während Weissenberg als der radikale Sozialreformer die Bühne betritt, jammern ÖVP, ÖAAB und die Industriellenvereinigung über die Kosten, die er der "Wirtschaft" aufbürden wird. (Angeblich drei Milliarden Schilling laut Presse vom 1.September). Auch Differenzen innerhalb der SP soll es geben und man deutet das Interview als ein Mißverständnis. Häuser: "Ich glaube nicht, daß Weissenberg dies will"... Er - Häuser - sei immer für sozialpolitische Verbesserungen auf allen Gebieten, doch bekenne er sich zu einer 'Sozialpolitik mit dem Rechenstift'. Die revisionistische"Volksstimme" entblödet sich nicht, mit Weissenberg die "schwarze Front gegen sozialen Fortschritt" zu bekämpfen und lobt ihn in den Himmel: "Weissenberg hat in seinem Interview ausgedrückt, was viele Arbeiter und Angestellte seit Jahren von einem Sozialminister erwarten, der aus der Arbeiterbewegung kommt."

Gegenüber dem ganzen Propagandarummel müssen die Lohnabhängigen klaren Kopf bewahren und sich die Frage stellen: Wer ist Weissenberg, welche Interessen vertritt er, können wir uns von ihm eine Besserung der miserablen sozialpolitischen Verhältnisse erwarten?
Weissenberg bekennt sich voll und ganz zur SPÖ: "Es ist für mich selbstverständlich, daß ich mich als Sozialist, sollte ich in die Regierung gerufen werden, an das Parteiprogramm und an die Regierungserklärung 1975 gebunden fühle." Damit drückt er aber aus, daß von seiner Seite keine Änderung der SP-Politik zu erwarten sei.
Worin besteht nun die Politik der SPÖ?
So wie überall, so ist es auch auf dem Sozialsektor ihrer Politik, kaschiert durch geringfügige "Zugeständnisse" an die Reformwünsche der Massen, die politische Kontrolle über sie, deren Entrechtung auszuweiten und die staatliche Ausplünderung voranzutreiben. Das zeigt etwa das Arbeitsverfassungsgesetz, wo unter der Parole, von "Mehr Mitbestimmung" die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in Wahrheit gesetzlich eingeschränkt wurden (Verantwortlichkeit für den Betriebsfrieden und Schweigepflicht der Betriebsräte, Durchlöcherung ihres Kündigungsschutzes etc.).
Das zeigt auch die Fristenlösung, die den alten Abtreibungsparagraphen 144 durch die Paragraphen 96 und 97 ersetzt, die unter der Parole "Helfen statt strafen" es dem Staat besser ermöglichen, durch verstärkte bürokratische Kontrolle und Bevormundung über die Einhaltung des Abtreibungsverbotes zu wachen. Diese reaktionäre Politik wird von Weissenberg gutgeheißen. Darin besteht also keine Neuerung. Genauso wie die SPÖ insgesamt, geht auch Weissenberg von der Sozialpartnerschaft aus. So meint er, daß die "Sozialpflichten des Kapitals" nicht nur Brutolasten seien, denn sie bedeuten auch "mehr Leistung durch eine bessere Gesundheit" und damit mehr Profit.



Für altes Vehikel - neuer Gaul
Designierter Sozialminister Weissenberg.

Die Konzeption, die Weissenberg von der Sozialpolitik hat ist nicht die, daß ihr Ziel darin liegt, Schutzgesetze zu schaffen, die die Werktätigen gegen die Folgen der kapitalistischen Wirtschaft schützen sollen, wie Arbeitslosigkeit, Ruinierung des Gesundheitszustandes, materielle Verelendung im Alter usw. Nein, er vertritt "die Auffassung, daß die Periode der konservativen, konventionellen Sozialpolitik, die lediglich die Funktion hatte, einzugreifen, wenn sich gesellschaftliche Schäden ergeben, eigentlich abgeschlossen sein müßte. Die moderne Aufgabe der Sozialpolitik besteht darin, die Schäden, die die Gesellschaftsordnung mit sich bringt, von vornherein zu vermeiden. Das heißt, daß die prophylaktische Sozialpolitik in den Vordergrund zu treten hat."

Damit greift Weissenberg unverhohlen die Bedeutung an, die die Sozialversicherung für die Arbeiterklasse hat: Schutz vor der körperlichen und geistigen Verelendung aller Werktätigen, wie sie eine Gesellschaftsordnung, die auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, durch Arbeitslosigkeit, Verschleiß der Gesundheit etc. immer wieder hervorbringt und damit Schutz vor einem Zustand, in dem die Arbeiterklasse diesem Ausbeutersystem kampfunfähig gegenübersteht. Weissenbergs Konzept der Sozialversicherung ist, daß sie den Kapitalismus für die Arbeiter bequemer und angenehmer einrichten soll, was sich nur gestützt auf die Leugnung der Existenz von Klassen, des Klassenkampfs und der Notwendigkeit der sozialen Revolution behaupten läßt.
Genau auf dieser Linie liegen all die Reformen, die Weissenberg vorschlägt. Weissenberg will das System der Betriebsärzte ausbauen, die Arbeiter mit den Angestellten gleichstellen und die Anrechnung des Karenzurlaubs als Ersatzzeit für die Pensionsversicherung verwirklichen. Tatsächlich wichtige und dringende Dinge!

Doch wenn man genauer hinsieht, so erkennt man bald den Pferdefuß der einzelnen Reformen. So läßt Weissenberg z.B. beim Ausbau des Betriebsärztesystems die entscheidende Frage offen: Wem unterstehen die Betriebsärzte? Dem Kapitalisten oder den Organen der Arbeiterschaft? Davon hängt ja dann auch ab, wem sie dienen! Es ist doch wohl völlig klar, daß ein Arzt, wenn er Angestellter des Kapitalisten ist und nicht der Gewerkschaft, kaum Maßnahmen im Interesse der Arbeiter ergreifen wird. Und wenn, dann kann er sich wohl bald seine Papiere holen und kommt selbst in den Genuß der ungenügenden Sozialversicherung als Arbeitsloser.

So oder ähnlich sieht es auch bei den anderen Reformen aus. Mehr als Lippenbekenntnisse sind sie nicht. Das Arbeitsrecht ist halt so kompliziert, daß Weissenberg nicht weiß, ob er die Rechte der Arbeiter noch in den 70-er Jahren an die der Angestellten angleichen kann. Er "hofft" es nur. Auf die Frage, ob die Anrechnung der Karenzzeit schon in der 33.ASVG-Novelle vorgesehen wird, antwortet er diplomatisch: "Sie wird relativ bald erfolgen". (AZ, 29.8.)

Bei der Finanzierung der Sozialversicherung jedoch plant Weissenberg ganz klar die Schröpfung der Lohnabhängigen. Seiner Meinung nach gibt es nur zwei Möglichkeiten das Geld einzutreiben: Die Beiträge zur Sozialversicherung erhöhen oder Anhebung der Einkommens- und der Lohnsteuer. Da aber die Beiträge zur Sozialversicherung mit der Höchstbeitragsgrundlage abgeschnitten werden, die Lohnsteuer jedoch progressiv ist, stellt er die demagogische Frage: "...sollen also die einkommensstärkeren Gruppen mehr herangezogen werden oder sollen die einkommensschwachen Gruppen herangezogen werden?" Eigenartige Logik! Auf die Idee, daß allein die Kapitalisten herangezogen werden sollen, kommt er gar nicht, hat er doch das Wohl "unserer Wirtschaft" im Auge. Verschleiert soll mit der obigen Begründung einzig und allein werden, daß es die Lohnabhängigen sind, die zur Kasse gebeten werden.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß der Antritt Weissenbergs als Sozialminister für die Werktätigen kein Grund zum Jubel ist. Verändert wird nicht die Sozialpolitik, sondern lediglich ihr Mäntelchen wird erneuert. Die Aufgabe Weissenbergs besteht darin, das verblaßte rosarot der SP mit ein paar roten Lackspritzern zu versehen. Warum? Damit es nicht jeder Hund hinausbellt: Diese Partei führt die Geschäfte der Kapitalistenklasse und hat mit den Interessen der Werktätigen nichts zu tun!

p.b.

Für Kärntner Hoteliers gibt es kein Jugendschutzgesetz

Am Wörther See arbeiten Ferialpraktikanten der Hotelfachschule bei verschiedenen Hoteliers bis zu 14 Stunden täglich ohne Pause. So kommen die Schüler auf bis zu 70 Wochenstunden. Trinkgelder werden vom Chef einkassiert. Einem Reporter, der in verschiedenen Hotels recherchierte, wurde von einem Hotelier mit einer Besitzstörungsklage gedroht.
Doch nicht nur die Rechte der Jugendlichen werden von den Hotelkapitalisten mit Füßen getreten. So mußte die Gewerkschaft im Vorjahr 650.000 Schilling an nichtbezahlten Löhnen von den Hoteliers und Wirten erkämpfen, heuer sind es bereits 300.000 S.

Staatliche Stipendienpolitik verschlechtert Lage der mittellosen Studenten

Auf die weitgehende Entwertung der Stipendien durch die Inflation und die heftigen Proteste der Studenten im letzten Jahr hat nun die Regierung mit einem Entwurf für eine Stipendienvorlage reagiert. Dieser Entwurf ist jedoch nichts anderes als ein weiterer Schritt, das Stipendiensystem gemäß den neuesten Wünschen der Kapitalisten umzumodeln und zwar auf Kosten der unbemittelten Studenten.

Die neue Novelle hat folgende Grundzüge: Die Höchststipendien werden - auf den ersten Blick - um einiges erhöht, dafür soll der Kreis der Stipendienbezieher weiter eingeengt werden und die Bezieher der kleineren und mittleren Stipendien erhalten, wenn man die Geldentwertung einrechnet, weniger als nach der letzten Erhöhung. Zunächst zu den Höchststipendien: Sie werden von 1.600 auf 2.300 S für Studenten, deren Eltern in der Universitätsstadt wohnen und von 2.400 auf 3.300 S für die, deren Eltern nicht am Studienort wohnen, erhöht werden (alles 10 mal im Jahr). Diese Zahlen muß man im richtigen Licht betrachten: Erstens gab es die letzte Erhöhung vor 3 Jahren und seither sind die Preise laut offiziellem Index um 27% gestiegen. Zweitens muß man wissen, daß das Einkommen von Eltern mit einem Kind nicht mehr als 25.000.- im Jahr betragen darf, damit das Kind ein Höchststipendium erhält. Mit Einrechnung von Absetzbeträgen kommt eine 3-köpfige Familie nur dann in den Genuß des Höchststipendiums, wenn das Monatseinkommen bei 2.000 S oder darunter liegt. Wenn der Verdienst darüber liegt, sinkt das Stipendium rasch ab. Weil bisher die Stipendien viel zu gering dafür sind, daß ein Student ohne reiche Eltern davon leben kann, forderten viele Studenten im letzten Jahr die Erhöhung aller Stipendien um 1.200 S im Monat.

Die zweite Seite der Novelle ist die de facto-Kürzung der kleineren Stipendien. Seit 1971 wurden die Einkommensgrenzen fast nicht verändert, obwohl seit damals die Teuerung nach dem offiziellen Index 45 % beträgt. Die Einkommensgrenze für das Mindeststipendium (200,- S 10 mal im Jahr) wird im selben Zeitraum gerade um 7,5 % hinaufgesetzt, sodaß heute für in Wien Wohnende bei einem Elterneinkommen von 6.400 S im Monat Schluß mit dem Stipendium ist. Zusätzlich werden durch die neue Novelle noch die Absetzbeträge für Kinder verschlechtert. Kein Wunder also, daß jedes Jahr weniger Studenten ein Stipendium bekommen. 1975 waren es nur noch 16 %, jetzt sind es noch weniger. Der Witz ist, daß Kinder aus Arbeiterfamilien in den meisten Fällen überhaupt kein Stipendium bekommen, weil die Eltern schon "zu reich" dafür sind. Das ist die Realität, die der immer wieder heruntergeleierten Phrase Firnbergs, "die Universität für alle Bildungswilligen und Begabten zugänglich zu machen" gegenübersteht.

Der kapitalistische Staat hat in Wirklichkeit alles andere vor, als mit den Stipendien der Masse der Arbeiterkinder zu einem Hochschulstudium zu verhelfen. Die siebt er schon durch sein Schulsystem aus und läßt sie nicht mehr lernen, als sie in der kapitalistischen Fabrik brauchen. Die Stipendien sind nichts anderes als ein Mittel der Hochschulpolitik der Kapitalisten. Das zeigt gerade die gegenwärtige Novelle und die Pläne Kreiskys und der Industriellenvereinigung.

In den 60-er Jahren und Anfang der 70-er Jahre haben die Kapitalisten darüber gejammert, daß es in Österreich weniger Akademiker gäbe als im Ausland und daß sie unter solchen Bedingungen nicht konkurrenzfähig bleiben könnten.

Also hieß es "Mobilisierung der Begabtenreserven" und der Staat versuchte - nicht zuletzt mit Stipendien - rasch mehr Studenten an die Hochschule zu bringen. Die Entwicklung hat die Zukunftspläne der Kapitalisten wie immer über den Haufen geworfen. Die kapitalistische Expansion hat zur Krise geführt, die Aufblähung des bürgerlichen Staatsapparates verschlingt Unsummen, sodaß ihm das Geld knapp wird, viele Zweige der bürgerlichen Wissenschaft, die einst bei den Kapitalisten groß in Mode waren, haben sich als nur wenig erfolgreich für die Kittung des kapitalistischen Systems erwiesen. Jetzt erheben die Kapitalisten ein Geschrei über die "Akademikerüberproduktion". Genau gesagt geht es ihnen darum, daß es für sie jetzt in etlichen Studienrichtungen zu viele Studenten gibt, während sie im Moment lieber mehr Diplom-Ingenieure hätten. Das scheint ihnen heute für ihre Profite am Wichtigsten. Also wird der Kreis der Stipendienbezieher eingeschränkt und es wird nach Wegen gesucht, die Produktion von Technik-Absolventen zu fördern. Das heißt, die Regierung schränkt die für die Kapitalisten zu ungezielte Vergabe von Stipendien ein und plant stattdessen einen eigenen Fonds für die Förderung ganz bestimmter Studienfächer. Andererseits legt die Bourgeoisie gerade jetzt, wo sie in vielen Fächern genug Studienanfänger hat, besonderen Wert darauf, aus den Studenten die größten Streber und die sturster Karrieristen herauszufiltern, um sich auf eine möglichst reaktionäre Akademikerschaft stützen zu können. Auch dafür sind die Stipendien ein Mittel, mit dem die Studenten, die aus ärmeren Familien kommen, unter besonderen Druck gesetzt werden. Der Leistungsnachweis wird ständig verschärft, die Stipendienbezieher müssen noch rascher studieren und noch mehr Noten ergattern, als andere Studenten. Das zielt darauf ab, der Auflehnung gegen die reaktionären Anschauungen, die auf der Hochschule gelehrt werden sowie überhaupt der Entwicklung der fortschrittlichen Strömung unter den Studenten entgegenzuarbeiten.

Aber alle diese Maßnahmen sind den Kapitalisten und der Regierung noch zu wenig. Nicht nur, daß heute das Volk die Stipendienpolitik des Staates zahlt, nicht nur, daß die meisten ärmeren Studenten immer mehr durch die Finger schauen, hat Kreisky eine "neue" Idee der Öffentlichkeit bekannt gemacht, die noch mehr Mittel für den Staat freisetzen soll:

Die Studenten sollen die Stipendien später zurückzahlen. Für diese Idee sind mehr als nur finanzielle Gründe maßgeblich: Die Industriellen haben darauf hingewiesen, daß bei einem solchen System die Studenten es sich besonders gut überlegen würden, welches Fach die Kapitalisten besonders brauchen, und daß gleich nur die anfangen würden, die sich mit unerschütterlichem Karrierestreben durchbeißen. Denn wenn man bedenkt, daß heute bis zu 2/3 der Studienanfänger im Laufe der Zeit hinausgeprüft werden, daß die Studienrichtungen, die besonders angepriesen werden, oft nach 2 bis 3 Jahren als Nieten gelten, (z.B. Chemie), dann kann man sich vorstellen, unter welchen Druck ein Student aus einer unbemittelten Familie kommt, wenn er das Stipendium als Kredit nehmen muß.

Unter den Studenten hat sich im letzten Jahr eine ziemlich breite Bewegung für höhere Stipendien entwickelt. Es ist sehr wichtig, daß die Studenten jetzt heftig gegen die Novelle protestieren. Denn diese Novelle ist ein Affront gegen die Forderung nach Erhöhung aller Stipendien um 1.200 S im Monat, nach Erhöhung aller Bemessungsgrundlagen (= Einkommensgrenzen) um 50 % und nach Lockerung des Leistungsnachweises, die von vielen Studenten bei den Demonstrationen erhoben wurden, übrigens auch eine völlige Ablehnung der Forderungen, die die Hochschülerschaft gestellt hatte. Dabei benützt die Regierung den erwarteten heuchlerischen Trick, gerade die Höchststipendien zu erhöhen und sonst überall zu sparen, damit sie die Forderungen der Studenten leichter in der Öffentlichkeit als unberechtigt darstellen kann.



Demonstration für Erhöhung der Stipendien im April 76 in Wien.

Die Novelle ist aber mehr als das. Sie ist ein Teil der reaktionären staatlichen Politik, die sich aber insgesamt darauf richtet, die Macht der Kapitalisten und ihres Staates zu stärken. Gerade darum ist es so wichtig, daß die Studenten deutlich zeigen, daß sie diese Politik nicht akzeptieren.

H. Sp.

„Demokratisierung" des Bundesheeres soll Wehrgesetznovelle schmackhaft machen

Die Führungen der SPÖ-Jugendorganisationen bereiten sich gründlich darauf vor, die Widersprüche, die zwischen ihren Mitgliedern und der Regierung vor dem Sommer krass zutage getreten sind, zu entschärfen, um ein erneutes Ausbrechen offener Gegnerschaft zum Bundesheer zu verhindern, wenn die Beschlußfassung über die Wehrgesetznovelle ins Haus steht. Neben scheinbaren Zugeständnissen an ihre Jugendorganisationen, wie die Einführung einer Beschwerdekommission, hat die SPÖ noch vor dem Sommer eine innerorganisatorische Ausrichtungsbewegung gestartet. Der Hauptstoß dieser Ausrichtung zielte darauf ab, von vornherein klarzustellen, daß in der SPÖ nur eine solche Kritik an der Wehrgesetznovelle geduldet werden kann, die von der Existenz und der Notwendigkeit des Bundesheeres ausgeht, die das Bundesheer prinzipiell bejaht. Die SPÖ-Führung weiß nur zu gut, daß sich eine Bewegung gegen die geplante Wehrgesetznovelle zwangsläufig gegen eine der wichtigsten Stützen des imperialistischen Staates richtet, die Armee. Das will sie verhindern. Die Ausrichtungsbewegung dient vor allem dazu, die für die Kapitalistenklasse gefährliche Wendung gegen das ganze Bundesheer, die die spontane Ablehnung der Wehrgesetznovelle in sich barg, zu unterlaufen. Die Gedanken der Arbeiterjugendlichen sollen auf die "Demokratisierung" des Bundesheeres gelenkt werden.
So zogen im Juni Spitzenfunktionäre der SJ von Veranstaltung zu Veranstaltung und erklärten, daß es darum geht, zu verhindern, daß im Bundesheer "reaktionäre und konservative Kräfte die Oberhand gewinnen", daß es darum geht, daß "möglichst viele Sozialdemokraten in führende Positionen kommen". "Hinein ins Bundesheer","das Beste aus dem Bundesheer machen", das war die Parole der Ausrichtungsbewegung vor dem Sommer. Während der Sommermonate hatten die meisten SJ-Gruppen geschlossen, aber die Ausrichtungsbemühungen gingen weiter. In der Nummer 6/76 vom 20.Juli wurde vom SJ-Vorstand in der Zeitschrift "trotzdem" Selbstkritik geleistet. Dort heißt es: "Allerdings sind uns im Kampf gegen die Zwangsverpflichtung auch Fehler unterlaufen. Wir haben es verabsäumt, rechtzeitig und ausreichend positive Gegenvorschläge zu unterbreiten. Ein schwerwiegender Fehler war es, daß der Bundesjugendring nicht rechtzeitig eine Stellungnahme zur Vorlage erarbeitet hat." Diese Stellungnahme gibt es inzwischen und sie sieht auch dementsprechend aus: "Darin wurde die Richtigkeit der Wehrreformen und die Notwendigkeit von Kaderpersonal anerkannt, allerdings wurde auch vorgeschlagen, zunächst alle anderen Möglichkeiten auszuschöpfen um genügend freiwillige Meldungen für Kaderpersonal zu bekommen." Die "Schaffung einer Kommission für die von der Zwangsverpflichtung Betroffenen" rechnet sich der SJ-Vorstand als persönlichen Verdienst an. Damit werden die Herrschaften aber nicht lange hausieren können, denn inzwischen sind einige neue Details über die Zwangsverpflichtung bekannt geworden:
"Der Zwangsverpflichtete soll zwar gegen die Eignungsfeststellung zur Kaderausbildung, nicht aber gegen die effektive Heranziehung Berufung einlegen können. Die Berufung wird übrigens leicht abzuweisen sein, wenn der für die Ausbildung Vorgesehene bisher gute Berufs- und Schulerfolge aufzuweisen hatte. Wird er dann tatsächlich zur Zwangsübung herangezogen, kann er keine Rechtsmittel mehr einbringen."(Volksstimme, 29.8.)
Ein weiteres"Zuckerl" für das brave Kuschen der SP-Jugendorganisationen war die Andeutung Blechas, daß die Novelle auch die Legalisierung von Soldatenvertreterkomitees bringen könnte. Was genauer darunter zu verstehen ist, zeigte die Debatte in einer Wiener SJ-Gruppe. Dort wurde von einem Funktionär die Ansicht geäußert, daß man doch statt der Soldatenvertreterkomitees lieber die gesetzliche Verankerung von paritätisch besetzten Kasernenkomitees verlangen sollte, in denen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten vertreten sind. Dieser "Mitbestimmungsvorschlag" gewinnt seine Bedeutung vor allem dadurch, daß er gute Chancen hat, von der Regierung tatsächlich berücksichtigt zu werden, wenn sie ihn nicht schon selber lanciert hat."Mitbestimmung"in der Kaserne durch eine paritätische Kommission ist wohl der fortgeschrittenste Ausdruck von Demokratie im Bundesheer, den sich ein Reformist ausdenken kann."Mitbestimmung" in einem Heer, daß zum Zwecke der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft aufgebaut ist, in dessen Kasernen ein Zuchthausregime über die einfachen Soldaten ausgeübt werden muß, weil diese aus dem Volk kommen, weil deren Interessen den Zielen und Zwekken der herrschenden Klasse vollkommen wiedersprechen, weil diese einfachen Soldaten nicht ohne Zwang die Befehle der Offiziere ausführen werden, auf ihre Klassenbrüder zu schießen! Es wird den SPÖ-Funktionären nicht leicht fallen, die ungeteilte Zustimmung ihrer Mitglieder für "Demokratisierungsmodelle" zu finden, deren um und auf "positive Gegenvorschläge" der Soldaten zu ihrer eigeben Entrechtung werden.

W.K.

Spanien: ›Ihr Faschisten seid die Terroristen‹

Seit dem Machtantritt von Juan Carlos haben die spanischen Völker 27 Tote zu beklagen, die im Kampf für die Rechte des Volkes und Demokratie ermordet wurden - von der verhaßten Guardia Civil oder ultra-rechten Terrorbanden, die vom Regime unterstützt werden. Auf jeden weiteren Mord des Faschistenregimes antworteten die spanischen Völker mit einer Verschärfung ihres Kampfes. Am 8.9. wurde im baskischen Ort Fuenterrabia ein 24jähriger Arbeiter erschossen, als die Guardia Civil gegen eine Demonstration vorging. Die spanische Regierung hatte eine Demonstration für die nationalen Rechte der baskischen Minderheit verboten. Der Erfolg dieses Mordes aber waren heftige Protestdemonstrationen und Streiks der Arbeiter von Fuenterrabia. Auch 8000 Arbeiter der Umgebung legten die Arbeit nieder.

Am 13. August hat die Guardia Civil in der südspanischen Stadt Almeria den 19jährigen Studenten Francisco Javier Verdejo, Mitglieder der Jugendorganisation des PTE, (Partei der Arbeit Spaniens) erschossen. Er war beim Schreiben der Parole "Brot, Arbeit und Freiheit" überrascht worden und konnte nicht mehr flüchten.
Die Antwort der spanischen Volksmassen auf diesen Meuchelmord ließ nicht lange auf sich warten. Am Samstag schon wurde das Begräbnis zu einer machtvollen Manifestation von Tausenden. Tags darauf demonstrierten in Almeria 3000 Menschen und riefen revolutionäre Parolen. Obwohl die Polizei versuchte, den Zug durch Stoßtrupps von den Seitenstraßen zu sprengen, wurde die Demonstration fortgesetzt. Am 18. waren in Almeria alle Geschäfte und Bars geschlossen und viele Fabriken wurden bestreikt.
Der faschistische Terror konnte nicht verhindern, daß sich eine Welle des Protests über ganz Spanien ausbreitete. Tags darauf folgten Demonstrationen in Granada, Madrid, Pamplona und anderen Orten Spaniens. In allen größeren Städten leuchteten Parolen von den Wänden: "Ihr Faschisten seid die Terroristen!", Brot, Arbeit und Freiheit! Javier, Bruder, wir vergessen Dich nicht!"

Der Betrug mit der ›Amnestie‹

Die "Amnestie", die Juan Carlos unter dem Druck langandauernder heftiger Massendemonstrationen gewähren mußte, ist eine Amnestie, wie sie sich die Faschisten gerade noch vorstellen können, nicht eine solche, die das spanische Volk fordert: Von den offiziell 635 politischen Gefangenen wurden bisher 46 freigelassen. Von 300 Paßansuchen Exilierter wurden 8 erfüllt, wie ein Vertreter von Demonstranten erklärte, die sich aus Protest im spanischen Konsulat in Paris eingeschlossen hatten.
In den Kerker hinein aber kommt man im faschistischen Spanien leicht. Allein in der auf den Mord an Francisco Verdejo folgenden Woche wurden nach Presseangaben 73 Personen verhaftet. (nach En Lucha, 21.8.) Das angeblich entschärfte "Terroristengesetz" sieht die Verhaftung ohne Begründung und ohne Verständigung der Angehörigen bis zu 10 Tagen vor, anstatt wie früher bis zu 3 Tagen.
Das Liberalisierungsgeschwätz und der Amnestiebetrug stoßen im ganzen Land auf Ablehnung und werden durch Kampfaktionen der Massen zurückgewiesen. In einer Resolution der Stadtteilkommission von Vilaverde heißt es: "Wir lassen uns von dem demokratischen Geschwätz der neuen Regierung, mitsamt ihrem Chef Juan Carlos, nicht täuschen... Die Tatsachen machen tagtäglich klar, daß nur das Volk die Demokratie und Freiheit, unsere Rechte garantieren kann."

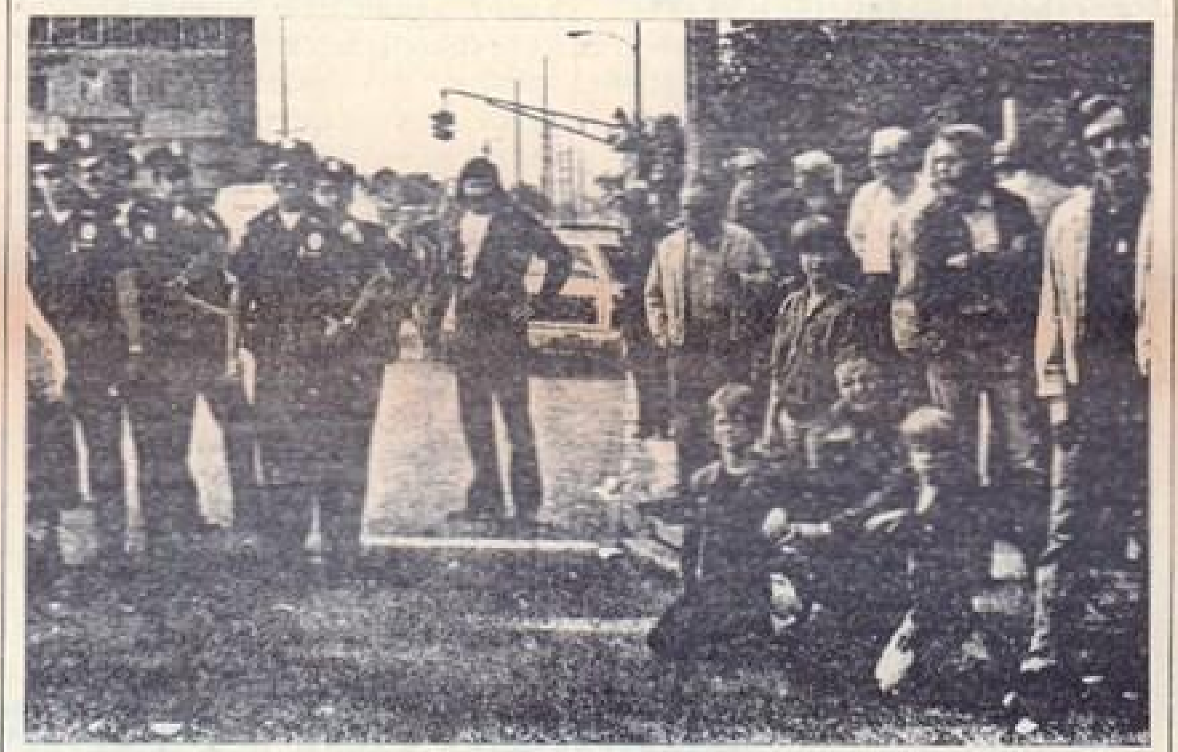
Aufschwung der Streikbewegung in den USA

Erfolg der Gummi-Arbeiter

Die amerikanische Arbeiterklasse hat den Kampf gegen die schrankenlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch das Monopolkapital in den letzten Monaten wesentlich verstärkt. Offizielle Statistiken geben an, daß ca. 400.000 Arbeiter im letzten Mai an insgesamt 912 laufenden Streiks beteiligt waren, durch die den Kapitalisten 4,6 Mill.Arbeitsstunden verloren gingen. 653 dieser Streiks wurden allein im Mai 1976 aufgenommen, was einen Rekord der monatlichen Streikziffern seit dem Juli 1974 darstellt.
Beispielhaft für die Härte und Entschlossenheit, mit der die US-Arbeiter den Kampf gegen ihre Ausbeuter führen, ist ein im April begonnener Streik der Gummiarbeiter. Nach einer Streikdauer von 4 Monaten, während der an die 70.000 Arbeiter in 47 Werken der vier größten Reifen-Konzerne in die Auseinandersetzung einbezogen waren, konnten im August den Monopolherren wesentliche Zugeständnisse abgerungen werden. Eine Lohnerhöhung von 80 Dollar pro Woche, Zulagen und ein Abkommen gegen die ständig steigenden Lebenskosten für drei Jahre sind die wichtigsten Erfolge der Gummiarbeiter. Noch im Juli hatten die Kapitalisten 1,20 Dollar Stundenlohnerhöhung und keinerlei Inflationssicherungen als "bestes und endgültiges Angebot" präsentiert. Nicht erreicht wurden die ursprünglichen Streikziele auf dem Gebiet der Pensionen, des Arbeiterschutzes und der Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz.
Die Kapitulation der Gummi-Monopole kam unter anderem auch durch den Druck der anstehenden Tarif-Runde in der Automobil-Branche zustande: die Kapitalistenklasse fürchtet die ansteckende Wirkung der Kampfentschlossenheit der Gummi-Arbeiter auf die Werktätigen in anderen Branchen. Noch kurz vor dem Abschluß versuchte die herrschende Klasse in den USA die Streikfront mit Polizeiterror und Massenverhaftungen zu zermürben. Die Arbeiter antworteten jedoch mit noch härteren Kampfmaßnahmen, mit steigender Beteiligung an Versammlungen und Massenkundgebungen und mit einem wachsenden Grad an Organisation.Sie erzwangen z.B. die Wiedereinstellung von gewerkschaftlichen Vertrauensmännern bei Bethlehem-Steel, in Ohio lieferten 2.000 Arbeiter der Copeland-Werke der Polizei vor dem Gefängnis eine harte Schlacht im Kampf gegen die Festnahme von 35 Arbeitern.

Mit der Dauer der Streiks wuchs auch die Solidarität seitens der Arbeiter anderer Industriezweige. Insbesondere Automobil- und Stahlarbeiter sandten Solidaritätstelegramme und spendeten tausende Dollar. In einem Solidaritätsschreiben aus Cleveland heißt es über die Bedeutung des Gummi-Streiks für die ganze amerikanische Arbeiterklasse: "Wie die Arbeiter überall können wir erkennen, welche wirkliche Macht wir haben und wie wichtig es ist, die Einheit aufzubauen."
Diese kämpferische Einheit mußte auch gegen die bürgerlichen Gewerkschaftsbonzen durchgesetzt werden. Während diese einerseits den Sieg allein auf ihre Verhandlungen zurückführten, griffen sie gleichzeitig die Kraft der Arbeitermassen, die die tatsächliche Ursache des Erfolges war, an. Sie sprachen davon, wie teuer und zermürbend der Kampf gewesen sei, und verbreiteten Illusionen über andere gangbare Wege für die Zukunft. Die Arbeiter dagegen sind mit den erreichten Erfolgen keineswegs zufrieden. Sie wissen, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit der tagtägliche Kampf gegen die Steigerung der Arbeitshetze, gegen die Senkung der Akkordrichtsätze und gegen die Schließung von ganzen Werken weitergeht, und sie bereiten sich auch darauf vor. Entsprechende Forderungen werden in den Werken diskutiert und gleichzeitig wird versucht, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Gummi-Arbeiter noch zu erhöhen. Einige ausländische Konzerne wie Dunlop und Michelin versuchen gerade, im Süden neue Werke zu errichten, in denen die gewerkschaftliche Organisierung verboten werden soll.

Die US-Arbeiterklasse hat in den letzten Jahren der gesteigerten Ausbeutung und des mehrfachen Verrats seitens der korrupten Gewerkschaftsführungen eine Menge gelernt. Ihr Bewußtsein, daß Einheit und Organisation, wie sie im entschlossenen Kampf um ihre Klasseninteressen hergestellt wird, die mächtigsten Waffen für die zukünftigen Auseinandersetzungen sind, steigt.
(nach: Revolution, 15.8.76)
M.Z.



Während ihres viermonatigen Streiks mußten die Gummiarbeiter ihre Streikposten mehrmals gegenüber der Polizei verteidigen.

Dänemark: Arbeiter gegen Sparprogramm der Regierung

Etwa 20.000 Arbeiter Kopenhagens streikten im August gegen eine Gesetzesvorlage der dänischen Regierung, wonach Lohnerhöhungen über 6 % für 1977 und 1978 verboten sind, die Steuern auf Kaffee,Zukker, Tabak und andere Konsumgüter erhöht werden. Die derzeitige Inflationsrate ist 12 %. Zwar hat das dänische Parlament die Gesetze beschlossen. Durchgesetzt aber sind sie noch nicht. Selbst die rechten Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsspitze mußten die Knebelung der Gewerkschaften öffentlich zurückweisen und unter dem Druck der Arbeiter erklären, sie fühlten sich bei Lohnverhandlungen an das neue Gesetz nicht gebunden.

Solidarität mit dem chilenischen Volk

Der "Internationale Bund Freier Gewerkschaften" bekräftigte zum 3.Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile seine Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse . Er erklärte weiters, die Militärjunta "so lange ohne Einschränkung zu verurteilen, sowie die Arbeiter und die Bevölkerung von Chile moralisch und materiell zu unterstützen, bis in Chile wieder Demokratie herrscht."
Die Hafenarbeitergewerkschaften Italiens und Jugoslawiens riefen für 11.-13.September zum Boykott aller chilenischen Schiffe auf.

Bei den US Wahlen Wahlbeteiligung unter 50% erwartet

Amerikanische Wahlexperten befürchten, daß die Wahlbeteiligung bei den kommenden Präsidentschaftswahlen nicht einmal 50 % erreichen wird. 70 Millionen Amerikaner wollen "nie mehr etwas mit Politik zu tun haben". (Kronenzeitung, 9.9.) Amerika, traditionelles Musterbeispiel der bürgerlichen Klasse für "Demokratie und Freiheit", zeigt, wie der bürgerliche Parlamentarismus abgewirtschaftet hat und unglaubwürdig geworden ist. Die Massen haben keine Lust, einem der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten, die nicht ihre, sondern Kandidaten des Finanzkapitals sind, Mandat und Stimme zu geben.

Schweiz: Staat geht gegen Soldatenkomitees vor

Immer mehr Rekruten und Soldaten organisieren sich in der Schweiz in Soldatenkomitees. Damit nehmen sie den Kampf auf gegen Schleiferei, Schikanen und politische Repressionen, für freie Meinungsäußerung, Versammlungs-und Organisationsfreiheit in der Armee.
1975 starben 21 Wehrmänner an Unfällen (1974:19); weitere 7 (1) starben an Krankheiten während ihrer Dienstzeit und 6 (2) begingen Selbstmord.
Die verschiedenen Soldatenkomitees haben bereits eine solche Stärke erreicht, daß der bürgerliche Staat sich gezwungen sah, wegen "indirekt formulierten Aufforderungen zur Verletzung militärischer Dienstpflichten" (Neue Zürcher Zeitung vom 16.7.) gegen die starke Bewegung für demokratische Rechte in der Armee vorzugehen. Zwei Mitglieder des Basler Soldatenkomitees wurden aus diesem Grund wochenlang in Untersuchungshaft genommen und kürzlich zu 9 und 4 Monaten Gefängnis bedingt verurteilt.

Entschlossene Verteidigung der palästinensischen Revolution!

Schluß mit der Einmischung der Supermächte im Libanon! Abzug der israelischen und syrischen Truppen!

Fortsetzung von Seite 1

Nach dem Fall des Lagers Tel Zaatar konzentrieren sich die Kämpfe im Libanon auf Tripoli sowie auf Gebirgsdörfer ca. 30 km östlich von Beirut. Tripoli wird im Norden von syrischen Truppen abgeriegelt und im Süden und Südosten von den reaktionären libanesischen Kräften angegriffen. Gemeinsam versuchen sie. die palästinensische Revolution und das libanesische Volk, das die palästinensische Revolution verteidigt und für einen antizionistischen und antiimperialistischen Libanon kämpft, niederzuwerfen und zu unterdrücken. Der Speerspitze dieser reaktionären Offensive richtet sich gegen die PLO. Im Süden hat der Zionistenstaat einen mehrere Kilometer breiten Landstreifen okkupiert und führt "Säuberungsaktionen" gegen die Palästinenser durch. Gleichzeitig nehmen die Zionisten große Truppenkonzentrationen an der Grenze vor. Sie wollen die Lage im Libanon nützen, um auf kaltem Weg wieder ein Stück arabischen Territoriums zu erobern, wie sie es bereits in den Kriegen von 1948, 1956, 1967 und 1973 getan haben. Sie wollen das Gebiet bis zum Litanifluß, das "Fatah-Land", an sich reißen. "Stillschweigend" will der Kolonialstaat sich so noch weiter ausdehnen, die Weltöffentlichkeit soll daran "gewöhnt" werden, daß Israel sich das Recht gibt, wenn es ihm nützlich erscheint, weitere Teile der arabischen Länder zu besetzen.

In ihrem Kampf gegen die palästinensische Revolution und gegen die revolutionäre Erhebung der libanesischen Massen haben Zionisten, "christliche" Faschisten und syrische Truppen eine verbrecherische Allianz gebildet. Die Unterdrückung der PLO ist die notwendige Grundlage für jede beliebige reaktionäre "Lösung" des "Palästinaproblems" und daher das gemeinsame Interesse aller Reaktionäre und Imperialisten. Momentan besteht die Gefahr einer neuen syrischen Offensive und einer Ausdehnung der israelischen Okkupation im Süden. Der syrische Präsident Assad hat laut dem "christlichen" libanesischen Innenminister Chamoun diesem zugesichert, daß Syrien "keine diplomatischen oder anderen (!) Anstrengungen" scheuen werde, "um die libanesische Katastrophe innerhalb weniger Wochen zu beenden". Die Syrer sähen Libanons "Sicherheit" als ihre eigene an und würden keine weiteren "Störungen" mehr dulden. (Neue Zürcher Zeitung, 11.9).

Drahtzieher dieser Entwicklung sind die beiden Supermächte, vor allem der russische Sozialimperialismus. Die SU stand bereits hinter der syrischen Invasion im Libanon, um den revolutionären Funken im Libanon auszutreten, um die PLO soweit zu schwächen und zu unterdrücken, daß sie zwar keine nennenswerte selbständige politische Kraft mehr wäre, aber doch noch als Druckmittel der Sozialimperialisten gegen Israel und die USA eingesetzt werden könnte, um den Libanon in sowjetisches Einflußgebiet zu verwandeln, um nach dem Hinauswurf der SU aus Ägypten die Stellung Syriens, das sich noch in einer starken Abhängigkeit vom Sozialimperialismus befindet, im arabischen Lager zu erhöhen und schließlich, um die Intervention Syriens auszunutzen, um sich verstärkt direkt einzumischen, seine Mittelmeerflotte zu verstärken und auch Syrien, das vorwiegend mit sowjetischen Waffen kämpft, noch fester an sich zu ketten. Zwar hat sich die SU manchmal "kritisch" und "reserviert" gegenüber der syrischen Intervention geäussert, weil sie nicht an dem einen Tag offen einen Vernichtungskrieg gegen die PLO gutheißen, am nächsten aber mit der PLO als Faustpfand gegen Israel auftrumpfen kann. Es sind aber Tatsachen, daß Syrien mit sowjetischen Waffen auf die palästinensischen und libanesischen Massen schießt, daß der sowjetische Botschafter bei der Regierung in Damaskus aus- und eingeht wie in seinem eigenen Haus, daß die SU mit der KP Syriens eine fünfte Kolonne in der syrischen Regierung sitzen hat, die der eifrigste Befürworter der Intervention ist.
Kürzlich hat die SU sich für den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon ausgesprochen, weil sie "ihre Mission beendet" hätten. Diese zynische Begründung zeigt deutlich, welche Interessen die SU im Libanon verfolgt. Was von der Erklärung selbst zu halten ist, sagt die Neue Zürcher Zeitung vom 2.9.: "Die Erklärung ... scheint indessen mehr eine Beruhigungspille für Palästinenser". Gleichzeitig hat die SU ihre - bisher ohnehin nur beschränkte - materielle Unterstützung für die PLO weiter gekürzt. Abu Ayad, Mitglied des ZK der größten Widerstandsorganisation der PLO, al Fatah, erklärte dazu am 17.8.: "Es genügt nicht, uns den Rat zu geben, uns mit den Syrern wieder zu versöhnen" (Le Monde).

Tatsächlich ist die reaktionäre "Mission", von der die SU redet, nämlich noch nicht "beendet". Unter syrischer Aufsicht und Oberhoheit soll am 23.9.der Präsident der libanesischen Nationalbank Sarkis sein Amt als Staatspräsident im Libanon antreten und auf diesem oder jenem Weg das reaktionäre konfessionell aufgebaute politische System im Libanon möglichst angesichts einer geschlagenen,gefügig gemachten und kontrollierten PLO wieder "stabilisieren".Weiters gibt es den Plan einer Föderation Syrien-Jordanien-Libanon, die bei einem Treffen zwischen Assad und Hussein am 27.11. in Damaskus beraten werden soll. Dieser Plan, gegen den sich die PLO scharf gewandt hat, weil er kein Schritt zur Einheit der arabischen Nation, sondern ein antinationales, antirevolutionäres Komplott ist, ist nicht nur im Interesse des Sozialimperialismus, sondern geradezu Ausdruck und Ziel seiner Hegemoniepolitik. Vermutlich wäre die Verwirklichung dieses Plans den Sozialimperialisten die "Aufgabe" des Südlibanon an Israel wert. Lieber wollen sie aber das Ganze. Deshalb versuchen sie gleichzeitig, noch günstigere Bedingungen für die Verwirklichung des Plans zu schaffen, durch den ständigen Ausbau ihrer Flottenpräsenz im östlichen Mittelmeer, durch das von Syrien betriebene Komplott gegen die PLO die gegenwärtige revolutionäre Führung zu stürzen und sie durch nationalverräterische Leute vom Schlag eines Zuheir Mohsen, Führer einer aus der PLO ausgeschlossenen Gruppe, zu ersetzen, und andere Manöver.

Die USA haben die syrische Intervention voll gebilligt,war sie doch vor allem einmal gegen die palästinensische Revolution, die Hauptbedrohung für Israel, gerichtet. Mit dem Ziel der Zerschlagung der PLO kollaborieren die USA mit ihrem Erzrivalen, dem Sozialimperialismus. Jenseits dieser konterrevolutionären Allianz beginnen allerdings die Gegensätze. Die SU benutzt die Existenz Israels als Pfahl im Fleisch der arabischen Nation, als Druck- und Erpressungsmittel gegenüber den arabischen Ländern, sie betreibt die Anerkennung und Aufwertung des Zionistenstaates und versorgt ihm mit Menschenmaterial. Für die USA dagegen ist Israel mehr, nämlich ihr wichtigster Brückenkopf im Nahen Osten. Sie unterstützen daher die israelische Okkupationspolitik im Südlibanon und wollen im Norden einen "christlichen" Teilstaat schaffen, als ihren zweiten Brückenkopf, möglichst "selbständig" gegenüber Syrien und damit dem sozialimperialistischen Einfluß. Sie sind nicht nur für die Dezimierung, sondern möglichst für die Vernichtung der palästinensischen Bewegung nach dem Vorbild des "Schwarzen September" 1970 in Jordanien. Von unterschiedlichen Ausgangsbedingungen ausgehend, ringen die SU und die USA so um die Hegemonie im Nahen Osten.
In dieser schwierigen Lage konnte die kürzlich stattgefundene Konferenz der Arabischen Liga keine Einigung in der Libanonfrage erzielen. Während einerseits die PLO als Vollmitglied in die Liga aufgenommen wurde, wurde andererseits die für demnächst geplante Arabische Gipfelkonferenz auf die dritte Oktoberwoche verschoben, was bis dahin "grünes Licht" für die syrischen Pläne im Libanon bedeutet, weshalb auch der Delegierte der PLO, Khaddoumi, der Sitzung, auf der diese Verschiebung beschlossen wurde, demonstrativ fern blieb.
Mit Sicherheit wird aber jeder Versuch, die palästinensische Revolution zu zerschlagen, seinen Anstiftern und Exekutoren auf die eigenen Füße fallen.In einem gemeinsamen Kommuniqué haben die libanesische Nationale Bewegung und der palästinensischen Befreiungsorganisationen der PLO erklärt, "daß einzig die Entschlossenheit, den Volksbefreiungskrieg zu führen, es erlauben wird, den Komplotten, die auf die Teilung des Libanon abzielen, entgegenzutreten..Die nationale Bewegung und der palästinensische Widerstand (sind) entschlossen, angesichts der Schlacht um den arabischen Charakter des Libanon und seiner Einheit, alle ihre Möglichkeiten auszuschöpfen und bewerten die aktuelle Situation so, daß die fortschrittlichen Kräfte und die Palästinenser sich nicht von Verzweiflung anstecken lassen dürfen, da sie in der Lage sind, jede isolationistische Offensive, egal an welcher Front, zurückzuschlagen". (El Mondjahid 15.8.)

W.L.

»Unabhängigkeitsplan für Namibia«: Neues Betrugsmanöver

"Der Weg Namibias ist bereits vorgezeichnet. Vorster hat schon vor einiger Zeit begriffen, daß er Südafrika nicht mehr halten kann. Auf lange Sicht liegt es auch im Interesse Südafrikas in Namibia einen wirtschaftlich abhängigen Staat vor der Haustür zu haben, für den man keine Verantwortung trägt." (Kurier, 8.9.76)

Klar und deutlich bringt die bürgerliche Presse zum Ausdruck, was von den neuesten "Unabhängigkeitsplänen" der südafrikanischen Kolonialisten für Namibia zu halten ist. Auf die Verstärkung des bewaffneten Kampfes des Volkes von Namibia antwortet das Kolonialregime, das zugleich international immer mehr in Isolierung und durch die Massenkämpfe in Südafrika selbst immer mehr unter Druck gerät, in den letzten Monaten mit einer weltweiteren Forcierung seiner Doppelstrategie von offener Unterdrückung und politischen Betrugsmanövern.

Am 31.8.76 ist das Ultimatum der UNO abgelaufen, in dem Südafrika aufgefordert wird, seine Truppen aus Namibia abzuziehen und freie Wahlen abzuhalten. Die UNO hat als Nachfolgerin des Völkerbundes (dem Namibia nach dem 1.Weltkrieg unterstellt wurde und der Namibia der Verwaltung Südafrikas übergab) auf der Grundlage des Widerstandes und Kampfes des Volkes von Namibia gegen den Landraub, die Bildung von Bantustans und die vollkommene Entrechtung durch das Kolonialregime, schon 1966 das südafrikanische Mandat für beendet erklärt. Südafrika dachte natürlich nicht daran, auf Beschlüsse der UNO hin seine inzwischen international als illegal verurteilte Besetzung des an Bodenschätzen unermeßlich reichen und strategisch wichtigen Landes aufzugeben. Es baute seine militärische Präsenz in Namibia immer mehr aus, um den 1966 aufgenommen bewaffneten Befreiungskampf des Volkes niederzuschlagen. Das ist ihm aber nicht gelungen. Beschränkte sich der bewaffnete Kampf bis 1975 noch weitgehend auf die Grenzgebiete im Norden und auf vereinzelte Anschläge mit Minen, so greifen heute Befreiungskämpfer Konvois, befestigte Plätze und andere Objekte des Feindes in ganz Ovamboland, dem größten und am dichtesten besiedelten Bantustan im Norden, aber auch in den weißen Gebieten südlich davon an. Die Windhoeker Zeitung der weißen Siedler schrieb am 21.5.76: "Trotz Polizei, Wehrmacht und Ausnahmezustand sind die Weißen in Ovambo gegenüber dem Terrorismus nahezu machtlos." Beim Versuch, mit politischen Manövern Namibia zu halten, verkündete das Kolonialregime Ende August, der Verfassungsausschuß der sogenannten "Verfassungskonferenz" in Windhoek habe sich auf einen Plan zur Erreichung der Unabhängigkeit Namibias geeinigt: Am 31.12.1978 soll danach Namibia unabhängig werden. Bis dahin soll eine "gemischtrassige Übergangsregierung" gebildet werden.

Was bedeutet dieser "Unabhängigkeitsplan"? Vorgeschlagen wird er von einer Versammlung angeblicher "Vertreter der verschiedenen Völker Namibias", in Wirklichkeit gekaufter und an der Leine der Kolonialmacht laufender Marionetten aus den verschiedenen ethnischen Gruppen. An der "Verfassungskonferenz" nicht teilgenommen hat die SWAPO, die von der UNO und OAU (Organisation für afrikanische Einheit) als einzig legitimer Vertreter des Volkes von Namibia anerkannt wird. Der Grund für die Nichtteilnahme der SWAPO ist einfach: Südafrika hat nicht das Recht, über das Schicksal Namibias zu verhandeln. Und die SWAPO führt unter der Parole "ein Namibia, eine Nation" den Kampf um die nationale Unabhängigkeit als Voraussetzung dafür, daß das Land nach den Bedürfnissen und Wünschen des Volkes aufgebaut werden kann. Der "Unabhängigkeitsplan" der Rassisten widerspricht diesen gerechten Interessen vollkommen. Inhaltlich beschränkt er sich auf das Wegretuschieren allzu auffälliger Erscheinungsformen der Apartheid, der Beibehaltung der südafrikanischen Herrschaft in der Verkleidung afrikanischer "Mitbestimmung", bis der Unterdrückungsapparat der Marionetten steht. Geplant ist, Namibia in eine Föderation von Kleinstaaten aufzuteilen. Die Plünderung der namibischen Wirtschaft vom südafrikanischen und dem westlichen imperialistischen Kapital bleibt unangetastet.

Dementsprechend verurteilt die SWAPO den "Unabhängigkeitsplan" als "Versuch von Marionetten, die Welt zu täuschen." Der UNO-Hochkommissar für Namibia erklärt, der Plan sei ein "Trick, um Zeit zu gewinnen, damit eine Pretoria-hörige Marionettenregierung eingesetzt werden könne". Der UNO-Ausschuß für Namibia und die OAU haben den Plan inzwischen abgelehnt.

Für Südafrika und seine imperialistischen Verbündeten wird die Lage immer brenzliger, da nun ihr betrügerischer "Unabhängigkeitsplan" nicht verfangen hat. Die Imperialisten stehen heute vor dem Hauptproblem, die SWAPO - deren Bedeutung sie nicht ignorieren können - und Vorster mit seinen Marionetten an einen Tisch zu bringen. Insbesondere die USA und Großbritannien entwickeln heftige Aktivitäten, um einerseits eine Teilnahme der SWAPO an ihrer geplanten "Genfer Konferenz" zur "friedlichen Lösung der Namibiafrage" zu erreichen. Andererseits üben sie Druck auf Vorster aus, die SWAPO doch als Gesprächspartner zu akzeptieren, denn "die SWAPO sei international anerkannt, was der Windhoeker Verfassungskonferenz abgehe". (Presse, 4.9.)

Die Antwort der SWAPO auf alle Manöver, das Volk von Namibia zu entwaffnen und weich zu machen für eine neokoloniale Lösung, ist eindeutig: "SWAPO wird ihren bewaffneten Kampf fortsetzen, bis eine wirklich vom namibischen Volk anerkannte Regierung gebildet ist." (Daily Telegraph, 20.8.)

El.Ri.

Die Verbrechen des Smith-Regimes werden seinen Sturz beschleunigen

Am 8. August 1976 überfiel das rhodesische Siedlerregime das Flüchtlingslager Nhazonia in der Manica Provinz in Mozambique.

In den Wochen zuvor hatten die Befreiungskämpfer des Volkes von Zimbabwe erfolgreich mehrere Angriffe gegen Kasernen und Einrichtungen des rhodesischen Siedlerregimes durchgeführt. Um gegenüber dem verstärkten Kampf des Volkes von Zimbabwe und seinen Erfolgen endlich selbst einen "Erfolg" melden zu können, mußten die Rassisten heimtückisch ein fremdes Land überfallen und Frauen, Kinder und alte Leute niedermetzeln.

In dem Flüchtlingslager Nhazonia leben 10.000 Zimbabwer. Die Mörder kamen mit 13 Armeefahrzeugen mit mozambiquanischen Kennzeichen. Während ihrer Ankunft sangen sie revolutionäre Lieder und schrien: "Viva Frelimo". Kurz darauf eröffneten sie das Feuer auf die Afrikaner. Über 600 Menschen wurden ermordet. (Bulletin des ANC-Office in Skandinavien)

Diese verbrecherische Handlung der Rassisten wurde von den Imperialisten gleich gebührend gelobt. Die Presse schrieb am 13.8.: "Der rhodesische Erfolg hat unabsehbare militärische und politische Auswirkungen. Militärisch ist der Guerillabewegung ein schwerer Schlag versetzt worden". Der "Erfolg" des Terrorüberfalls stellte sich sofort ein, aber der Schuß ging nach hinten los.

Schon einige Stunden nach dem Überfall wurden auf mehrere rhodesische Orte Artillerieangriffe gestartet. (Presse 12.8.) Auch Umtali, die größte Stadt im Nordosten von Rhodesien wurde mit Granaten und Raketenfeuer belegt. Am 20.8. griffen die Befreiungskämpfer erstmals einen der bewaffneten Konvois an und bewiesen den Rassisten, daß sie sich auch unter Polizeischutz im Land des Volkes von Zimbabwe nicht mehr frei bewegen können.

Immer mehr weiße Siedler flüchteten zurück nach Europa. Um neue Bataillone aufstellen zu können, hat das Regime die Altersgrenze für die Reservisten von 30 auf 34 Jahre erhöht. Damit können nun alle Männer im Alter von 25 bis 34 Jahren, die bisher keinen militärischen Pflichten unterlagen, eingezogen werden. Die Altersgruppen zwischen 34 und 38 Jahren ohne Militärverpflichtung werden für Polizeidienst ausgebildet und herangezogen.

Das Smith-Regime kann aber die Stellung für die Imperialisten nicht mehr halten gegen den Befreiungskampf der Völker - das verlangt immer mehr ein direktes Eingreifen seiner Hintermänner.

Von US-Außenminister Kissinger wurde ein "Lastenausgleichsfonds" für die weißen Siedler in Rhodesien vorgeschlagen. Gemeinsam mit europäischen Imperialisten sollen 36 Milliarden Schilling für die Siedler aufgebracht werden. (Presse, 8.9.)

Das Volk von Azania weitet den Kampf gegen das Siedlerregime aus

Die Kämpfe der Volksmassen Azanias gegen das südafrikanische Kolonialregime gehen unvermindert weiter. Scharfer Polizei- und Militäreinsatz, hunderte Tote, tausende Verletzte und Verhaftete sowie Spaltungsmanöver durch die Rassisten haben die Entschlossenheit des afrikanischen Volkes nicht brechen können. Im Gegenteil: die Bewegung hat im letzten Monat an Kraft und Einheit gewonnen, und das ganze Land erfaßt. Von der Provinz Transvaal mit den Zentren Johannesburg, Pretoria, Witbank, Hamanskraal hat sie auf Natal, den Orange-Freistaat und vor allem die Kap-Provinz übergegriffen. Auch die Bantustans, wie die Transkei, wurden erfaßt, wo Tausende gegen die geplante "Unabhängigkeit" der Transkei demonstrierten. Ein Höhepunkt der Kämpfe war der 3-tägige Generalstreik der afrikanischen Arbeiter in Soweto, einem Ghetto am Stadtrand von Johannesburg. Der Streik erfolgte mit 8o%Beteiligung und legte das Leben in Johannesburg lahm. Er richtete sich vor allem gegen die Verfolgungen und massenhaften Verhaftungen von Afrikanern und Mischlingen durch das Siedlerregime. Die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen ist heute eine zentrale Forderung der Massen im Kampf gegen das Kolonialregime, das jeden Widerstand des Volkes mit Erschiessungen und Verhaftungen ersticken will.

Eine neue Phase im Befreiungskampf ist erreicht, in welchem sich Schulkinder, Industrie- und Landarbeiter und Studenten in einem gemeinsamen, langandauerenden Kampf vereinigen. Andere Volksgruppen, wie die Mischlingsbevölkerung (insbesondere in der Kapprovinz) und die asiatische Minderheit werden einbezogen. Mit Anti-Apartheid-Forderungen greifen die Mischlinge in harten Kämpfen das rassistische Unterdrückungssystem an.
Der führende Kern der Bewegung sind die Schüler und Arbeiter in den Townships, den Wohngebieten der afrikanischen Bevölkerung rund um die Industriestädte. Die schwarzen Arbeiter werden gezwungen, in den Townships zu leben, damit sie sich in den Industriezentren ausbeuten lassen können. Über 6o% der Familien in Soweto muß von Einkommen leben, die unter dem offiziellen Existenzminimum liegen. 54% der Einwohner sind arbeitslos. In den für 600.000 Menschen erbauten Hütten wohnen fast 1,5 Millionen, 6-7 Menschen in 2 kleinen Räumen. 86% dieser Wellblechhütten haben kein elektrisches Licht, 93% kein Bad oder Dusche, 97% kein warmes Wasser.

Und in den Reservaten, den sogenannten Bantustans, leben 8 Mill. Afrikaner auf einer Fläche, die 13,7% des Bodens ausmacht, der dem Volk von Azania vor der Eroberung durch die Siedler gehört hat. Über 4/5 des Bodens haben die Kolonialisten unter sich verteilt. Den Afrikanern haben sie unfruchtbare Flecken Land gelassen.



Das afrikanische Volk demonstriert heute deutlich seinen Willen, mit diesen Verhältnissen, Landraub, Elend und Unterdrückung, Schluß zu machen! Überall gehen die Symbole der Kolonialherrschaft in Flammen auf:
Bantuschulen, Verwaltungsgebäude der Rassisten, Ausgabenstellen für die verhassten Pässe, Regierungsbusse, die die Afrikaner wie Vieh in die Fabriken transportieren, Spirituosenläden, mit denen das Regime den Alkoholismus fördert, um die Schwarzen moralisch zu brechen. Nur mit Steinen bewaffnet und mit Mülleimerdeckeln geschützt führen die Massen den Kampf gegen die schwerbewaffnete Polizei und Militär. Ihre Parolen sind: "Viva Azania!" und "Amandla!" (Macht!).

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Befreiungsbewegung Südafrikas angesichts der revolutionären Situation in Azania?

"Der bemerkenswerte Umstand ist, daß eine spürbare nationale Organisation an der Spitze des Widerstandes fehlt, was die Tatsache unterstreicht, daß die afrikanischen Volksmassen zum entscheidenden Kampf gegen das Vorster-Regime bereit sind. Der Hauptwiderspruch in diesem Kampf, das hat sich klar gezeigt, ist der Kampf der afrikanischen Volksmassen gegen die weiße Unterdrückerherrschaft. Die falschen Theorien der reformistischen Südafrikanischen Kommunistischen Partei wurden wiederum dadurch aufgedeckt, daß von den sogenannten weißen Revolutionären keiner auf dem Schlachtfeld zu sehen war. Wunderliche Pläne wurden von Exilpolitikern auf Grund der Tatsache gemacht, daß ihre Organisation hinter den gegenwärtigen Kämpfen hinterherhinken. Jedoch nähere Untersuchung dieser Pläne wird ihre Wertlosigkeit beweisen. Die Tatsache, daß während des gesamten Kampfes seit Juni die Afrikaner nicht ein Gewehr von irgendeiner Befreiungsorganisation hatten und daß es keine Hinterhalte der afrikanischen Guerillas gegen die rassistische Armee und Polizei gegeben hat, ist deutlich genug um diesen Punkt zu illustrieren. Das bedauerlicherweise fehlende Kettenglied in der uneingeschränkt revolutionären Situation macht sich jetzt unübersehbar bemerkbar. Wenn Tumbo und seine Führer von der Kommunistischen Partei die notwendigen Vorbereitungen getroffen hätten, so wäre das Gewehrfeuer der Unterdrücker von den afrikanischen Massen wirkungsvoll erwidert worden.

Der anhaltende Widerstand von unbewaffneten Afrikanern gegen die schwerbewaffneten rassistischen Streitkräfte beweist, daß die Afrikaner, wenn sie bewaffnet sind, das Rassistenregime in einem kurzen Kampf vernichten können.

Dem kämpfenden Volk von Südafrika sollte die größte Solidarität verbunden mit materieller und moralischer Unterstützung, gegeben werden. Es müssen noch viele und harte Schlachten geschlagen werden, bevor das Rassistenregime zerstört ist. Das afrikanische Volk von Südafrika hat eindeutig bewiesen, daß die Freiheit nur durch den bewaffneten Kampf erreicht werden kann. Die Massen haben ihre Bereitschaft für den bewaffneten Kampf gezeigt, und es liegt nun an den Befreiungsorganisationen, sich dem Kampf anzuschließen und ihren Beitrag zum endgültigen Sieg über die Kräfte der Reaktion und des Rassismus zu leisten."
(George Mduduzi Mbele, Vorsitzender des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika/African Nationalists,(ANC/AN). Der ANC/AN hat es sich angesichts des Verrats der revisionistischen Führung des ANC zur Aufgabe gemacht, diese zu isolieren, den ANC neu aufzubauen, sein Programm der Nationalen Befreiung neu zu beleben und mit allen Befreiungsorganisationen in der SAR eine Einheitsfront zu bilden, neue Kader heranzubilden usw., um den revolutionären Aufgaben gerecht zu werden.)

›Unabhängige Bantustans‹ – neuer Name für die alte Ausbeuterherrschaft

Die Kolonialisten versuchen mit allen Mitteln, ihren Untergang so lang wie möglich hinauszuschieben. Ihren Standpunkt drückt Justizminister Kruger so aus, "daß Schwarze und Weiße in Südafrika einander seit 3oo Jahren kennen. Der Schwarze kennt seinen Platz und wenn er ihn nicht mehr kennt - wir werden ihn auf seinen Platz verweisen." (Guardian, 21.8.76)
Dazu wendet das Kolonialregime seine Doppelstrategie von brutaler Unterdrückung und politischen Betrugsmanövern auch in Südafrika an. Deutliches Zeugnis der einen Seite sind die heutigen Ereignisse in Südafrika. Die andere Seite ist der Versuch, mit der "Entlassung der Bantustans in die Unabhängigkeit" scheinbar eine Veränderung vorzunehmen, die den Forderungen der afrikanischen Volksmassen und der Völker der Welt entgegenkommt. Dieses Manöver dient aber nur dazu, den Landraub an der afrikanischen Nation zu sanktionieren und den Fortbestand des Siedlerregimes, die imperialistische Ausplünderung der Naturreichtümer des Landes und die Ausbeutung seiner Arbeitskraft zu sichern. 13,7% des afrikanischen Landes, in hunderte Gebietsfetzen zer-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 25

Verstärkter Kampf gegen Siedlerherrschaft

splittert - das sind nach dem Willen der Kolonialisten die "Heimatländer" der Afrikaner! Und wie ihre "Unabhängigkeit" ausschaut, wird an der Transkei deutlich, die am 26.Okt. 76 "unabhängig" werden soll: Die Transkei hat nirgends selbständig zu entscheiden, jedes Gesetz bedarf der Zustimmung des südafrikanischen Rassistenpräsidenten. Allen Maßnahmen des Siedlerregimes bezüglich Polizei, Außenpolitik, Post- und Nachrichtenwesen, Eisenbahnen, Währungs- und Bankwesen, Häfen und Flugverkehr ist die Transkei unumschränkt unterworfen.

Imperialistische Pläne gegen die Völker im südlichen Afrika

Für die Fortsetzung der Kolonialherrschaft unter dem Namen der "unabhängigen Bantustans" werben heute die Rassisten und ihre imperialistischen Verbündeten. Die Bantustanpolitik war ein Thema des jüngsten Treffens von Vorster und Kissinger in Zürich. Der US-Imperialismus sagt diesbezüglich dem Rassistenregime, seinem Statthalter im südlichen Afrika, seine Unterstützung zu. Dafür wird von Vorster erwartet, sich für die Pläne des US-Imperialismus für Namibia und Zimbabwe einzusetzen. Dort sehen die westlichen Imperialisten heute ihre letzte Chance in der Ablösung der alten Kolonialregimes durch gemäßigte afrikanische Führer, die unter dem Schild einer "afrikanischen Mehrheitsregierung" die Interessen des imperialistischen Kapitals weiter sichern. Mit dieser Strategie versucht der US-Imperialismus nicht nur die revolutionären Befreiungskämpfe zu ersticken, sondern auch gegenüber seinem Hauptfeind im Ringen um die Weltherrschaft, den sowjetischen Sozialimperialismus, in diesem Raum in die Offensive zu kommen.

Da den Imperialisten mit jedem Tag die Stärke und die Solidarität der Völker deutlicher vor Augen geführt wird, müssen sie versuchen, unabhängige afrikanische Länder, die die Befreiungskämpfe unterstützen, für ihre imperialistischen Pläne zu gewinnen. Das Resultat des Gipfeltreffens von Dar-es Salaam, das von Tansania, Mozambique, Sambia, Botswana und Angola unmittelbar nach dem Treffen Vorster-Kissinger durchgeführt wurde, erteilt diesen Plänen eine Abfuhr. Die 5 Staaten beschlossen, die Verstärkung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe zu unterstützen. (NZZ, 9.9.)

Und auf der letzten OAU-Konferenz in Mauritius beschlossen die afrikanischen Staaten, die Bantustan-Politik zu bekämpfen, die "Unabhängigkeit der Reservate" nicht anzuerkennen und ihre Aufnahme in die UNO zu verhindern. Diese Beschlüsse der afrikanischen Länder entsprechen den Interessen ihrer um die nationale Befreiung kämpfenden Brudervölker. Für diese Beschlüsse müssen auch wir hier in Österreich eintreten. Der Kampf im südlichen Afrika hat große Bedeutung für das Fortschreiten der Weltrevolution. Eine Niederlage des Kolonialismus und Imperialismus im südlichen Afrika bedeutet einen großen Schritt vorwärts im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus auf der ganzen Welt.

El.Ri.

Korea: USA suchen Vorwand für Krieg

Vor kurzem überschlug sich die bürgerliche Presse über angeblich grauenhafte Morde an zwei amerikanischen Offizieren an der provisorischen militärischen Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea.

In Wirklichkeit haben die US-Imperialisten, die die südliche Landeshälfte Koreas seit mehr als 30 Jahren besetzt halten, das Volk im Süden Koreas blutig unterdrücken und schon zu Beginn der fünfziger Jahre einen schmählich gescheiterten Vernichtungskrieg gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik angezettelt hatten, diesen Zwischenfall von langer Hand geplant und absichtlich provoziert.
Südkorea ist nach der schweren Niederlage, die ihnen die Völker Indochinas bereitet haben, der letzte große Stützpunkt der US-Imperialisten in Ostasien. Für die Kontrolle und Ausbeutung der Völker dieses Raums und die Erhaltung des US-Einflusses ist Südkorea von entscheidender Bedeutung.
Deshalb klammern sich die US-Imperialisten mit Zähnen und Krallen im Fleisch des koreanischen Volkes fest. Deshalb auch schmieden sie Pläne, die Koreanische Volksdemokratische Republik zu überfallen und ganz Korea zu ihrer Kolonie zu machen. Der jüngste Zwischenfall, dem mittlerweile weitere US-Provokationen und verstärkter Einsatz von Agressionswaffen gefolgt sind, ist ein deutlich sichtbarer Beweis für die Kriegsabsichten der US-Imperialisten.

Über den Hergang und den Hintergrund der Ereignisse meldete die Koreanische Zentrale Nachrichtenagentur KCNA am 19. August folgendes:

Erklärung der koreanischen Nachrichtenagentur

Um ca. 10 Uhr 45 am Vormittag des 18. August schickten die US-imperialistischen Aggressoren plötzlich 14 Banditen mit Äxten und tödlichen Waffen aus, um willkürlich einen Baum in der gemeinsamen Sicherheitszone zu fällen.
Der Baum war von unserer Seite gepflanzt und lange Zeit mit viel Liebe betreut worden.
Als sie die Handlung des Feindes sahen, begaben sich vier Angehörige des Sicherheitspersonals unserer Seite an Ort und Stelle und erklärten dem Feind wiederholt, daß der Baum nicht willkürlich ohne vorhergehende Beratung mit unserer Seite gefällt werden dürfe, da er von unserer Seite kontrolliert werde.
Die Feinde, die von Anbeginn an mit dem Ziel, eine Provokation zu verüben, ausgezogen waren, dachten nicht daran, unseren gerechten Forderungen nachzukommen, sondern begingen die untragbare Beleidigung, unser Sicherheitspersonal mit Schimpfworten zu überschütten und anzuspucken, wobei sie auf ihre zahlenmäßige Überlegenheit zählten; schließlich fielen sie gemeinsam über die Angehörigen unseres Sicherheitspersonals her, schlugen sie und warfen eine Axt nach ihnen.
Diese kritische Situation zwang unser Sicherheitspersonal zur Selbstverteidigung. Die Angehörigen des Sicherheitspersonals unserer Seite leisteten dem Feind mit Todesverachtung Widerstand und warfen die Axt zurück, die der Feind auf sie geschleudert hatte.

Als sich die Dinge so entwickelten, verstärkte der Feind seine Kräfte mit mehr als 30 Banditen, die im Voraus bereitgestellt worden waren. In diesem vom Feind provozierten Zwischenfall wurden fünf Angehörige des Sicherheitspersonals unserer Seite schwer oder leicht verletzt.

Der Versuch der US-imperialistischen Aggressoren, die Verantwortung unserer Seite zuzuschieben, nachdem sie offen in vollem Tageslicht eine Provokation in der gemeinsamen Sicherheitszone verübt hatten, enthüllt selbst, daß sie diesen Zwischenfall in vollem Bewußtsein ausgeheckt hatten, um einen Vorwand, einen Krieg zu beginnen, zu finden.
Wie inzwischen festgestellt werden konnte, geht das eindeutig aus der Tatsache hervor, daß, während dieser Zwischenfall stattfand, der stellvertretende Sicherheitsoffizier der US-Armee, der diensthabende US-Offizier und ein Hauptmann der Marionetten-Armee ihn direkt befehligten und das Geschehen vom Hügel Nr. 3, gegenüber Panmunjon, aus beobachteten; sie hatten sogar Vorbereitungen, zu fotografieren getroffen und mehr als hundert schwerbewaffnete Angehörige des Militärpersonals warteten hinter ihnen in drei Lastwagen.

Die Tatsachen machen es klar, wie den hellichten Tag, wie weit die US-Imperialisten und die Pak-Dschong-Hi-Marionettenclique in ihren rücksichtslosen und bösartigen Machenschaften zur Verschärfung der Spannungen in Korea und zum Beginn eines neuen Krieges schon gegangen sind.

Die Koreanische Zentrale Nachrichtenagentur ist autorisiert, die brutale provokative Ausschreitung der US-Imperialisten und der südkoreanischen Marionettenclique gegen unsere Seite entschieden als geplante verbrecherische Handlung, in voller Absicht von ihnen mit dem Ziel begangen, zwischen dem Norden und dem Süden Gegensatz und Feindseligkeit anzustacheln und die Spannung zu erhöhen sowie um die Situation an den Rand des Krieges zu bringen und als eine unverzeihliche Herausforderung an das koreanische Volk und die friedliebenden Menschen der Welt zu verurteilen.

Wenn die US-Imperialisten an den rücksichtslosen Handlungen und Provokationen in Korea festhalten, werden sie die volle Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben.

(Übersetzung aus dem Englischen durch die Red., gekürzt).

Blockfreienkonferenz

Stärkung der Einheit gegen jede Art fremder Herrschaft

Am 20.August fand die 5.Konferenz der blockfreien Länder in Colombo, Hauptstadt von Sri Lanka, ihren Abschluß. Bei der Konferenz haben Delegierte von 86 Ländern wichtige internationale Probleme beraten und dabei an der Orientierung der Blockfreien, gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zu kämpfen, festgehalten. Der Wunsch der Staaten und Völker der Dritten Welt, ihre Einheit zu bewahren, ihre nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität zu verteidigen und jede Aggression und Einmischung zu bekämpfen, ist in Colombo noch deutlicher als schon vor drei Jahren in Algier zum Ausdruck gekommen.

In der von der Konferenz beschlossenen Politischen Deklaration wurde den Völkern im Süden Afrikas, den arabischen und dem palästinensischen Volk bei ihren Kämpfen gegen Rassismus und Zionismus volle Unterstützung zugesagt, ebenso dem koreanischen Volk bei seinem Kampf um selbständige und friedliche Wiedervereinigung, und dem antiimperialistischen Kampf der Länder Lateinamerikas. Die Konferenz forderte die Durchführung der Resolution der 26.UNO-Vollversammlung, die die Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean vorsieht. Sie verurteilte die imperialistischen Großmächte, die ihre militärische Rivalität fortsetzen und damit zunehmende Spannungen in diesem Gebiet hervorrufen. Auch die Forderung nach Schaffung einer Friedenszone im Mittelmeer wurde erhoben.

Weiters stellt die Politische Deklaration fest: "Die Grundursache der internationalen Spannungen, die den Frieden und die Sicherheit der Welt gefährdet, liegt hauptsächlich in den Kräften des Imperialismus, des Kolonialismus und Neokolonialismus, des Zionismus, des Rassismus und anderer Formen der Fremdherrschaft. Diese lassen nichts unversucht, durch Druck oder Gewaltanwendung die Länder an ihrer politischen und ökonomischen Befreiung zu hindern und in den internationalen Gemeinschaften amoralische und ungerechte Beziehungen aufrechtzuerhalten und leugnen damit das unveräußerliche Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung."

Viele Delegierte befaßten sich in ihren Reden mit der weltweiten Konfrontation der Großmächte, ihrem Ringen um Einflußsphären, ihrer wahnwitzigen Aufrüstung und Expansion in aller Welt und ihrer Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder. Damit erlitt der Versuch der Imperialisten, die Länder, die um ihre Befreiung kämpfen, für die Unruhe in der Welt verantwortlich zu machen, eine deutliche Abfuhr. Ebenso wurde die imperialistische Taktik, die Gegensätze unter den Blockfreien zu schüren und ihre Geschlossenheit zu stören, um sich selbst Eingriffsmöglichkeiten zu bewahren, zurückgewiesen. Einige Konferenz-Delegierte wiesen ausdrücklich darauf hin, daß die zeitweiligen Streitigkeiten zwischen manchen blockfreien Ländern zumeist von der Geschichte der jeweiligen Länder hinterlassene Probleme sind und zum Großteil von den imperialistischen Großmächten mit Aggressionsabsichten künstlich geschürt werden. Wenn es den betreffenden Ländern gelingt, die fremde Einmischung auszuschalten, dann können sie diese Probleme durch gleichberechtigte Beratungen und zu ihrem gegenseitigen Nutzen lösen.

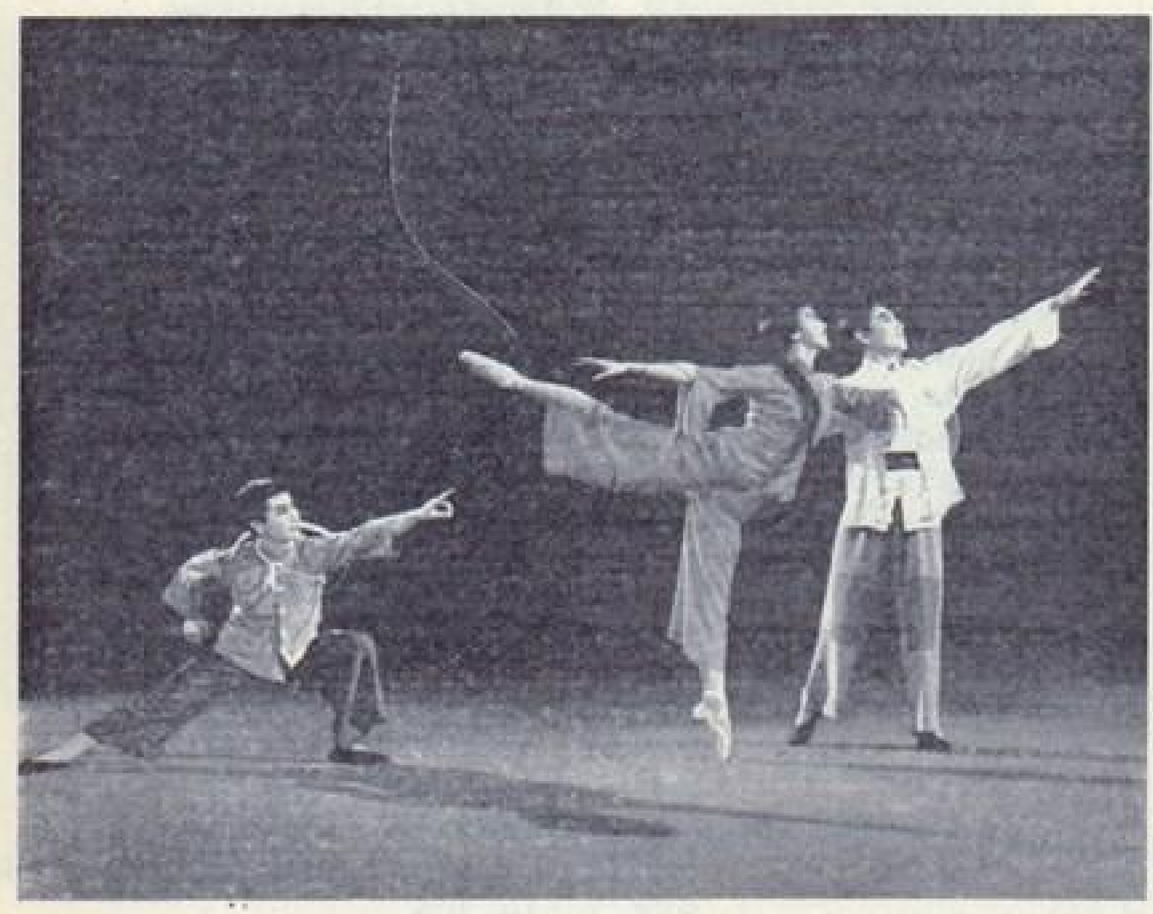
Mit dieser kämpferischen Geschlossenheit nehmen die Blockfreien deutlicher als bisher nicht alleine gegen den USA-Imperialismus, sondern ebenso gegen den sowjetischen Sozialimperialismus Stellung. In der gegenwärtigen Weltsituation richtet sich der Kampf gegen "jede Art fremder Herrschaft" insbesondere gegen die Weltherrschaftspläne beider Supermächte. Die Betonung der Einheit zeigt, daß sich die blockfreien Länder in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus nicht in "fortschrittliche" und "konservative" Kräfte spalten lassen, wie dies vom sowjetischen Sozialimperialismus beständig versucht wird.

In den Beschlüssen hinsichtlich der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und den wirtschaftlichen Aktivitäten der Blockfreien legte die Konferenz großen Wert auf die untrennbare Verbindung zwischen politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Hingewiesen wurde auf die vorrangige Bedeutung der politischen Unabhängigkeit und gleichzeitig darauf, daß ohne die wirtschaftliche auch die politische Unabhängigkeit der Länder nicht gefestigt werden kann. Die Konferenz betonte in entsprechenden Resolutionen, daß die Entwicklungsländer im Kampf zur Entwicklung ihrer eigenen nationalen Wirtschaft und zur Bekämpfung der ausländischen Ausbeutung die Zusammenarbeit untereinander stärken und das Prinzip der kollektiven Selbstvertrauens durchführen müssen. Diese Festlegung ist eine deutlich Zurückweisung der sowjetischen Behauptung, daß die blockfreien Länder nur durch Zusammenarbeit mit der sogenannten "sozialistischen Gemeinschaft", und insbesondere mit der Sowjetunion als ihrem "natürlichen Verbündeten", ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden können.

Insgesamt war die Colombo-Konferenz ein erfolgreicher Schritt vorwärts in der Stärkung der Einheit der blockfreien Länder und man kann zuversichtlich sein, daß diese Länder in Zukunft weitere Siege in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und jedwedem Vorherrschaftsstreben erringen werden.

M.Z.

›Die rote Frauenkompanie‹ in Wien



Am 28. und 29.9. gastiert das staatliche Tanzdrama-Ensemble der Volksrepublik China mit dem revolutionären moderenen Tanzdrama "Die Rote Frauenkompanie" in der Wiener Stadthalle. Am 1. und 2. Oktober finden Gala-Veranstaltungen statt. Dieses Tanzdrama ist 1964 entstanden im Kampf gegen die Bastionen der Ausbeuterklassen in der Kunst und für eine Kunst im Dienst der Arbeiter, Bauern und Soldaten, eine scharfe Waffe bei der Konsolidierung der Diktatur des Proletariats.

Durch die Beschreibung des kämpferischen Verlaufs, wie während des Zweiten Revolutionären Bürgerkriegs (1927-1937) unter der korrekten Führung der Kommunistischen Partei Chinas eine revolutionäre Streitkraft - die Rote Frauenkompanie - entstand, heranwuchs und erstarkte, besingt dieses Tanzdrama "Die Rote Frauenkompanie" begeistert das kämpferische Leben der Volksmassen, die von den Maotsetungideen angeleitet, voller stürmischem Enthusiasmus Revolution machten, und gibt ein grandioses Bild von der Macht und Wucht des Volkskriegs. Dieses Tanzdrama ist ein herrliches Loblied auf die Volksarmee und den Volkskrieg.

Karten von 60.- bis 180.- S erhältlich bei den Vorverkaufskassen der Wiener Stadthalle von 10 bis 19 Uhr und in allen Kartenbüros.

Kommunistischer Bund Österreichs

Am 6.8.1976 wurde in Wien der Kommunistische Bund Österreichs gegründet. In ihm haben sich die Kräfte der früheren lokalen kommunistischen Zirkel KB Graz, KB Linz, KB Tirol, KB Salzburg/Hallein, KB Wien und KG Klagenfurt auf der Grundlage eines Programms und eines Statuts zusammengeschlossen.

Der Kommunistische Bund Österreichs will an der Fortsetzung des Werks arbeiten, das die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs und die Kommunistische Partei Österreichs begonnen und vorangebracht haben, bis sie sich aus revolutionären Parteien der österreichischen Arbeiterklasse in bürgerliche Parteien verwandelten: an der Fortsetzung des Kampfs um den Sieg des Sozialismus in Österreich, an der Fortsetzung des Kampfs um die Verwirklichung des Endziels der Kommunisten aller Länder, der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft auf der ganzen Welt.

Im Kampf um diese Ziele braucht die österreichische Arbeiterklasse eine selbständige, allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzte politische Partei. So wie nach dem großen Verrat der sozialdemokratischen Führer an den Interessen und Zielen der Arbeiterklasse im 1. Weltkrieg der Aufbau einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse notwendig wurde, so ist auch seit der vollständigen bürgerlichen Entartung der KPÖ in den 60er Jahren wieder der Aufbau einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse die Hauptaufgabe der Kommunisten in unserem Land.

Um die Partei aufzubauen, muß die marxistisch-leninistische Bewegung in Österreich ihre heute noch bestehende politisch-ideologische Spaltung überwinden und sich eng mit den Massen verbinden. Die Spaltung kann nur überwunden und die enge Verbindung mit den Massen nur hergestellt werden, wenn der ideologische Aufbau der Partei an die erste Stelle gesetzt wird, alle noch in der Bewegung bestehenden und neu eindringenden bürgerlichen Auffassungen und Strömungen bekämpft und geschlagen werden.

Als Waffe in diesem Kampf, als Leitlinie im Aufbau der neuen Organisation und als Grundlage der Entfaltung ihrer Politik unter den Massen kann der Kommunistische Bund Österreichs auf sein Programm bauen. Er schlägt der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich vor, auf dieser Grundlage die Einheit aller Marxisten-Leninisten herzustellen. Er trägt dieses Programm unter die klassenbewußten Arbeiter und nach dem Sozialismus strebenden Menschen aus dem Volk, die heute noch in den Reihen der Sozialdemokratie und der revisionistischen KPÖ organisiert sind oder unter ihrem Einfluß stehen. Er schlägt ihnen vor, auf der Grundlage dieses Programms den vollständigen Bruch mit diesen bürgerlichen Parteien zu vollziehen und sich zum Kampf für die Ziele der Arbeiterklasse zu organisieren.

Die Gründungskonferenz hat auf dem Boden des Programms in Resolutionen eine Einschätzung der politischen Lage auf der Welt und in Österreich vorgenommen und Festlegungen zur Linie des Aufbaus der Organisation und der von ihr eingeschlagenen Taktik getroffen.

Geleitet von den Gründungsdokumenten entwickelt der Kommunistische Bund Österreich sein Pressewesen. Er gibt 14-täglich sein Zentralorgan "Klassenkampf" und mindestens viermal im Jahr sein theoretisches Organ "Kommunist" heraus.

Ständiger Ausschuß des ZK und Redaktion des Zentralorgans:

1070 Wien, Halbgasse 12
Tel. 93-83-37
Journaldienst: Mo-Fr. 17-19h

Ortsgruppen des Kommunistischen Bundes Österreichs

GRAZ
Griesplatz 36
Tel. 94-13-12

INNSBRUCK
Jahnstrasse 25
Tel. 25-66-32

Ortsaufbaugruppe
KLAGENFURT
Neugasse 30

LINZ
Jägerstrasse 6/1
Tel. 32-5-78

SALZBURG
Müllner Hauptstrasse 14
Tel. 32-70-72

WIEN
1070, Halbgasse 12
Tel. 93-83-37

Spendenaufruf

Die Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs stellt einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich dar. Er sieht heute seine Hauptaufgabe darin, seinen Beitrag zum Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse zu leisten.

Mit der Gründung des Kommunistischen Bundes Österreichs auf der Grundlage von Programm und Statut entstehen auch neue Anforderungen an einen technischen Apparat. Das vierzehntägige Erscheinen des Zentralorgans "Klassenkampf", die Herausgabe des theoretischen Organs "Kommunist", die Schaffung einer kommunistischen Broschürenliteratur, die Verbesserung des äußeren Bildes aller Publikationen - alles das erfordert den Auf- und Ausbau eines zentralen technischen Apparats, die Anschaffung von Maschinen und Geräten und damit beträchtliche Geldmittel.

Der Kommunistische Bund Österreichs wird ausschließlich aus den Beiträgen seiner Mitglieder, aus dem Verkaufserlös seiner Publikationen und aus Spenden Sympathisierender finanziert. Der festgesetzte Mitgliedsbeitrag beträgt 120.- monatlich. In einer Spendensammlung zur Vorbereitung zur Gründung des KB haben seine jetzigen Mitglieder und die Mitglieder seiner Massenorganisationen in einem Zeitraum von vier Monaten bereits 350.000.- aufgebracht. Ein beträchtlicher Teil der erforderlichen Ausgaben kann damit schon gedeckt werden. Für eine neue Druckmaschine und ein Fotosatzgerät müssen noch 155.000.- bzw. 215.000.-, zusammen 370.000.- aufgebracht werden.

Deshalb setzt sich der Kommunistische Bund Österreichs das Ziel, innerhalb von 3 Monaten - bis zum 8.November 1976 - einen Betrag von 300.000.- in Form von Spenden aufzubringen.

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs ruft alle Mitglieder, Kandidaten und Sympathisanten und darüber hinaus alle, die die Tätigkeit des KB unterstützen, auf, zum Aufbau der Organisation als einer marxistisch-leninistischen Kampforganisation auch einen finanziellen Beitrag zu leisten.

Wien, den 8.August 1976

Spenden auf das Konto: Kommunistischer Bund Österreichs/Zentrale PSK 2 418.889

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis 5.-S

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

INHALT VON KOMMUNIST 1/1976:

- Kommunistischer Bund gegründet
  Gründungserklärung
  Resolutionen der Gründungskonferenz:
- Die politische Lage in der Welt und in Österreich
- Die Kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen!
- Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs
- Beschluß des ZK zum Zentralorgan

80 Seiten, Preis 20.-S

Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs
Zentraler Vertrieb
1o7o Wien, Halbgasse 12

Konto des Zeitungs-und Büchervertriebs:
Kommunistischer Bund Österreichs
PSK 2 419.204